



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Seehofer: „Gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen“

Neue Heimatstrategie für Bayern

Behördenverlagerungen, Erweiterung des Raumes mit besonderem Handlungsbedarf, Neustrukturierung des FAG und Breitbandausbau bringen weitere Entwicklungsperspektiven

Mit der neuen Heimatstrategie für Bayern hat der Ministerrat bei seiner ersten Sitzung in einem Dienstsitz eines Ministeriums außerhalb Münchens, im Heimatministerium in Nürnberg, die Weichen für eine starke Zukunft in Stadt und Land gestellt. Ministerpräsident Horst Seehofer: „Gleiche Chancen und gleichwertige Lebensbedingungen überall in Bayern sind Verfassungsauftrag.“

Mit der beschlossenen Heimatstrategie erfüllen wir das Versprechen in meiner Regierungserklärung, dieses Ziel zu einem Schwerpunkt des Regierungshandelns zu machen. Wir gestalten Zukunft statt Vergangenheit zu verwalten!“ Der Ministerpräsident verwies darauf, dass Bayern hier im nationalen Vergleich auf höchstem Niveau ansetzen könne. „Ganz Bayern ist wirtschafts-, finanz- und strukturpolitisch stark. Kein Landesteil Bayerns muss den Vergleich mit irgendeiner Region in Deutschland scheuen. Innerhalb Bayerns sind wir ebenfalls auf dem besten Weg: Nirgendwo sonst in Deutschland ist die Spreizung bei den Arbeitsmarktzahlen so gering wie im Freistaat. In den

letzten zehn Jahren hat sich der Abstand bei der Arbeitslosigkeit zwischen den bayerischen Bezirken um fast zwei Drittel auf nur noch 1,6 Prozentpunkte verringert. Das bedeutet: Chancen für alle – diesen erfolgreichen Weg wollen wir gemeinsam weitergehen. Wir wollen, dass sich alle Landesteile, alle Regionen Bayerns weiterhin gut entwickeln.“, so der Ministerpräsident.

Nordbayern-Initiative

Als einen Schritt hierzu hat der Ministerrat die Nordbayern-Initiative beschlossen. Sie ist ein umfassendes und langfristiges und angelegtes Maßnahmen-

menpaket zur Stärkung ganz Nordbayerns.

Vorbild für Berlin

Ziel der Maßnahmen ist es, die Herausforderungen des wirtschaftlichen und demografischen Wandels optimal zu bewältigen. Der Ministerpräsident: „Der Nordbayern-Initiative werden Maßnahmenpakete auch in anderen Räumen mit strukturpolitischem Handlungsbedarf folgen. Wir wollen überall dort, wo es notwendig ist, durch gezielte Maßnahmen die Entwicklungspotenziale stärken und die Zukunft aktiv gestalten. Die Heimatstrategie ist damit nicht nur Struktur-, sondern auch Innovationspolitik.“

Ministerpräsident Seehofer betonte, dass die bayerische Heimatstrategie Vorbild auch für das Handeln der Berliner Regierungskoalition sein müsse: „Wir müssen uns auch in der Bundespolitik frühzeitig den Zukunftsherausforderungen stellen. Prä-

vention, nicht Reaktion muss die Richtschnur für unser Handeln sein. Die Zukunftsthemen Bildung, Forschung, Infrastruktur und Innovation gehören fortlaufend auf die politische Agenda.“ Seehofer werde diesbezüglich bald mit Bundeskanzlerin Merkel und Bundeswirtschaftsminister Gabriel sprechen und die bayerische Heimatstrategie hier als beispielhaft vorstellen.

Weichenstellung für eine erfolgreiche Strukturpolitik

Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder erläuterte die Eckpunkte der Heimatstrategie und der Nordbayerninitiative: „Wir stellen jetzt die Weichen für eine erfolgreiche Strukturpolitik in Bayern. Fast 600 Millionen Euro sollen in der Nordbayern-Initiative für Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur bis 2018 nach Franken und in die Oberpfalz fließen.“

Höhere Förderung für sechs Landkreise

Über eine Erweiterung des Raumes mit besonderem Handlungsbedarf erhalten sechs Landkreise mit der kreisfreien Stadt Ansbach und 57 Gemeinden Zugang zu einer höheren Förderung staatlicher Förderprogramme. Gleichzeitig werde der Breitbandausbau mit 1,5 Milliarden Euro massiv gefördert. Insbesondere strukturschwache bayerische Kommunen erhalten über veränderte Stellschrauben im

(Fortsetzung auf Seite 4)

Finanzminister Dr. Markus Söder:

Breitband - mehr als 1.000 Kommunen im Verfahren

Über 50 % aller Kommunen nehmen am Milliardenprogramm teil / Mehr als 800 Mio. Euro Fördermittel

„Das bayerische Breitbandkonzept ist ein voller Erfolg. Schon mehr als 1.000 Kommunen beteiligen sich an unserem Förderprogramm“, stellte Finanzminister Dr. Markus Söder fest. Die neue, durch das Finanzministerium grundlegend überarbeitete, Förderrichtlinie wurde im Juli durch die EU-Kommission vollständig genehmigt, alle politischen Forderungen Bayerns wurden erfüllt.

„Das grüne Licht der EU hat nochmal zusätzlichen Schwung in den Breitbandausbau gebracht. Wir haben jetzt 1035 Gemeinden im Verfahren – das mehr als die Hälfte aller bayerischen Kommunen“, unterstrich Söder. „Wenn alle 1035 Kommunen ihre Fördermittel voll ausschöpfen sind das rund 776 Millionen Euro. Bei interkommunaler Zusammenarbeit sogar über 800 Millionen Euro“, so der Minister weiter.

Die Bayerische Staatsregierung fördert den Ausbau von schnellem Internet mit 1,5 Milliarden Euro bis 2018. „Unser Breitbandprogramm ist eines der größten kommunalen Förderprogramme der letzten Jahrzehnte“, sagte Söder. Bislang konnten bereits 67 Förderbescheide übergeben werden. Die Summe der Förderbeträge beläuft sich auf knapp 17 Millionen Euro. „53 weitere Kommunen haben das Auswahlverfahren bereits abgeschlossen - bald können wir wieder eine große Anzahl an Förderbescheiden übergeben“, kündigte Söder an.

Das bayerische Breitbandkonzept basiert auf dem Dreiklang: Verfahren vereinfachen Förderung erhöhen und Beratung verbessern. Mit der Genehmigung durch die EU-Kommission bestehen für die Gemeinden nun deutlich bessere Förderkonditionen. Bei interkommunaler Zusammenarbeit erhöht sich der individuelle Förderhöchstbetrag um 50.000 Euro. Einzelne Kommunen können so bis zu einer Million Euro Förderung erhalten. Von den neuen Fördersummen profitiert insbesondere der ländliche Raum. „Rund 90% aller Kommunen im Verfahren kommen aus ländlichen Regionen. So auch die 1000. Gemeinde im Verfahren: Eggldham aus dem Landkreis Rottal-Inn in Niederbayern“, gab Söder bekannt.



GZ lädt zum Breitband-Forum

Am 6. November 2014 lädt die Bayerische GemeindeZeitung zum 2. Bayerischen Breitbandforum in die Loissachhalle nach Wolfratshausen ein. Ziel ist es, den Besuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung aufzuzeigen und Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de □

1. Bayerischer Kämmerertag in Nürnberg:

Erfahrungsaustausch der Finanzentscheider

Auch wenn die bayerischen Kommunen insgesamt finanziell vergleichsweise gut dastehen, stellt sich die Situation der einzelnen Landkreis, Städte und Gemeinden differenzierter dar. Dazu kommen die nicht zu unterschätzenden Herausforderungen der kommenden Jahre: Es gilt, die Energiewende nicht nur bei Neubauten, sondern auch im Bestand voranzutreiben, Krippen und Kitas zu bauen und zu betreiben, die Inklusionsanforderungen umzusetzen, für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, ein möglichst flächendeckendes ÖPNV-Netz zu finanzieren und ein attraktives Kultur- und Sportangebot zu schaffen.

Der 1. Bayerische Kämmerertag in Nürnberg bot hier das Podium, gemeinsam mit Bürgermei-

stern und Kämmerern anderer Gebietskörperschaften kreative Lösungen für die derzeit dring-

lichsten Probleme zu suchen. Budgetüberschreitungen sind bei kommunalen Bauprojekten üblich, oft wird zudem am Bedarf vorbei gebaut.

Positiv-Beispiel Stadt Weiden

Dass es auch anders geht, zeigt der Ansatz zur Generalsanierung einer Realschule in der Stadt Weiden: Der Bedarf wurde detailliert ermittelt und Beschaffungsvarianten durchgespielt. Das Untersuchungsergebnis war überraschend, wie Cornelia Taubmann, Stadtkämmerin in Weiden in der Oberpfalz, deutlich machte.

So habe sich die Realisierung eines Neubaus als bedeutend wirtschaftlicher dargestellt als irgendeine Form der Sanierung. Eine Generalsanierung stellte sich nach Abwägung aller untersuchten Rahmenbedingungen als unwirtschaftlich dar. Gründe hierfür seien zu große, nicht för-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina



Eigentlich sind Souvenirs doch out. Das gilt für den Kitsch wie für die sog. nützlichen Mitbringsel. Der Bürgermeister sieht dies jedoch etwas anders: Er betrachtet das Sehen, Ausschauen, Kaufen und Mitbringen als einen durchaus intimen Vorgang. Die Erinnerung festhalten - das will der Souvenirkäufer. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Es war wieder „Das beste aller Feste“ mit dem größten Ausstellungspark Ostbayerns. Über 400.000 Besucher kamen trotz Wolken und Regen zum Karpfhamer Fest und in die Rottal-Schau. Karpfham ist bei jedem Wetter Kult – für Landwirte, für Familien, und für alle von diesseits und jenseits der bayerisch-österreichischen Grenze, die sich informieren und vergnügen wollen (vgl. S. 20). □

Sie lesen in dieser Ausgabe

Gesetz gegen Sozialmissbrauch	Seite 2
Steigende Zahl von Asylbewerbern	2
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Zukunftsperspektive Tourismus	3
DSiGB-Positionen zur Flüchtlingspolitik	3
GZ-Fachthemen:	
Kommunal Finanzen	5 - 11
Verkehr · ÖPNV	12
Abfall · Recycling	13
Grünflächen · GaLaBau · Kommunalfahrzeuge	14 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Zuwanderung aus der EU:

Gesetz gegen Sozialmissbrauch

Die Bundesregierung will Freizügigkeit stützen und möglichen Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Zuwanderer verhindern. Einige Städte sollen per Soforthilfe finanziell unterstützt werden. Damit reagiert die Regierung auf den Abschlussbericht eines Staatssekretärsausschusses.

In acht Monaten hat der Staatssekretärsausschuss Fakten zusammengetragen, umfassend die Rechtslage analysiert und wirksame Vorschläge gemacht. Bundesinnenminister Thomas de Maizière umriss anlässlich der Vorstellung des Berichtes den Auftrag: „Der Ausschuss hatte drei Aufträge: Erstens: Er sollte einen Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten. Zweitens: Er sollte Vorschläge für die Entlastung der Kommunen machen und drittens: Er sollte Maßnahmen zur Unterbindung von Missbrauch sozialer Leistungen vorschlagen.“

Freizügigkeit ist in Europa hohes Gut

Für die Bundesregierung steht fest: Sie steht zur Freizügigkeit in Europa. Sie ist eine der tragenden Säulen der europäischen Integration. Innerhalb der EU seinen Aufenthalt frei wählen und arbeiten zu können, ist einer der sichtbarsten Vorzüge Europas. Deutschland profitiert davon. „Der weit überwiegende Teil der Zuwanderer kommt zu uns, um hier gute Chancen wahrzunehmen, Arbeit zu finden oder ein Studium aufzunehmen“, so de Maizière.

Probleme vor Ort

Doch in einigen Städten und Gemeinden kommt es zu unhaltbaren Wohnverhältnissen, ausbeuterischer Beschäftigung, Kindern, die nicht zur Schule gehen oder Problemen bei der Gesundheitsversorgung. Bundessozialministerin Andrea Nahles sagt dazu: „Jeder Missbrauch des Systems untergräbt die Legitimität der sozialen Sicherung.“

Der Staatssekretärsausschuss hat Wege geprüft, um den Kommunen zu helfen und schlägt zusätzliche finanzielle Entlastungen vor. Damit Sozialleistungen des deutschen Staates nicht missbraucht werden, empfiehlt der Ausschuss:

- Die unberechtigte Inanspruchnahme eines Aufenthaltsrechts auf der Grundlage von EU-Recht wirkungsvoll zu unterbinden;
- Doppelzahlungen beim Bezug von Kindergeld rascher aufzudecken und effektiv zu vermeiden;
- Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit entschieden zu bekämpfen.

Sowohl die Entlastung der Kommunen als auch die Missbrauchsbekämpfung erfordern einige Gesetzesanpassungen. Deshalb hat das Kabinett im gleichen Zuge einen Gesetzentwurf zur Änderung des Freizü-

gigkeitsgesetzes/EU beschlossen.

Entlastung der Kommunen

Zusätzlich zu den bereits im Zwischenbericht – am 26. März 2014 – beschlossenen Hilfen für die besonders betroffenen Kommunen in einer Gesamthöhe von über 200 Millionen. Euro sollen sie noch für 2014 Hilfen erhalten. Aus diesem Grund wird die Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung um 25 Millionen Euro erhöht.

Das heißt, der auf die Länder aufzuteilende Satz für „Kosten der Unterkunft und Heizung“ im Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) wird um 0,18 Prozentpunkte angehoben. Das Bundesarbeitsministerium wird ermächtigt,

spezifische Werte für die Bundesländer festzulegen, da Kommunen unterschiedlich mit Zuwanderung zu tun haben. Die Bundesländer teilen das Geld auf ihre Kommunen auf. Im Zuge der Reform des Asylbewerberleistungsgesetzes (ebenfalls im Kabinett beschlossen) sollen die Kommunen auch in den Folgejahren weiter entlastet werden.

Bundesministerin Nahles erklärte, dass auch aus EU-Programmen wie EFRE, ESF und EHAMittel fließen sollen. Doch da das Antragsverfahren hier länger dauere bis die Mittel zur Verfügung stünden, sei es dem Bundes wichtig gewesen, noch 2014 zu helfen.

Die Impfstoffkosten für Kinder und Jugendliche aus EU-Mitgliedsstaaten mit unklarem Versicherungsstatus übernimmt die Gesetzliche Krankenversicherung (Änderung im SGB V). Dadurch werden die Kommunen um jähr-

lich rund 10 Millionen Euro entlastet. So erhalten mehr Kinder einen Impfschutz.

Gegen Missbrauch sozialer Leistungen

Bei Rechtsmissbrauch oder Betrug können gegen Zuwandernde befristete Wiedereinreisepflichten verhängt werden. Das Aufenthaltsrecht zur Arbeitssuche wird befristet. Wer sich Aufenthaltskarten erschleicht, macht sich strafbar.

Das Einkommensteuergesetz sieht künftig eine Pflicht zur Angabe der Steuer-ID im Kindergeldantrag vor. Doppelzahlungen werden so unterbunden.

Im Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz wird die Zusammenarbeit mit der Finanzkontrolle Schwarzarbeit verbessert. De Maizière sagte: „Wir müssen auch diejenigen in den Blick nehmen, die die Lage der Zuwanderer ausnutzen.“ Das seien beispielsweise Vermieter, die Zuwanderer auf Luftmatratzen in faktisch nicht bewohnbaren Häusern unterbrächten. □

Steigende Zahl von Asylbewerbern und minderjährigen Flüchtlingen

Bayerischer Städtetag: Kommunen brauchen mehr Unterstützung vom Freistaat

Die Zuwanderung von Asylbewerbern ist weiter gestiegen und soll 2014 mit 30.000 Neuzugängen einen neuen Höhepunkt erreichen. Gleiches gilt für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die im Bereich der Jugendhilfe untergebracht werden: In den letzten Jahren kamen ca. 600 minderjährige Flüchtlinge; für 2014 werden 1.500 bis 2.000 alleine reisende Minderjährige erwartet. Außerdem nimmt Deutschland aus humanitären Gründen zum Beispiel Flüchtlinge aus Syrien auf.

In einem Spitzengespräch Ende Juli hat der Bayerische Städtetag Sozialministerin Müller darauf hingewiesen, dass die Gewährung von Asyl zunächst keine Aufgabe der örtlichen Ge-

meinschaft ist und sich der Freistaat stärker engagieren müsse. Dies beginnt beim Ausbau der Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende, der bedarfsdeck-

enden Kostenerstattung bei Unterbringung und Versorgung von Asylsuchenden durch Kommunen, Unterbringung der Kinder in Kitas, die Förderung der Asylsozialberatung durch Wohlfahrtsverbände und durch eine angemessene Personal- und Finanzausstattung bei Gesundheitsämtern, Regierungen und zentralen Rückführungsstellen. Denn nur wenn die Aufnahme Asylsuchender, ihre Unterbringung und Versorgung, die schnelle Abwicklung der Asylverfahren, die Integration anerkannter Flüchtlinge und die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber vorankommt, kann die steigende Zahl von Asylsuchenden weiter ordentlich bewältigt werden.

300 neue Stellen beim Bundesamt für Migration

Letztlich ist die Dauer des Asylverfahrens entscheidend dafür, ob und wieviel zusätzliche Unterkünfte und Finanzmittel benötigt werden. Zumindest konnte erreicht werden, dass beim Bundesamt für Migration 300 zusätzliche Stellen für Entscheider in Asylverfahren geschaffen werden. Jedoch muss jetzt das Land die Personalkapazitäten bei zentralen Rückführungsstellen schaffen.

Jugendliche müssen in Obhut genommen werden

Nach der UN-Kinderrechtskonvention und dem Kinder- und Jugendhilferecht sind unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Obhut zu nehmen und in geeigneten Jugendhilfeeinrichtungen unterzubringen. In einem Kraftakt haben die Kommunen 2013 und 2014 mit den Wohlfahrtsverbänden 1.200 zusätzliche Plätze geschaffen. Da 2014 bereits 1.500 zusätzliche junge Flüchtlinge erwartet werden, müssen sie die Ausbauleistung weiter steigern. Der Freistaat wurde aufgefordert, die Kostenerstattung für die kommunale Jugendhilfe zu verbessern: Zunächst muss das Kostenerstattungsverfahren vereinfacht werden und die Bezirke, die in Bayern diese Kosten mit kommunalem Geld finanzieren, müssen entlastet werden. Es kann nicht Aufgabe der Kommunen sein, dem Staat Flüchtlingswanderungen abzunehmen. Gleiches gilt für die bisher bei den Jugendämtern verbleibenden Kosten für Verwaltung, Vormundschaften und Sozialdienst. □

Leichter Anstieg der Fallzahlen in bayerischen Krankenhäusern

Durchschnittliche Verweildauer 2012 erneut gesunken

Im Jahr 2012 wurden in den bayerischen Krankenhäusern 2,86 Millionen Patienten vollstationär behandelt, 44 715 oder 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik weiter mitteilt, standen 75 944 Betten zur Verfügung. Die durchschnittlich in einem Krankenhaus verbrachte Zeit sank 2012 leicht von 7,5 Tage auf 7,4 Tage.

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, betrug die Zahl der vollstationär behandelten Patienten (Fallzahl) im Jahr 2012 rund 2,86 Millionen und stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um 44 715 Personen (+1,6 Prozent). Parallel dazu nahm die Zahl der insgesamt angefallenen Behandlungstage um 6 383 zu, auf 21,22 Millionen, was mit 0,03 Prozent in etwa dem Stand des Vorjahres entspricht. Der durchschnittliche Krankenhausaufenthalt verkürzte sich leicht von 7,5 Tage auf 7,4 Tage. Die Auslastung der aufgestellten Betten verringerte sich gegenüber dem Vorjahr von 76,7 auf 76,4 Prozent.

Im Jahr 2012 standen in den 369 bayerischen Krankenhäusern 75 944 Betten für die stationäre Versorgung zur Verfügung, das sind 117 mehr als im Vorjahr.

Seit 1991 stieg die Zahl der behandelten Patienten von fast 2,2 Millionen auf etwas mehr als 2,8 Millionen; die Zahl der Belegungstage sank im gleichen Zeitraum jedoch um 21,9 Prozent von 27,2 Millionen auf 21,2 Millionen. Gleichzeitig verkürzte sich die durchschnittliche Verweildauer von 12,5 Tage auf 7,5 Tage. □

Konkrete Maßnahmen gefordert

Untragbare Situation in der Zentralen Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Zirndorf (ZAE)

Die Lebensumstände der Flüchtlinge in der ZAE werden immer dramatischer, da der Zustrom an ankommenden Menschen nicht abreißt und die zweite Aufnahmeeinrichtung in München geschlossen hat. Die Einrichtung, die für 650 Personen ausgelegt ist, beherbergt aktuell 1.800 Erwachsene und Kinder. Ein Teil von ihnen wird im Augenblick notdürftig in Zelten untergebracht.

Inzwischen sind in der ZAE in Zirndorf weitere 600 Menschen angekommen. Damit ist der Punkt erreicht, an dem das Landratsamt Fürth als örtliche Sicherheitsbehörde zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung stellen muss.

Von der Regierung in Mittelfranken wurden hierfür 250 Plätze zur Notunterbringung angefordert. Die Unterbringung erfolgt am Bauhofgelände des Landkreises, teilweise in Gebäuden und teilweise im Zelt. Bei einer weiteren Verschlechterung der Lage kann es zu weiteren Anforderungen der Regierung kommen.

Landkreis Fürth fühlt sich allein gelassen

„Ein unhaltbarer Zustand“, so Landrat Matthias Dießl: „Die Flüchtlingspolitik der Staatsregierung ist für mich nicht mehr nachvollziehbar. Mittelfranken und wir vor Ort werden mit dieser Notsituation vom Freistaat Bayern derzeit allein gelassen. Die betrauten Mitarbeiterinnen

Kommunen brauchen Entlastung

Die Kommunen müssen hier entlastet werden und der Freistaat muss sich künftig auch mit eigenen Einrichtungen um die Inobhutnahme der aufgegriffenen minderjährigen Flüchtlinge kümmern. Bei einer so gewaltigen Aufgabe kann es nicht 96 bayerischen Jugendämtern überlassen werden, rund um die Uhr erreichbar zu sein und Spezialisten etwa für Altersfeststellungen vorzuhalten. Der Städtetag setzt sich bei den Ministerien für eine umfassende Unterstützung der Kommunen ein: Neben dem Sozialministerium ist das Innenministerium (Ausländerrecht, Rückführungen) beteiligt, das Kultusministerium (Beschulung und spezielle Übergangsklassen) und nicht zuletzt das Finanzministerium, das hier zusätzliche Mittel bewilligen muss. **IBdBSt**

und Mitarbeiter an den verschiedensten Stellen arbeiten weit über ihren Kapazitätsgrenzen. Ich fordere von der Staatsregierung umgehend konkrete Maßnahmen, um dieser angespannten Situation entgegen zu wirken. Die Menschen stehen hier vor Ort und müssen untergebracht werden. Planungskonzepte für 2015 helfen im Augenblick nicht weiter. Der Freistaat muss sofort handeln. In einem Land wie Bayern muss es möglich sein, Flüchtlingen eine menschenwürdige Unterkunft zu geben. Ich erwarte konkrete Sofortmaßnahmen, wie zum Beispiel die Nutzung leerstehender Kasernen zur vorübergehenden Unterbringung.“ □

Müller zu Betreuungsplätzen:

„Bayern ist auf der Zielgeraden“

Anlässlich der vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung veröffentlichten Zahl zu Kindern unter 3 Jahren in der Kindertagesbetreuung stellte Bayerns Familienministerin Emilia Müller klar: „Die bayerischen Kommunen stellen bereits rund 110.000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren zur Verfügung, zu Beginn 2008 waren es noch 44.415 Plätze. Damit gibt es Plätze für über die Hälfte der ein- und zweijährigen Kinder, für die der Rechtsanspruch gilt. Dies entspricht einer Quote von 52 Prozent der Kinder von 1 bis unter 3 Jahren beziehungsweise 35 Prozent der Kinder von 0 bis 3 Jahren. Entscheidend ist aber ob genügend Plätze vorhanden sind. Bayern steht hier hervorragend da: Nahezu alle Kommunen bieten ein bedarfsgerechtes Angebot für die 1- bis unter 3-Jährigen an.“

In Bayern beginnt das Krippenjahr im September, so dass bis zum 1. März bereits sechs Monate vergangen sind, in dem Kinder ihren dritten Geburtstag feiern und somit aus der Statistik der „Kinder unter drei Jahren“ fallen, obwohl sie noch einen Krippenplatz belegen. □

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Pössinger
82488 Ettal
am 14.9.

Bürgermeister Josef Loy
86922 Eresing
am 14.9.

Bürgermeister
Gerhard Aulenbach
63860 Rothenbuch
am 15.9.

Bürgermeister Franz Winter
91602 Dürnwangen
am 17.9.

Bürgermeister
Albert Hadersbeck
86972 Altenstadt
am 20.9.

Bürgermeister Peter Maurer
63834 Sulzbach a. Main
am 21.9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Ruber
94348 Atting
am 13.9.

Bürgermeister Walter Bauer
94535 Eging am See
am 16.9.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Martin Betzinger
94527 Aholming
am 21.9.

Bürgermeister Perry Gumann
91245 Simmelsdorf
am 24.9.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

DStGB-Positionen zur Flüchtlingspolitik:

Kommunen nicht überfordern!

Die Krisen in der Welt, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, führen zu immer größeren Flüchtlingsströmen. Die deutschen Städte und Gemeinden bekennen sich zu ihrer humanitären Verpflichtung, Bürgerkriegsflüchtlinge und Asylbewerber aufzunehmen und ihnen zu helfen. „Andererseits dürfen die Kommunen aber auch nicht überfordert werden“, heißt es in einem Positionspapier des Deutschen Städte- und Gemeindebunds.

Gab es im vergangenen Jahr insgesamt 127.023 Asylanträge in Deutschland, was einem Plus von 64 % gegenüber dem Vorjahr entsprach, gehen Schätzungen für das Jahr 2014 von über 200.000 Asylbewerbern aus. Hinzu kommen die sogenannten „Kontingentflüchtlinge“, insbesondere aus Syrien. Hier haben sich die Innenminister darauf verständigt, weitere 10.000 Bürgerkriegsflüchtlinge aufzunehmen, nachdem zuvor über zwei humanitäre Aufnahmeprogramme 5.000 Bürgerkriegsflüchtlingen Zugang gewährt wurde.

Deutschland kann die Probleme nicht allein lösen

„Deutschland allein kann sicher nicht alle Flüchtlingsprobleme lösen“, so der DStGB in seiner Stellungnahme. Notwendig sei eine gemeinsame europäische Asyl- und Bürgerkriegsflüchtlingspolitik, die einen gemeinsamen Raum für Schutz und Solidarität gewährleistet. Dazu gehören auch eine Außen- und Entwicklungspolitik, die die Fluchtursachen in den Herkunftsländern bekämpft. Die Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen sei eine gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Bund, Länder und Kommunen müssten deshalb einen „Marschallplan Flüchtlingshilfe“ entwickeln, damit Deutschland auf diese gemeinsame große Herausforderung in den nächsten Jahren vorbereitet ist.

Schaffung weiterer Aufnahmeeinrichtungen

Die Flüchtlingsströme werden laut DStGB durch die kriegerischen Auseinandersetzungen häufig kurzfristig und sprunghaft ansteigen. Darauf müssten sich Bund und Länder durch die Schaffung weiterer zentraler Aufnahmeeinrichtungen besser vorbereiten. Hier sollten die Flüchtlinge mindestens drei Monate bleiben, damit ihre Verteilung in die Kommunen besser und gründlicher vorbereitet werden kann. Damit würde die Gefahr der Überforderung der Städte und Gemeinden, die teilweise kurzfristig hunderte von Personen unterbringen müssen, reduziert.

Wirtschaftsministerin Aigner:**Bayerisches Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft**

Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat die Einrichtung des Bayerischen Zentrums für Kultur- und Kreativwirtschaft in Nürnberg für diesen Herbst angekündigt: „Struktur, Aufgabenbereiche und Personalausstattung sind mit der Bayern Innovativ GmbH als Träger bereits festgelegt, so dass wir nach der Sommerpause loslegen können.“ Das Zentrum wird kultur- und kreativwirtschaftliche Unternehmer in allen Regierungsbezirken betreuen. Es soll gemeinsam mit bereits bestehenden Einrichtungen zur besseren Integration der Branche in die bayerische Gesamtwirtschaft beitragen. Die Kultur- und Kreativwirtschaft ist der privatwirtschaftlich orientierte Teil des Kultursektors. Dazu gehören u.a. Musikwirtschaft, Buchmarkt, Film, Design, Software- und Gamesindustrie. □

„Wir müssen sicherstellen, dass die Flüchtlinge angemessen untergebracht und versorgt werden“, betont der Verband. Jedoch stießen viele Kommunen bei der Unterbringung längst an Kapazitätsgrenzen. Deswegen sollten die Liegenschaften des Bundes (z. B. nicht mehr genutzte Kasernen, aber auch Gebäude der Länder) stärker einbezogen werden. Notwendig sei ein mit Bundes- und Landesmitteln ausgestattetes „Bau- und Umbauprogramm Unterbringung“. Mittelfristig sei es kostengünstiger, solide Einrichtungen zu schaffen, die auf Dauer für diese Zwecke genutzt werden können, als kurzfristig teilweise überbelegte Hotels oder private Wohnungen anmieten zu müssen. Um die Umsetzung eines solchen Bauprogramms sicherzustellen, sollte im Baugesetzbuch klargestellt werden, dass nach der gebotenen Abwägung solche Einrichtungen jedenfalls für längere Zeit auch im Außenbereich bzw. in Gewerbegebieten möglich sind.

Die Kostenerstattung, die die Kommunen für die Unterbringung, Kleidung und Verpflegung der Menschen erhalten, ist nach Darstellung des DStGB nicht kostendeckend. Die von den Ländern gezahlten Pauschalen deckten teilweise noch nicht einmal 50 Prozent des notwendigen Bedarfs. Hier müsse dringend gehandelt werden. Andernfalls werde die notwendige Akzeptanz der Kommunen, weitere Flüchtlinge aufzunehmen, gemindert.

Kostspielige medizinische Versorgung

Auch wird in dem Positionspapier darauf verwiesen, „dass die Städte und Gemeinden durch die teilweise extrem hohen Krankenkosten der Flüchtlinge erheblich belastet sind“. Die im Bürgerkrieg erlittenen Verletzungen (teilweise Traumatisierungen, insbesondere bei Kindern) erforderten eine nachhaltige, andauernde und oft sehr kostspielige medizinische Versorgung. Dies sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auch der Gesamtstaat finanzieren muss. Über einen „Investitionsfonds Gesundheitsvorsorge“ könnte nach Auffassung des Verbandes die Abwicklung organisiert werden.

Viele Menschen wollen sich für Flüchtlinge engagieren. Das sollte der Staat stärker unterstützen und könnte z. B. im Bundesfreiwilligendienst weitere Plätze für Integrations- und Flüchtlingshelfer schaffen, so der DStGB.

Schul- und Betreuungsprogramm

Zur Flüchtlingsbetreuung gehören unverzichtbar ein Schul- und Betreuungsprogramm für die Kinder, die teilweise monatelang oder jahrelang nicht zur Schule gehen konnten und an keinerlei Bildungsmaßnahmen Anteil hatten. Zusätzlich müsse sichergestellt werden, dass die Aufnahme von einzelnen Kindern – sei es in der Schule, oder im Kindergarten – nicht mit dem Hinweis abgelehnt wird, dass die zulässige Gruppengröße bereits erreicht sei. Vorübergehend sollten hier Ausnahmen möglich sein.

Private Aufnahme fördern

Viele Menschen – insbesondere diejenigen, die selbst aus den Herkunftsländern stammen – seien bereit, Flüchtlinge „privat“ aufzunehmen. „Das sollten wir

fördern, zumal ein solches Engagement die Akzeptanz von Flüchtlingen in unserer Gesellschaft nachhaltig fördern kann. Das setzt allerdings voraus, dass die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen (Verwaltungsvorschriften) angepasst werden, um solche Unterbringungen – sei es bei Privatpersonen oder anderen gesellschaftlichen Gruppen wie beispielsweise Kirchen – ermöglicht werden.“

Kommunikationszentrum

Bund, Länder und Kommunen sollten laut DStGB ein Lage- und Kommunikationszentrum (z. B. beim Bundesministerium des Inneren) schaffen. Hier sollten die Informationen gesammelt, aufbereitet und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. „Wir müssen in der deutschen Gesellschaft für die humanitäre Aufgabe der Flüchtlingsaufnahme immer wieder werben und uns mit dem Widerstand, der teilweise vor Ort entsteht, auseinandersetzen. Auch viele gute Beispiele, die aufzeigen, dass Flüchtlinge aus Lebensgefahr gerettet werden konnten, in Deutschland aufgenommen wurden und nach wenigen Monaten einen Arbeitsplatz fanden, könnten darüber kommuniziert werden.“

Gesamteuropäische Herausforderung

Die Flüchtlingsfrage ist eine gesamteuropäische Herausforderung, die auch die EU in den nächsten Jahren vorrangig beschäftigen wird. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund schlägt vor, die vielfältigen Aktivitäten der EU in einem Flüchtlingskommissariat zu bündeln, damit sie wirkungsvoller umgesetzt werden können. Dazu gehören auch eine gemeinsame europäische Außenpolitik, die die Fluchtgründe in den Herkunftsländern bekämpft. Mit Blick auf die Wirtschaftsflychtlinge aus EU-Mit-

Neue Projektstudie:**„Netzwerk Kommune – Kirche – Gesellschaft“**

Wie wirkt sich die abnehmende Präsenz der Kirchen im ländlichen Raum zusammen mit den Veränderungen in den Kommunen auf die Dorfgemeinschaften aus? Dieser Frage ging Ende vergangenen Jahres im Landratsamt Unterallgäu die Abschlussveranstaltung des vom Verein „Soziale Gemeinden im Unterallgäu e. V.“ und der Bayerischen Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Auftrag gegebenen interaktiven Projektes „Netzwerk Kirche – Kommune – Gesellschaft“ nach.

Unter großem Interesse der Öffentlichkeit und der zahlreichen Projektbeteiligten wurden die im Rahmen eines über zweijährigen beispiellosen Beteiligungsprozesses erarbeiteten Ergebnisse vorgestellt. In einem Folgeschritt wurden die Empfehlungen und Erkenntnisse des Vernetzungsprojektes sodann in eine von der Memminger LARS consult Gesellschaft für Planung und Projektentwicklung mbH erstellte Kurzfassung eingearbeitet, die nunmehr als Handlungsleitfaden für den „Erhalt bzw. die Weiterentwicklung von lebendigen sozialen Gemeinden und Dorfgemeinschaften im Ländlichen Raum“ den kirchlichen und kommunalen Akteuren vor Ort zur Verfügung gestellt wurde.

Bürgermitwirkungsprozess

Das Gesamtprojekt fußt auf einem enorm breiten Bürgermitwirkungsprozess. Bereits zu Beginn wurden Untersuchungsräume festgelegt, in denen Kommunen und kirchliche Gemeinden in unterschiedlicher Zusammensetzung vertreten waren. In diesen

Kolumne Stefan Rößle**Liebe Leserinnen und Leser,**

passend zur Sommerpause und Urlaubszeit haben wir gute Nachrichten aus dem Bereich des Tourismus erfahren. Bayern ist als Urlaubsland so beliebt wie noch nie. In den letzten zehn Jahren sind die Übernachtungszahlen fast jedes Jahr kontinuierlich gestiegen. Laut Landesamt für Statistik steuert der Freistaat im Jahr 2014 auf einen Übernachtungsrekord zu. Bis Mai, also ohne die starken Sommermonate, wurden bereits 29,5 Mio. Übernachtungen gezählt.

Als Kommunalpolitische Vereinigung stimmt uns dies äußerst positiv, denn der Tourismus verkörpert für unsere Kommunen einen enorm



Wellness und traditioneller Kultur, bis hin zu kulinarischen Genüssen – Bayerns kleine und große Kommunen haben für Jung und Alt etwas zu bieten.

All diese Gründe sprechen durchaus auch dafür, den eigenen Urlaub beim nächsten Mal nicht in der Ferne, sondern in heimatischen Gefilden zu genießen und dort auf Entdeckungstour zu gehen. Erholungs- und erlebnisreiche Ferien quasi vor der eigenen Haustür – das ist längst mehr als eine Alternative. Die bayerischen Kommunen können in allen Punkten mit den Angeboten der ausländischen Urlaubsregionen mithalten. Zusätzlich sorgt eine kurze und dadurch günstige Anreise von Anfang an für Entspannung, schont den Geldbeutel sowie die Umwelt.

So können wir uns im Sinne unserer heimischen Kommunen vor der nächsten Urlaubsplanung getrost wie einst Goethe die Frage stellen: „Warum in die Ferne schweifen, wenn das Gute liegt so nah?“

Ihr Stefan Rößle
Landesvorsitzender der KPV

Zukunftsperspektive Tourismus

wichtigen Standort- und Wirtschaftsfaktor. Kaum eine Branche ist so arbeitsplatzintensiv und verspricht derart positive Auswirkungen in andere Wirtschaftsbereiche hinein. Ungebrochen bleibt dabei die Anziehungskraft der großen Städte mit ihrem pulsierenden Leben. Doch gerade auch der Tourismus auf dem Land verspricht vor dem Hintergrund des demographischen Wandels nachhaltige Chancen und Zukunftsperspektiven.

Hier kann eine gebündelte touristische Vermarktung einer ländlichen Region durch mehrere Kommunen die Schlagkraft im Wettbewerb

gliedsländern (Armutsmigration) sei hier die EU auch mit ihren Strukturformitteln in den Herkunftsländern besonders gefordert.

Flüchtlingsgipfel

Bund, Länder und Gemeinden sollten die notwendigen Schritte auf einem Flüchtlingsgipfel vereinbaren. Da viele Maßnahmen Rechtsänderungen erfordern, könnten diese in einem Gesetz zur Stärkung der Solidarität mit Flüchtlingen festgeschrieben werden.“

„Dies wäre sicher auch ein wichtiges politisches Signal für die deutsche Gesellschaft.“ Dabei müsse auch klar sein, dass die Residenzpflicht von Asylbewerbern beim Aufenthaltsbeginn fortbestehen muss, um die Organisation dieser großen Herausforderung sicherzustellen. Gleichzeitig sollte die Abschiebung von Asylbewerbern aus sicheren Herkunftsländern weiter beschleunigt werden, „denn das stärkt die Akzeptanz für die Aufnahme von den Menschen, die wirklich verfolgt werden.“ DK

nennung bzw. Wahl eines „Kommunalbeauftragten“ in den Pfarrgemeinderäten sowie in den Pastoralräten der Pfarreiengemeinschaften erachtet. Besonders wichtig seien Klausurtagungen und Koordinationstreffen von Pfarrgemeinderäten zur Kontakt- und Vertrauensbildung sowie zur konzeptionellen Arbeit.

Strukturierte Vorausplanung

Der ehrenamtliche Einsatz von engagierten Personen in einer Gemeinde benötigt, so der Leitfaden, eine strukturierte Vorausplanung, um unnötige Belastungen, Konkurrenz und Frustrationen zu vermeiden sowie das gesamte ehrenamtliche Potential zu schonen und Synergieeffekte zu nutzen. Dazu gehören insbesondere auch eine laufend zu aktualisierende Erfassung des Potentials und der bereits ehrenamtlich Tätigen. Zur Sicherung eines langfristigen bürgerschaftlichen Engagements sei von den Kommunen und den Kirchen eine strukturierte Anerkennungskultur aufzubauen und zu pflegen. Außerdem sollte im Haushalt der Pfarreien, Kirchengemeinden und der Kommunen außer für Aufwandsentschädigungen und Qualifizierungsmaßnahmen ein eigener Haushaltsposten für Ehrenamtliche eingerichtet sein.

Aktiv auf die Menschen zugehen

Da die Kirchen insbesondere auch für Neubürger viele Möglichkeiten eines Zugangs in die Dorfgemeinschaft bieten, sei es wichtig, dass die Kirchen sich auch für Andersdenkende öffnen und sie auf die Menschen aktiv zugehen. Gerade bei Neubürgern könnte dies in gemeinsamen Aktivitäten mit der Gemeinde geschehen. Auch sei es wichtig, dass frühzeitig die Informationen dazu ausgetauscht werden und eine gemeinsame Vorgehensweise gewählt wird. Die einzelnen Pfarreien sollten sich aktiver profilieren; dies komme ihnen insbesondere in den Pfarreiengemeinschaften zugute, wird in dem Handlungsleitfaden abschließend festgestellt. DK

Soziale Treffpunkte

Das Augenmerk sollte überdies auf der Schaffung sozialer Treffpunkte im Gemeindegebiet durch die Kommune, die Kirchen und Vereine ebenso liegen wie auf der Gründung eines von Kirchen und Kommune unabhängigen Netzwerkvereins zur Förderung und Organisation der Zusammenarbeit aller sozial engagierten Gruppierungen und Einzelpersonen in einer Gemeinde. Als sinnvoll werden auch die Benennung bzw. Wahl eines „Kirchenbeauftragten“ in den Gemeinderäten sowie die Be-

Der Messestandort Bayern boomt

Bayern wird zum Schaufenster für die Welt und 2014 das beste Jahr in der Geschichte des Messestandorts Bayern. Mehrere 100 Ausstellungen und Fachmessen stehen für die nächsten 12 Monate bereits fest terminiert in den Veranstaltungskalendern der beiden wichtigsten bayrischen Messezentren in München und Nürnberg.

Besonderer Gewinner der positiven Entwicklung Bayerns als weltweiter Drehscheibe zur Präsentation und zum Informationsaustausch für unterschiedlichste Branchen ist die Messe Nürnberg. Dort finden teilweise im Jahres-, teilweise im 2-Jahresrhythmus 174 Fachmessen statt. Viele von ihnen gelten als weltweite Leitmesse für die jeweilige Branche.

Vor allem das Messezentrum in der Frankenmetropole hat mit der neuen, von Stararchitektin Zaha Hadid entworfenen Halle 3A in der Messearchitektur international Maßstäbe gesetzt. 2014 wird der Messeplatz Nürnberg 40 Jahre alt. Das runde Geburtstagsjahr ist auch das bisher erfolgreichste in der Geschichte der fränkischen Messegesellschaft: mit sieben Prozent Plus bei den verkauften Ausstellungsflächen für internationale Fachmessen und neun Prozent mehr Besuchern.

Die NürnbergMesse, im Besitz des Freistaats Bayern und der Stadt Nürnberg, ist in den letzten Jahren mit Gesamtinvestitionen von fast einer dreiviertel Milliarde Euro zu einer der 15 größten Messegesellschaften der Welt und eine der zehn größten in Eu-

ropa gewachsen. 30.000 Aussteller, fast 40 Prozent aus dem Ausland, und 1,4 Millionen Besucher lockt der Messebetrieb jedes Jahr nach Nürnberg. Die Messe ist damit auch wichtiger Motor und Zukunftssicherung auch für den Betrieb des für ganz Nord- und Ostbayern wichtigen Nürnberger Flughafens. Ein Vorteil des Messeplatzes Nürnberg, wie auch des Flughafens in der Frankenmetropole: kurze Wege. Das Messegelände ist mit der U-Bahn vom Bahnhof in acht und vom Flughafen in nur 25 Minuten erreichbar. Die 14.000 Parkplätze auf dem Messegelände haben Direktverbindung zu acht Autobahnanschlüssen.

Dr. Roland Fleck und Peter Ottmann, den beiden Geschäftsführern der NürnbergMesse ist es in den letzten Jahren gelungen, eine Reihe von Fachmessen für besonders zukunftsreiche Branchen nach Nürnberg zu holen. Zum Beispiel „embedded world“, eine Messe rund um die verborgenen Computersysteme in unserer Lebenswelt, von der Haushaltsmaschine bis zum Auto. Besucherplus bei der letzten „embedded world“ 18 Prozent. „Enforce Tac“, eine Messe rund um

Sicherheitsausrüstung, meldete zuletzt 58 Prozent plus bei den Ausstellern und auch die „Euroguss“, eine Fachmesse für Druckgusstechnik, verzeichnete 33 Prozent plus bei den Besuchern.

Dabei waren die Anfänge der Nürnberger Messegesellschaft auch verglichen mit der Münchner Konkurrenz bescheiden: Vor 30 Jahren meldete die NürnbergMesse im ganzen Jahresverlauf 3.900 Aussteller, knapp 40.000 Besucher und einen Umsatz von 2,5 Millionen Euro. Der Umsatz der Gruppe ist seitdem um 77.000 Prozent auf 185 Millionen Euro gestiegen und hat damit gegenüber der großen Mitbewerberin München Messe (308 Millionen Euro) weiter aufgeholt.

Die Zeichen stehen weiter auf Wachstum: „Die neue Vorzeigehalle 3A sei mit ihren gigantischen 14.000 qm Fläche bereits 2014 acht Mal gebucht“, sagte Söder. „Für diese Kommunen bedeutet das 16 Mio. Euro Förderung für schnelles Internet.“ Das Finanzministerium hat das bestehende Förderverfahren grundlegend überarbeitet. Der maximale Förderhöchstbetrag wird verdoppelt und das Verfahren vereinfacht. Einzelne Kommunen können jetzt bis zu einer Million Euro als Förderung erhalten. Die Fördersätze wurden auf 60 bis 80 %, in Härtefällen sogar auf 90 % angehoben. Auch die Beratung der Kommunen wurde maßgeblich verbessert: Inzwischen haben die Breitbandmanager über 4.000 Beratungsgespräche geführt.

Mit dem BayernPortal wird ein zentraler Zugang zu allen bayerischen E-Government-Anwendungen geschaffen. So soll nach München hin vor“, stellte Söder klar. Die Verlagerungen sollen in Form eines sanften Prozesses gestaltet werden. Bei-

spielsweise sollen Personalabgänge nicht mehr am alten, sondern nur am neuen Standort nachbesetzt werden. Unter intensiver Einbindung der Beschäftigten und der Personalvertretungen wird so eine Umsetzung der Verlagerungspläne innerhalb von 10 Jahren angestrebt. Personalqualifizierungs-Pakete sollen die Attraktivität, im ländlichen Raum zu arbeiten, erhöhen. Im ersten Schritt werden vier große Behördenbereiche aus München in jeden fränkischen Regierungsbezirk und in die nördliche Oberpfalz verlagert.

4. Digitale Revolution in ganz Bayern

Mit einem Finanzvolumen von bis zu 1,5 Mrd. Euro ist nach der Genehmigung durch die EU-Kommission das Förderprogramm Breitband gestartet. „Bereits 2 Wochen nach der Genehmigung konnten wir 63 Förderbescheide aushändigen“, sagte Söder. „Für diese Kommunen bedeutet das 16 Mio. Euro Förderung für schnelles Internet.“

Das Finanzministerium hat das bestehende Förderverfahren grundlegend überarbeitet. Der maximale Förderhöchstbetrag wird verdoppelt und das Verfahren vereinfacht. Einzelne Kommunen können jetzt bis zu einer Million Euro als Förderung erhalten. Die Fördersätze wurden auf 60 bis 80 %, in Härtefällen sogar auf 90 % angehoben. Auch die Beratung der Kommunen wurde maßgeblich verbessert: Inzwischen haben die Breitbandmanager über 4.000 Beratungsgespräche geführt.

Mit dem BayernPortal wird ein zentraler Zugang zu allen bayerischen E-Government-Anwendungen geschaffen. So soll

jeder, unabhängig von Wohnort oder Uhrzeit, seine Behördengänge online erledigen können. Gleichzeitig wird der E-Governmentpakt mit den Kommunalen Spitzenverbänden fortgeschrieben. Er umfasst zentrale Punkte wie die Zusammenarbeit im Bereich IT-Sicherheit und beim Digitalen Bildungsnetz oder den Ausbau von zentralen Basisdiensten, zum Beispiel der elektronischen Identifizierung.

5. Kommunaler Finanzausgleich – neue Wege diskutieren

Der kommunale Finanzausgleich ist Kernelement zum Ausgleich von finanziellen Ungleichheiten in Bayern. „In diesem Jahr haben wir die Schallmauer von 8 Milliarden Euro durchbrochen“, so Söder. Der Minister weiter: „Die Schlüsselzuweisungen werden 2015 auf über 3 Milliarden Euro ansteigen – ein weiterer Rekord.“

Künftig will Bayern den kommunalen Finanzausgleich weiterentwickeln. So sollen die Stabilisierungshilfen deutlich erhöht (2014: 100 Millionen Euro) und das System der Schlüsselzuweisungen reformiert werden. „Es ist uns wichtig, die Balance innerhalb der Kommunen zu wahren. Aber die Belange strukturschwacher Kommunen müssen wir noch besser berücksichtigen“, sagte Söder. Ansatzpunkte für die Reform sind die Anpassung der Einwohnergewichtung und eine stärkere Erfassung der tatsächlichen Steuereinnahmen. Eine Einigung mit den Kommunalen Spitzenverbänden soll spätestens im nächsten Jahr erreicht werden. Vorher werden umfangreiche Probrechnungen durchgeführt. □

größter Bürgerwindpark Denkerdorf als Paradebeispiel dafür, wie sich Bürgerwille, Naturschutz und Stromerzeugung aus Windenergie perfekt vereinbaren lassen. Das 20-Millionen-Euro-Projekt im Naturpark Altmühltal entstand Eckardt zufolge als Gemeinschaftsprojekt. Die Mehrheit halten mit 51 Prozent die Bürger: 100 Privatpersonen sind mit über 3,5 Millionen Euro beteiligt.

Professionelle Partner

Auf Seite der Investoren konnte die N-ERGIE Regenerativ GmbH, ein Tochterunternehmen der N-ERGIE Aktiengesellschaft, die Stadtwerke Schwabach GmbH, die infra fürth GmbH und die Gemeindefirma Wendelstein als Partner gewinnen. Als weitere vorbildliche Projekte führte Eckardt den Windpark Schauenstein am östlichen Rand des Naturparks Frankenwald im Landkreis Hof, ein gemeinschaftliches Projekt von acht Gemeinde- und Stadtwerken, sowie den Windpark Illschwang an.

Eigentümer des Windparks ist die Flemma W1. Energie GmbH & Co. KG, an der die N-ERGIE Regenerativ GmbH, die Stadtwerke Schwabach GmbH, die infra fürth GmbH, die Stadtwerke Amberg GmbH, die Flemma GmbH & Co. KG sowie die Gemeinde Illschwang Anteile halten. Zudem sind Bürger über eine GbR am Windpark Illschwang beteiligt. Die Stadtwerke Amberg GmbH engagiert sich sehr im Bereich der umweltfreundlichen Stromerzeugung durch Erneuerbare Energien.

Bürgermeister Uwe Raab stellte seinerseits den kommunalen Windpark Büchenbach vor, ein Projekt der Stadt Pegnitz im oberfränkischen Landkreis Bayreuth, das gemeinsam mit dem Regensburger Projektentwickler OST-WIND und der Rechtsanwalts- und Steuerberatungskanzlei Rödl & Partner realisiert wurde.

Büchenbach ist bislang der größte kommunale Windpark Bayerns. Vier Windkraftanlagen des Typs Vestas V112 mit 140 m Nabenhöhe und einer Leistung von je 3 MW liefern Strom für 7.500 Haushalte und sparen pro Jahr über 21.000 Tonnen CO₂ ein. Der geschätzte Energieertrag liegt bei jährlich 26 Mio. kWh. Der Windpark wurde Ende 2012 bzw. Anfang 2013 in Betrieb genommen und wird vollständig im Eigenbetrieb der Kommune geführt. Dies führt zu einer lokalen, regionalen, sozialen und ökonomischen Nachhaltigkeit.

Mit Blick auf das Thema Wirtschaftlichkeit zog Raab folgendes Fazit bzw. gab nachstehende Empfehlungen mit auf den Weg:

1. Geringere Zinssätze erhöhen die Zahlungsrückflüsse gerade zu Beginn der Betriebsphase erheblich.

2. Aufgrund 100%iger Fremdfinanzierung besteht ein sehr hoher Kapitaldienst zu Beginn des Projektes.

3. Der Aufbau einer Liquiditätsreserve sichert den Kapitaldienst in ertragschwachen Jahren ab.

4. Auch bei möglicherweise geringeren Winderträgen (-15 %) ergibt sich ein Rückfluss an den Eigenbetrieb der Stadt Pegnitz (Worst Case-Szenarien).

5. Die Leistungsfähigkeit der Stadt bezogen auf die Finanzierung der Investition ist auf Basis der gesetzten Prämissen auch in dem als schlechtesten Fall angenommenen Ertragszenario (Worst Case) als gegeben anzusehen.

6. Aufgrund der positiven Wirtschaftlichkeitsprognose der Investition und unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken ist aus heutiger Sicht eine Wirtschaftlichkeit des Windparks gegeben und eine Investition in diesen könnte somit von der Stadt Pegnitz getragen werden (Stand August 2012). **DK**

Neue Heimatstrategie für ...

(Fortsetzung von Seite 1)

kommunalen Finanzausgleich eine bessere Förderung und mehr Möglichkeiten, sich selbst zu helfen. „Das ist ein starkes Signal für den nordbayerischen Raum. Wir lassen kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten entstehen. Die Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist in Bayern nicht nur Programm, sondern gelebte Praxis“, so Söder. Außerdem soll die Entwicklung des ländlichen Raums künftig jährlich in einem Heimatbericht dargestellt werden.

Die Heimatstrategie basiert auf fünf Säulen.

1. Strukturentwicklung für ganz Bayern: Erweiterung des Raums mit besonderem Handlungsbedarf

Die Grundprinzipien bei der Landesentwicklung sind Prävention und Reaktion. Regionen mit besonderen Herausforderungen sollen in den Förderraum aufgenommen und vorausschauend gestärkt werden. Ziehen Entwicklungen große Probleme für eine Region nach sich, wird mit flankierenden Maßnahmen nachgesteuert. Diese Prinzipien sind durchgängig Leitlinien für die Struktur- und Förderprogramme der Staatsregierung.

„Räume mit besonderem Handlungsbedarf“ (RmbH) sollen vorrangig entwickelt werden. Diese wurden bisher im Landesentwicklungsprogramm 2013 anhand eines Gesamtindikators aus fünf Kriterien der Bereiche Wirtschaft und Demographie festgelegt. Landkreise, die weniger als 85 % des bayerischen Durchschnitts erzielten, wurden dem RmbH zugeordnet. Dieser Wert wurde nun um 5 % auf 90 % erhöht und kann künftig auch für einzelne Gemeinden gelten. Durch die Neuregelung zählen nun zusätzlich sechs Landkreise (28 statt wie bislang 22) und 57 Einzelgemeinden (bisher keine Einzelgemeinden) zum RmbH. Zusätzlich können Konversionsgemeinden (von Truppenabzug betroffene Kommunen) und Gemeinden mit einschneidenden Herausforderungen, zum Beispiel durch plötzlichen Verlust einer hohen Zahl an Arbeitsplät-

zen, in den Förderraum mit aufgenommen werden.

Auf Basis der Daten des Landesentwicklungsprogramms 2013 würden zusätzlich die 6 Landkreise Ansbach mit der kreisfreien Stadt Ansbach, Forchheim, Garmisch-Partenkirchen, Main-Spessart, Mühldorf a. Inn, Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim sowie 57 Gemeinden dem RmbH zugeordnet werden.

2. Nordbayern-Initiative – für den ländlichen Raum

Unter Federführung des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat startet die Staatsregierung eine Nordbayern-Initiative. „Mit überregional bedeutenden Leuchtturmprojekten wollen wir in Nordbayern gezielt Wissenschaft und Wirtschaft stärken“, kündigte Söder an. „Dafür nehmen wir bis 2018 fast 600 Millionen Euro in die Hand.“ Die Dezentralisierung der bayerischen Hochschullandschaft in ländliche Regionen hat bereits zu zahlreichen positiven Entwicklungen geführt, wie eine positive Bevölkerungsentwicklung, Industrieansiedlungen und Unternehmensgründungen insbesondere im ländlichen Raum sowie die daraus folgenden Innovationen. Die Nordbayern-Initiative setzt diesen Weg mit verschiedenen Projekten an Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen konsequent fort.

3. Behördenverlagerung

Die Staatsregierung wird die Behördenverlagerung als wichtiges Element aktiver Strukturpolitik konsequent fortsetzen. Dazu wird eine gründliche Prüfung bestehender Behördenstandorte nach festgelegten Kriterien erfolgen. „Ziel ist die Förderung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen insbesondere in strukturschwachen Räumen“, sagte Söder. Besonderes Augenmerk liegt auf der sozialverträglichen Gestaltung der Verlagerungen. „Es wird keine Zwangsversetzungen aus dem Großraum München hinaus geben. Aber uns liegen mehr Versetzungswünsche aus München weg als

nach München hin vor“, stellte Söder klar. Die Verlagerungen sollen in Form eines sanften Prozesses gestaltet werden. Bei-

Erfahrungsaustausch der Finanz ...

(Fortsetzung von Seite 1)

derfähige Oberflächen, ein zu hoher technischer Aufwand für Inklusion und ein sehr hoher Aufwand zur Beseitigung verdeckter Bauschäden gewesen. Derzeit laufen zahlreiche Konzessionsverträge aus. Viele Kommunen nutzen diese Gelegenheit, um in die kommunale Energieversorgung einzusteigen. Auch die schwäbische Stadt Bobingen hat diese Chance genutzt. Welche Erfahrungen die Stadt gemacht hat und welche Herausforderungen noch zu meistern sind, darüber informierte Stadtkämmerer Alexander Ziegler, Geschäftsführer EVB Gasnetz GmbH & Co. KG & EVB Stromnetz GmbH & Co.

Risiken mit Kooperationsmodellen minimieren

Ziegler zufolge können Risiken durch die Wahl entsprechender Kooperationsmodelle minimiert werden. Dabei dürfe der zeitliche Aufwand für erforderliche Vorprüfungen, politische Gremienbefassung etc. nicht unterschätzt werden. Die formellen Hürden für Auswahlverfahren seien sehr hoch. Zudem seien zahlreiche rechtliche, wirtschaftliche und technische Fragestellungen im Verfahren zu erörtern. Ein Wettbewerblich ausgestaltetes Verfahren eröffne der Kommune tatsächlich weitreichende Handlungsoptionen.

Wie Rechtsanwalt Oliver K. Eifertinger, Partner bei Becker Büttner Held, ausführte, unterstützte die Kanzlei die Stadt zunächst, in dem sie eine Machbarkeitsstudie zu den rechtlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen eines weitergehenden Engagements beim künftigen Netzbetrieb erstellte. Anschließend wurde ein mögliches Kooperationsmodell unter Berücksichtigung der optimalen Integration in den „Stadtkonzern“ konzipiert. Es folgten die Konzeption der Auswahlverfahren (ergebnisoffe-

ne Verfahren zur Konzessionsvergabe, verbunden mit Verfahren zur möglichen Auswahl eines Kooperationspartners), die rechtliche, wirtschaftliche und technische Begleitung der gesamten Auswahlverfahren sowie die Begleitung der Umsetzung der Auswahlentscheidungen.

Kostenexplosion bei kommunalen Bauprojekten

Nicht selten explodieren bei kommunalen Bauprojekten die Kosten. Anhand von Praxisbeispielen aus Bayern wurde erörtert, wie Kommunen Termin- und Kostensicherheit im Hochbau sicherstellen können. Harald Riedel, Stadtkämmerer in Nürnberg, verwies darauf, dass die Stadt seit 2008 über 1,1 Mrd. Euro an Investitionen finanziert hat, davon 730 Mio. Euro aus städtischen Mitteln. 10 % Baukostenüberschreitungen entsprächen damit 110 Mio. Euro. Für den Zeitraum 2014 bis 2026 plane die Norisstadt gemäß einer aktuellen Simulationsrechnung mit Bruttoinvestitionen von bis zu 3,1 Mrd. Euro, hiervon 2,1 Mrd. Euro städtische Mittel. 10 % Baukostenüberschreitungen entsprächen damit 310 Mio. Euro.

Investitionsmanagement

Als neuen Ansatz für das Investitionsmanagement führte Ziegler die Einführung eines Bauinvestitionscontrollings für alle Hoch- und Tiefbaumaßnahmen an. Ziele seien die Steuerung und Kontrolle des Planungs- und Bauprozesses von der ersten Idee an, die Einhaltung und Dokumentation der festgelegten Planungsschritte, die Kommunikation der Ergebnisse, insbesondere bei Abweichungen, die permanente Kostenkontrolle und Dokumentation, bei Bedarf die Einleitung eines festgelegten Eskalationsverfahrens sowie die Weiterentwicklung von Konzepten und Techniken des Bauinvestitionscontrollings und

des allgemeinen Projektmanagements sowie permanente Qualitätssicherung der Prozesse.

ÖPP und ÖÖP

Wie Ziegler bilanzierte, sind ÖPP und ÖÖP wesentliche Instrumente zur Abarbeitung des Investitionsbergs. Die Erfahrung aus dem bisherigen ÖPP-Projekt sei sehr gut: So seien hohe zweistellige Wirtschaftlichkeitsvorteile in Verbindung mit Festpreis, Termintreue, guter Qualität und Architektur festzustellen, zudem sei die Gesamtwirtschaftlichkeit bisher realisiert. Die Betriebsphase bei ÖPP laufe nach anfänglichen Problemen in der Zusammenarbeit zwischen Nutzern und Auftragnehmern gut.

Darüber hinaus sei eine Disziplinierung der Nutzer durch klare Vertragsregelung und Kostentransparenz bei Abweichungen zu verzeichnen, wodurch ein wirtschaftlicheres Bauen sichergestellt sei. Zudem gebe es Vorteile in der Darstellung in der Finanzrechnung.

Laut Ziegler „wird die Mehrzahl unserer Investitionen nach wie vor konventionell umgesetzt“. So erfolgten 86 Maßnahmen in Eigenregie, 22 kleinere Maßnahmen im Rahmen eines Baubetreuungsvertrages durch die kommunale Tochter und drei große Projekte als ÖPP.

Herausforderung Windkraftanlagen

Kommunale Windkraftanlagen zu finanzieren, ist eine Herausforderung. Rechtliche Probleme kommen hinzu: Das Land Bayern will die Bauvorschriften verschärfen. Welche Handlungsoptionen den Kommunen bleiben und wie sie genutzt werden können, darüber berichteten Carsten Eckardt, Projektbetreuer N-ERGIE AG und Uwe Raab, Bürgermeister der fränkischen Stadt Pegnitz.

Bereits jetzt gilt Oberbayerns

Europäische Bankenabgabe:

Götzl wehrt sich gegen Beliebigkeitspolitik

Mit großem Unverständnis quittiert Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), die bisher bekannt gewordenen Pläne von EU-Kommissar Michel Barnier zur Ausgestaltung der europäischen Bankenabgabe: „Das, was Barnier in immer wieder neuen Papieren präsentieren lässt, wird seinen eigenen Vorgaben nicht gerecht. Ich kann noch immer keine substanzielle Entlastung kleiner Regionalbanken von der europäischen Abgabe erkennen.“

Götzl kritisiert, dass auch in einem aktuell vorgelegten Arbeitspapier zwar der Eindruck erweckt werde, kleine Banken von der Abgabe zum europäischen Abwicklungsfonds (SRF) entlasten zu wollen. Faktisch geschehe das aber nicht. Es werde politische Augenwischerei betrieben: „Wer bei der Beitragserhebung regionale Banken mit wenigen hundert Millionen Euro Bilanzsumme letztlich doch wie internationale Großbanken behandelt, dem geht es nur darum, die kleinen Institute zugunsten der großen zu belasten.“

Schluss mit Abkassieren von Regionalbanken

Der Repräsentant der bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken wehrt sich dagegen, dass Barniers Pläne darauf hinauslaufen, Risiken von grenzüberschreitend tätigen Großbanken im SRF zulasten kleiner Regionalbanken zu vergemeinschaften. Zudem weist er auf Widersprüchlichkeiten zwischen den Inhalten der einzelnen Säulen der europäischen Bankenunion hin. Während die europäische Ban-

kenaufsicht Banken ab einer Bilanzsumme von 30 Milliarden Euro als 'groß' (signifikant) einstuft, plant Barnier das beim SRF schon für Kreditinstitute ab einer Bilanzsumme von 1 Milliarde Euro.

Götzl: „Beliebigkeitspolitik und Abkassieren von Regionalbanken nach Gutdünken müssen ein Ende finden. Barnier muss bei der Konzeption der europäischen Bankenabgabe endlich systemrelevante Institute und risikoreiche Geschäftsmodelle in den Mittelpunkt stellen. Ich erwarte, dass auch er die bekannten und gängigen Größenkriterien der europäischen Regulierung bei der Bemessung der Abgabepflichten berücksichtigt.“ Mitunter, so der Hinweis Götzls, sei es bei der Hinweismassnahmen zudem hilfreich, sich an die Auslöser der Finanzkrise zu erinnern: „Zu diesen zählen die kleinen deutschen Regionalbanken nun wahrlich nicht.“

Für Freigrenze bei Bankenabgabe

Der GVB-Präsident plädiert deshalb weiterhin für eine Frei-

Junge Menschen setzen auf Ausbildung bei bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken sind nach wie vor gefragte Arbeitgeber, wenn junge Menschen in den Beruf einsteigen. Demnach wollen 960 Auszubildende am 1. September 2014 eine Lehre bei einer der 286 Genossenschaftsbanken im Freistaat beginnen. Nach 939 neuen Azubis im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Nachwuchskräfte damit leicht an.

Insgesamt beschäftigen die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken knapp 2.600 Auszubildende. Das entspricht einer überdurchschnittlichen Ausbildungsquote von 7,1 Prozent. „Die Kreditgenossenschaften eröffnen heimatnahe Karriereperspektiven und ermöglichen einen anspruchsvollen Einstieg in die Berufswelt“, resümiert Stephan Götzl, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern.

Trotz stabiler Einstellungszahlen weist Götzl darauf hin, dass es zunehmend schwieriger werde, alle verfügbaren Ausbildungsplätze zu besetzen. Dies sei vor allem der demografischen Entwicklung geschuldet, wonach immer weniger Jugendliche dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stünden. Gleichzeitig bleibe aber der Bedarf an fachlich qualifizierten Nachwuchskräften hoch.

Vielfältige Karrierewege

Der GVB-Präsident nimmt den Beginn des Ausbildungsjahrs daher zum Anlass, um sich für die berufliche Qualifizierung starkzumachen: „Das Erlernen eines Berufs bietet einen soliden Start ins Arbeitsleben und öffnet vielfältige Karrierewege.“ Deshalb müsse die hohe Qualität der dualen Ausbildung in Deutschland von Gesellschaft und Politik wieder stärker gewürdigt werden, so Götzl. Dazu gehöre auch, Lehre und Studium nicht als konkurrierende, sondern als gleichwertige Bildungssysteme anzuerkennen.

Hilfreich hierfür sei zudem, beide Ausbildungsformen besser miteinander zu verzahnen. □

grenze bei der Bemessungsgrundlage der europäischen Bankenabgabe in Höhe von 1 Milliarde Euro. Damit werde dem extrem niedrigen geschäftspolitischen Risikogehalt von kleinen Regionalbanken Rechnung getragen. Außerdem fordert der bayerische Genossenschaftspräsident, dass auch die Mitgliedschaft in Institutssicherungssystemen hinreichend Berücksichtigung bei der Bemessung der europäischen Bankenabgabe findet.

„Ich erwarte, dass Barnier hier nachbessert. Es ist mit gesundem Menschenverstand nicht nachvollziehbar, warum Volksbanken und Raiffeisenbanken hohe Prämien in ein europäisches Versicherungssystem gegen Bankenpleiten einzahlen sollen, das sie nie in Anspruch nehmen werden. Denn wir verfügen in der genossenschaftlichen Bankengruppe bereits seit 80 Jahren über ein eigenes und funktionierendes System“, hält Götzl dazu fest. □

Die NEW – Neue Energien West eG

Ganz dem Motto „Energie aus der Region für die Region“ hat sich die NEW – Neue Energien West eG in der oberpfälzischen Stadt Grafenwöhr verschrieben. Ihr gelingt es, sowohl Kommunen in den Landkreisen Neustadt a.d. Waldnaab, Tirschenreuth, Amberg-Weizbach und Bayreuth als auch die Bürger in eine zunehmend autarke Energieversorgung einzubeziehen.

In der 2009 gegründeten Genossenschaft sind 17 Kommunen sowie zwei Stadtwerke und die Bürger-Energiegenossenschaft West eG – kurz Bürger eG – Mitglied. Sowohl die NEW als auch die Bürger eG sind Mitglied des Genossenschaftsverbands Bayern.

Erfolgreiches Konzept

Gemeinden haben in der NEW die Möglichkeit, als Einheit die Erzeugung regenerativer Energien voranzutreiben. Die Bürgermeister prägen mit ihrem ehrenamtlichen Engagement die Genossenschaft wesentlich mit. Über die Bürger eG kann sich die Bevölkerung an der Energiewende beteiligen. Das Konzept hat Erfolg: Die Bürger eG hat über 1.300 Mitglieder – aus der Oberpfalz, aber auch aus Stuttgart, Köln und Berlin.

Die NEW investiert in erster Linie in Photovoltaikanlagen – bevorzugt auf kommunalen Flächen wie Dächern von Rathäusern oder Kläranlagen. „Die Bürger eG verleiht den Bürgern eine eigene Stimme in der NEW“, so Bernhard Schmidt, Geschäftsführer der NEW: „Das fördert die Akzeptanz der Anlagen.“

Seit ersten Mai wird ein Teil des erzeugten Stroms über einen eigenen Ökostromtarif direkt an die regionale Bevölkerung vermarktet. Die NEW verkauft den Strom an den Ökostromanbieter

Grünstromwerk. Dieser vermarktet ihn als „Solar 25 – NEW Nordoberpfalz“: 25 Prozent des über den Tarif verkauften Stroms stammen aus Solaranlagen der NEW in der Nordoberpfalz. Vor Ort erzeugter Strom wird vor Ort verbraucht. Die restlichen 75 Prozent stammen aus skandinavischen Wasserkraftwerken. „Wir haben einen Anbieter gewählt, der Strom aus reiner Wasserkraft verkauft“, so Schmidt: „Es war uns wichtig, den Bürgern grüne Energie anzubieten.“ Das ist keine Selbstverständlichkeit, denn viele Anbieter mischen den aus Wasserkraft mit dem aus Braunkohle gewonnenen Strom.

Großer Wunsch

„Mit Solar 25 – NEW Nordoberpfalz möchten wir zeigen, dass sich auch ohne EEG-Vergütung der Bau von Anlagen rentiert“, so Schmidt. Das ist der NEW vor allem angesichts der starken Veränderungen des EEGs und deren unabsehbarer Folgen ein Anliegen. Der größte Wunsch der NEW wäre, neben der Stromproduktion und der -vermarktung auch noch die Verantwortung über einen Teil des Stromnetzes zu übernehmen. Dann wäre der regionale Stromkreislauf geschlossen – von der Stromerzeugung über die Stromdurchleitung bis zum Endkunden. □

„MENSCHEN SICHERHEIT GEBEN.“

Thomas Meyer, HörLuchs Gehörschutzsysteme GmbH & Co.KG

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Ein starker Partner für Ihr Unternehmen!

Thomas Meyer entwickelt individuellen Gehörschutz für Menschen in lärmintensiven Berufen. Sicherheit steht für ihn an erster Stelle. Deshalb vertraut er auf Finanzlösungen, die zu ihm und seinen Anforderungen passen. Profitieren auch Sie von der genossenschaftlichen Beratung und den Leistungen der genossenschaftlichen Finanzgruppe. Sprechen Sie mit Ihrem Berater in Ihrer Nähe. bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Deutscher Landkreistag:

Kommunale Entlastung zur Stärkung der Investitionskraft

Die im Zuge der innerstaatlichen Umsetzung des Europäischen Fiskalpakts 2012 verabredete und im Koalitionsvertrag im Herbst 2013 näher fixierte stufenweise Entlastung der Kommunen um zunächst 1 Mrd. Euro und sodann um 5 Mrd. Euro jährlich dient der flächendeckenden Verbesserung der kommunalen Finanzlage durch den Bund. Ziel ist es, dass die Kommunen zum einen die Gewähr dafür bieten, die Vorgaben des Fiskalpakts einzuhalten, und zum anderen wieder deutlich vermehrt investieren. Zwei Drittel aller öffentlichen Investitionen erfolgen durch die Kommunen. Wegen der angespannten kommunalen Finanzlage hat in den vergangenen Jahren ein deutlicher Investitionsverfall stattgefunden.

„Die Erreichung dieser beiden Ziele hängt nicht davon ab, ob die Kreise und kreisfreien Städte Aufgaben- und Finanzierungsträger der Eingliederungshilfe sind oder nicht. Daher ist es abwegig, wenn Länder wie das Saarland und Sachsen-Anhalt die jetzt für 2015 auf den Weg gebrachte Bundesmilliarde mit der Begründung für sich abzweigen wollen, die Aufgaben der Eingliederungshilfe lägen in diesen Ländern nicht bei den Kommunen“, sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages, Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, in Berlin. „Damit wird der Öffentlichkeit ein X für ein U vorgemacht. Es geht bei der gesetzlichen Maßnahme um eine Stärkung der Kommunalfinanzen, die gerade auch in diesen beiden

Ländern dringend geboten ist“.

Henneke hatte zuvor auf Fragen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und des Handelsblatts beklagt, dass es in der Begründung zum Gesetzentwurf des Bundes im Hinblick auf die in Aussicht gestellte Kommunalentlastung von 5 Mrd. Euro nicht heiße, dass die Kommunen entlastet werden sollen, sondern die „Träger der Eingliederungshilfe“. Die Kreise und kreisfreien Städte sind aber nur in sechs von dreizehn Flächenländern voller Finanzierungsträger der Eingliederungshilfe. Henneke hatte betont, dass die Eingliederungshilfe ein untauglicher Weg ist, um die Finanz- und Investitionskraft der Gesamtheit der Kommunen zu stärken, wie dies im Koalitionsvertrag als Ziel formuliert sei.

MünchenerHyp:

Starkes erstes Halbjahr 2014

Die Münchener Hypothekenbank eG zeigt sich mit der Geschäftsentwicklung des ersten Halbjahres 2014 sehr zufrieden. Das Neugeschäft steigerte sie um 24 Prozent. Insgesamt vergab sie bis zum 30. Juni 2014 Immobilienfinanzierungen in einem Volumen von 2,1 Mrd. Euro (Vorjahr 1,7 Mrd. Euro). Die Erträge verbesserten sich ebenfalls deutlich. Der Zins- und Provisionsüberschuss stieg um 13 Prozent auf 53,5 Mio. Euro.

„Das gute Ergebnis des Vorjahres konnten wir nochmals steigern. Wir sind auf einem guten Weg, unsere Ertragskraft wie geplant zu stärken“, betonte Dr. Louis Hagen, Vorstandssprecher der MünchenerHyp anlässlich der Veröffentlichung der Halbjahreszahlen der Bank.

Die MünchenerHyp konnte ihr Neugeschäft mit allen Kooperationspartnern deutlich ausweiten. Dabei wuchs am stärksten das Vermittlungsgeschäft mit den Partnerbanken der genossenschaftlichen FinanzGruppe. „Wir profitierten in diesem Geschäftsfeld auch von den guten Rahmenbedingungen am deutschen Wohnimmobilienmarkt, vor allem aber von der Vertriebskraft und Kundennähe unserer genossenschaftlichen Partner“, so Dr. Louis Hagen.

In der gewerblichen Immobilienfinanzierung bewegt sich die Bank auf dem Vorjahresniveau. Der Schwerpunkt der Finanzierungen lag weiter auf Deutschland.

Die MünchenerHyp konnte sich weiterhin zu sehr guten Bedingungen an den Kapitalmärkten refinanzieren. Im Frühjahr begab sie einen zehnjährigen Hypothekenspfandbrief im Benchmarkformat von 500 Mio. Euro, der sehr stark nachgefragt wurde. Darüber hinaus wurde die MünchenerHyp in einer internationalen Umfrage der Fachzeitschrift „Euromoney“ unter Großkunden von Banken zum besten „Covered Bond und Pfandbriefbank 2014“ gewählt.

Die Risikosituation in der Immobilienfinanzierung ist unverändert sehr zufriedenstellend. Das Betriebsergebnis nach Risikovor-sorge stieg zum 30. Juni 2014 um 5,6 Mio. Euro auf 16,7 Mio. Euro. Nach Abzug der Steuer beträgt der zeitanteilige Jahresüberschuss 11,1 Mio. Euro (Vorjahr 5,4 Mio. Euro).

Die Bilanzsumme belief sich

zur Jahresmitte auf 35,7 Mrd. Euro, das sind 0,8 Mrd. Euro mehr als zum Jahresende 2013. Mit der guten Entwicklung des Neugeschäfts konnte die Bank ihre Bestände an Hypothekendarlehen erneut ausweiten. Diese erhöhten sich im ersten Halbjahr auf 22,2 Mrd. Euro, nach 21,5 Mrd. Euro zum 31. Dezember 2013. Die Bestände im Kapitalmarktgeschäft reduzierten sich weiter wie vorgesehen und lagen zur Jahresmitte bei 9,9 Mrd. Euro, nach 10,3 Mrd. Euro zum Jahresende 2013.

Aufgrund ihrer Bilanzsumme von über 30 Mrd. Euro wird die MünchenerHyp ab November 2014 der unmittelbaren Bankenaufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB) unterstellt werden. Im Vorgriff auf die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der EZB hat die MünchenerHyp im ersten Halbjahr 2014 ihre Eigenkapitalausstattung deutlich gestärkt. Dabei warb die Bank sehr erfolgreich rund 370 Mio. Euro an neuen Geschäftsanteilen in der genossenschaftlichen FinanzGruppe und zusätzlich 30 Mio. Euro bei ihren privaten Mitgliedern ein.

Zum 30. Juni 2014 weist die MünchenerHyp nun eine harte Kernkapitalquote von 11,1 Prozent auf, nach 6,3 Prozent zum Jahresende 2013. Damit übertrifft sie die von der EZB geforderte Mindestquote von 8 Prozent deutlich. Die Kernkapitalquote der Bank erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 11,7 Prozent auf 14,4 Prozent und die Gesamtkapitalquote von 16,7 Prozent auf 18,6 Prozent.

Trotz der hohen Belastungen, die die aktuelle EZB-Prüfung verursacht, will die MünchenerHyp im zweiten Halbjahr an die Erfolge der ersten sechs Monate des Jahres anknüpfen und strebt vor allem in der Wohnimmobilienfinanzierung ein höheres Neugeschäftsvolumen als im Vorjahr an. □

Zudem hatte er zu bedenken gegeben, dass die Eingliederungshilfe immer teurer werde. Da mit jährlichen Steigerungsraten von 1 Mrd. Euro zu rechnen sei, führe ein fixer 5 Mrd.-Zuschuss im Jahr 2018 lediglich dazu, dass die Belastung für die Aufgabe der Eingliederungshilfe bestenfalls auf den heutigen Ausgabenstand sinke. Zusätzliche Kostenrisiken seien dabei noch gar nicht berücksichtigt.

Bei den gegenwärtigen Vorhaben, die Leistungen für behinderte Menschen zu verbessern, müsse dringend auf Einhaltung der im Koalitionsvertrag getroffenen Verabredung gedrungen werden, die Ausgabedynamik zu brechen.

Rechnungshöfe:

Fokus auf europäische Rechnungslegungsstandards

Präsidenten-Tagung in Bad Urach

In Bad Urach trafen sich die Präsidentinnen und Präsidenten der Rechnungshöfe des Bundes und der Länder, um über aktuelle Themen zu beraten und gemeinsame Standpunkte festzulegen. Ein Schwerpunkt der Beratungen stellte die Erarbeitung und einstimmige Verabschiedung eines Positionspapiers zu europäischen Rechnungslegungsstandards dar.

Demnach beklagt die Europäische Kommission unzuverlässige finanzstatistische Daten. Die Umrechnung und Ergänzung von Zahlen für statistische Zwecke führe zu Abweichungen, es fehle an kohärenten Primärdaten im öffentlichen Sektor. Die Verbuchung nach dem Kassenprinzip lasse „Schönfärbereien“ zu, es lägen mithin nicht immer verlässliche Zahlen aus den Mitgliedsstaaten vor.

Die Europäische Kommission sieht als Lösung harmonisierte Standards für die Rechnungslegung, die die Erfassung von Primärdaten nach einheitlichen Regeln für eine periodengerechte Betrachtung im staatlichen Sektor vorsehen. Hierzu will sie auf Basis internationaler Rechnungslegungsstandards sog. European Public Sector Accounting Standards (EPSAS) entwickeln und die Mitgliedsstaaten hierauf verpflichten.

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder begrüßen die Absicht der Kommission, vollständige, zuverlässige und vergleichbare Haushaltsdaten über die tatsächliche wirtschaftliche Situation der öffentlichen Haushalte anzustreben. Die Rechnungshöfe weisen allerdings darauf hin, dass die Schlussfolgerung der Kommission, nur mit der Einführung einheitlicher europäischer Rechnungslegungsstandards ließen sich die festgestellten Mängel abstellen, nicht belegt ist.

Bisher wurde nicht dargelegt, welchen Beitrag solche Standards zur Steigerung der Qualität der europäischen Finanzstatistik leisten können. Auch das Subsidiaritätsprinzip erfordert eine solche Prüfung. Die Konferenz vereinbarte eine abgestimmte Prüfung von Bundesrechnungshof und Landesrechnungshöfen zur Verlässlichkeit der Datengrundlagen - insbesondere zur Vollständigkeit und Plausibilität.

Die Rechnungshöfe betonen, dass Rechnungslegungsregeln für die öffentliche Haushaltswirtschaft Stabilität und intergenerative Gerechtigkeit sicherstellen müssen: Rechnungslegungsregeln müssen durch eine konsequente Betonung des Grundsatzes der Objektivierung verlässliche und vergleichbare Zahlen sicherstellen. Zudem muss den Re-

Keinesfalls dürfe das Risiko einer Kostenausweitung am Ende wieder bei den Kommunen liegen.

Bei dynamisch wachsenden Sozialausgaben benötigten die Kommunen auch dynamisch wachsende Einnahmen. Allein für die Kosten für Unterkunft und Heizung, die Hilfe zum Lebensunterhalt, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie die Jugendhilfe (ohne den ausgabenbringenden Ausbau der Kinderbetreuung) habe die Kreisebene im Jahr 2012 in den 13 Flächenländern knapp 32 Mrd. Euro ausgegeben. Dieser Ausgabenblock könne am besten durch einen erhöhten kommunalen Steueranteil am Gesamtsteueraufkommen oder erhöhte Bundesbeteiligungen an Geldleistungsgesetzen finanziert werden. „Zur Lösung der Gesamthematik müssen die Kommunen zwingend mit am Tisch sitzen, wenn Bund und Länder über die künftige föderale Finanzverfassung beraten“, forderte Henneke abschließend. □

Wegen Gewerbesteuerhebesatz der Landeshauptstadt:

Bayernwerk Natur verlegt Firmensitz aufs Land

Regensburg/München (obx) - Der Gewerbesteuer-Hebesatz der Landeshauptstadt München ist mit 490 der höchste in ganz Bayern. Auf zwei Milliarden Euro schätzt der Münchner Stadtkämmerer für 2014 die Gewerbesteuereinnahmen seiner Stadt. Das wären pro Münchner Einwohner rund 1.430 Euro. Absoluter Rekord. Zum Vergleich: der bayernweite Durchschnitt des Gewerbesteueraufkommens pro Kopf der Bevölkerung liegt bei unter 500 Euro. Das Bayernwerk hat darauf jetzt reagiert: Bayerns führender Stromversorger verlagert sein Tochterunternehmen Bayernwerk Natur GmbH ins benachbarte Unterschleißheim.

Dem Stromversorger sei es nicht darum gegangen, Steuern zu sparen, versicherte Vorstandsvorsitzender Reimund Gotzel. Auslöser für die Unternehmensverlegung war der Versuch der Münchner, anderen kleineren Gemeinden in ganz Bayern und vor allem auch in der Oberpfalz Gewerbesteuereinnahmen wegzunehmen.

Verpuffte Proteste

Die Bayernwerk Natur mit Verwaltungssitz in München ist auf die Entwicklung effektiver und umweltschonender Wärmever-sorgungskonzepte sowie dezentrale Energieerzeugung spezialisiert. Das Unternehmen betreibt unter anderem in 60 Kommunen im Freistaat Kleinwasser-kraftanlagen und zahlte an den jeweiligen Standorten die Gewerbesteuer. Viele der Orte sind auf das Geld dringend angewiesen.

Im vergangenen Jahr aber erhob die Stadt München gegen diese Handhabung Einspruch und forderte die gesamten Gewerbesteuereinnahmen des Unternehmens. Wegen des Firmensitzes in München hatte das Bayernwerk keine Möglichkeiten dies zu ver-

hindern. Auch die Proteste der betroffenen Gemeinden verpufften.

Notbremse

„Alle unsere Bemühungen mit der Stadt München den alten Zerlegungsschlüssel zum Vorteil der kleinen Gemeinden in der Region beizubehalten, haben nicht gefruchtet“, sagt Bayernwerk-Chef Gotzel - und zog die Notbremse. Das Unternehmen verlegte den Firmensitz zum 1. Juli in die Münchner Nachbarstadt Unterschleißheim, verbunden mit der Zusage des Unterschleißheimer Bürgermeisters, die alten Verteilschlüssel zu akzeptieren.

Ergebnis der maßlosen Forderungen der Münchner seit Anfang dieses Monats: Die Kämmerer zum Beispiel der ostbayerischen Kommunen Hohenfels, Wackersdorf, Grafenwöhr, Nittenau, Oberviechtach und Schwandorf bekommen wie in der Vergangenheit ihre Gewerbesteuer von der Bayernwerk Natur, die Stadt Unterschleißheim hat einen weiteren innovativen Betrieb in der Gemeinde angesiedelt und die Stadt München einen Gewerbesteuereinzahler weniger. □

Steuererhöhungen - und es gibt sie doch

Ergebnisse der Hebesatzumfrage 2014 der IHK Niederbayern und des DIHK

Die Gemeinden haben mit ihrer Hebesatzpolitik für die Gewerbe- und die Grundsteuer einen großen Einfluss auf die Standortattraktivität. Das gilt erst recht seit den Veränderungen bei der Gewerbesteuer, die durch die gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen von Kosten der Unternehmen entstanden sind. Trotz des Wettbewerbs unter den Kommunen wird weiter an der Steuerschraube nach oben gedreht.

Die durch die IHK Niederbayern bei 17 Gemeinden (Deggen-dorf, Dingolfing, Eggenfelden, Ergolding, Hauzenberg, Landau/Isar, Landshut, Osterhofen, Passau, Pfarrkirchen, Plattling, Pocking, Regen, Straubing, Vilsbiburg, Vilshofen und Zwiessel) turnus-gemäß durchgeführte Umfrage über die Höhe der gemeindlichen Realsteuerhebesätze hat ergeben, dass nur die Städte Eggenfelden und Regen die Grundsteuer A und B um 3,03 Prozent von 330 auf 340 Punkte beziehungsweise um 10,4 Prozent von 480 auf 530 Punkte erhöht haben. Die Realsteuerhebesätze 2014 für Niederbayern können im Internet unter www.ihk-niederbayern.de/real-steuern abgerufen werden.

Unter allen Gemeinden ab 20.000 Einwohnern hat in Bayern nur die Stadt Coburg von 275 auf 300 Prozentpunkte erhöht. Beim gewogenen Bundesdurchschnitt (430 Prozent) fällt die Dynamik in diesem Jahr mit + 1 Prozentpunkt geringer aus. Es gibt allerdings auch hier einige Ausreißer nach oben wie zum Beispiel Lucken-walde (Brandenburg, + 55 Prozentpunkte), Wittmund (Nieder-sachsen, + 50 Prozentpunkte) und Bremerhaven (Bremen, + 40 Prozentpunkte). Nur wenige, insbesondere kleinere Gemeinden wie Quedlinburg (Sachsen-Anhalt, - 10 Prozentpunkte) und Monheim (Nordrhein-Westfalen, - 15 Prozentpunkte) haben den Hebesatz für die Gewerbesteuer immerhin gesenkt.

Die Spreizung beim Gewerbe-steuerhebesatz hat 2014 erneut zugenommen. Spitzenreiter bei der Gewerbesteuer sind Marl (Nord-rhein-Westfalen, 530 Prozent), Elsdorf (Nordrhein-Westfalen, 520 Prozent) und Oberhausen (Nordrhein-Westfalen, 520 Prozent). Am unteren Rand operieren Monheim (Nordrhein-Westfalen, 285 Prozent), Eschborn (Hessen, 280 Prozent) und Bad Soden am Taunus (Hessen, 280 Prozent).

Bei der Grundsteuer B ist die Dynamik ausgeprägter, denn der durchschnittliche gewogene Hebesatz steigt um vier Prozentpunkte auf 502 Prozent an. Hier sind auch die Ausschläge höher. Den größten Anstieg im Landesdurchschnitt verzeichnet Hessen, hier vor allem in Gießen (+ 220 Prozentpunkte) und Bad Nauheim (+ 220 Prozentpunkte). In Sachsen-Anhalt ist der Landesdurchschnitt hingegen gesunken. Verantwortlich dafür sind die Hebesatzsenkungen in Köthen (- 25 Prozentpunkte) und Merseburg (- 50 Prozentpunkte).

Auch die Spreizung bei den Hebesätzen der Grundsteuer B fällt deutlich stärker aus als bei der Gewerbesteuer. Jahrelang lag Berlin mit 810 Prozent unangefochten an der Spitze. Nunmehr haben sowohl Haltern am See (Nordrhein-Westfalen) als auch Selm (Nordrhein-Westfalen) einen Hebesatz von 825 Prozent. Am unteren Ende liegt Ingelheim am Rhein mit einem Hebesatz von 80 Prozent, danach folgt Eschborn mit 140 Prozent. □

gewählt. DK

Halbjahresbilanz der BayernLB:

Solides Kundengeschäft in schwierigerem Marktumfeld

Zinsüberschuss stabil, Provisionsüberschuss um 11 Prozent erhöht

München. Der BayernLB-Konzern hat das erste Halbjahr 2014 mit einem Ergebnis in Höhe von 527 Mio. Euro vor Steuern abgeschlossen. Im Vorjahreszeitraum hatte das Ergebnis vor Steuern bei 813 Mio. Euro gelegen, war allerdings durch den Veräußerungsgewinn von 351 Mio. Euro aus dem Verkauf der Immobilien-tochter GBW AG positiv beeinflusst. Bereinigt um diesen Sondereffekt stieg das Ergebnis vor Steuern um 65 Mio. Euro bzw. 14 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Johannes-Jörg Riegler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB: „Wir haben im ersten Halbjahr ein gutes Ergebnis vor Steuern erwirtschaftet. Unser Kundengeschäft lief in den ersten sechs Monaten trotz Niedrigzinsumfeld und intensivem Wettbewerb sehr solide. Wir sind operativ auf Kurs.“

Der Provisionsüberschuss konnte gegenüber dem Vorjahr um 12 Mio. Euro auf 116 Mio. Euro gesteigert werden, der Zinsüberschuss blieb mit 831 Mio. Euro stabil auf Vorjahresniveau (Vj.: 831 Mio. Euro).

Weitere Reduzierung der Kostenbasis

Parallel zum operativen Kundengeschäft kam die Bank auch bei der Reduzierung der Kostenbasis voran. Insgesamt konnte der Verwaltungsaufwand im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7,3 Prozent auf 537 Mio. Euro gesenkt werden. Dabei machten sich erste Erfolge aus dem Ende 2013 gestarteten Kostensenkungsprogramm, insbesondere niedrigere IT-Kosten bemerkbar. Dem gegenüber standen gestiegene Aufwendungen für Prüfungs- und Beratungsleistungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Comprehensive Assessment der Europäischen Zentralbank (EZB).

Die BayernLB profitierte im ersten Halbjahr 2014 von Nettoauflösungen der Risikoversorge im Kreditgeschäft bei der BayernLB-Bank und der LBLux und weist einen positiven Wert von 45 Mio. Euro (Vj.: -40 Mio. Euro) aus. Die Risikoversorge der DKB blieb mit -67 Mio. Euro konstant (Vj.: -68 Mio. Euro).

Verkauf der MKB

Das Ergebnis nach Steuern betrug im 1. Halbjahr 153 Mio. Euro (Vj.: 584 Mio. Euro). Der Rückgang resultiert aus einem negativen Ergebniseffekt in Höhe von 311 Mio. Euro, der im Zusammenhang mit dem Verkauf der MKB steht. Gemäß der Rechnungslegungsvorschrift IFRS 5 wurden Wertminderungen im Er-

gebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen bereits im ersten Halbjahr ergebniswirksam verarbeitet.

Segment „Corporates & Mittelstand, Financial Institutions“

Das Segment „Corporates, Mittelstand & Financial Institutions“ erwirtschaftete in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres 2014 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 129 Mio. Euro (Vj.: 159 Mio. Euro). Der Zinsüberschuss konnte trotz verhaltener Kreditnachfrage, niedrigem Zinsniveau sowie hohem Wettbewerbsdruck stabil gehalten und der Provisionsüberschuss gesteigert werden. Die Nachfrage nach Zins- und Kurssicherungsinstrumenten war auf Grund des wenig volatilen Zinsniveaus in den ersten sechs Monaten rückläufig. Insgesamt konnten die Erträge jedoch auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Der Rückgang des Ergebnisses vor Steuern in „Corporates, Mittelstand & Financial Institutions“ erklärt sich durch Auflösungen der Risikoversorge im Vorjahreszeitraum. Im ersten Halbjahr 2014 lag die Risikoversorge im Rahmen der Erwartungen.

Segment „Immobilien & Sparkassen/Verbund“

Das Ergebnis vor Steuern des Segments lag mit 154 Mio. Euro deutlich über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum (Vj.: 110 Mio. Euro), wobei der Bereich „Immobilien“ ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 100 Mio. Euro (Vj.: 56 Mio. Euro) erzielte. Er profitierte u. a. von höheren Margen, einem verbesserten Provisionsergebnis im Neugeschäft sowie einer günstigeren Entwicklung der Risikoversorge.

Das Ergebnis vor Steuern im Bereich „Sparkassen & Verbund“ erhöhte sich insbesondere aufgrund eines verbesserten Zinsüberschusses auf 20 Mio. Euro (Vj.: 14 Mio. Euro). Die BayernLabo, das Förderinstitut der BayernLB, steuerte 28 Mio. Euro (Vj.: 35 Mio. Euro)

zum Ergebnis bei, die Real I.S. 5 Mio. Euro (Vj.: 2 Mio. Euro).

Segment „DKB“

Vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfeldes und des intensiven Wettbewerbs im Privatkundenmarkt entwickelte sich das Ergebnis der DKB sehr solide. In den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres schloss die DKB mit einem Ergebnis vor Steuern in Höhe von 68 Mio. Euro (Vj.: 80 Mio. Euro) ab. Das niedrigere Ergebnis ist im Wesentlichen auf die im ersten Halbjahr 2013 erzielten Erträge aus Wertpapierverkäufen zurückzuführen sowie auf Aufwendungen im Zusammenhang mit dem im April 2014 erfolgten Verkauf der Beteiligung an den Stadtwerken Cottbus.

Der DKB ist es im hart umkämpften Retailmarkt gelungen, die Kundenzahl mit 160.000 Neukunden auf jetzt nahezu 3 Millionen zu steigern sowie das Kreditvolumen auf knapp 57,9 Mrd. Euro (Vj.: 55,9 Mrd. Euro) und die Kundeneinlagen auf 46,8 Mrd. Euro (Vj.: 42 Mrd. Euro) zu erhöhen.

Segment „Markets“

Das Ergebnis vor Steuern des Segments „Markets“ ist im ersten Halbjahr 2014 auf -38 Mio. Euro zurückgegangen (Vj.: 16 Mio. Euro). Das Ergebnis ist maßgeblich durch den Bewertungsverlust eines Derivats (Credit Value Adjustment) sowie von der insgesamt schwachen Nachfrage nach Finanzinstrumenten geprägt. Die mit Marktsprodukten in den Kundensegmenten erwirtschafteten Erträge wurden darüber hinaus im Rahmen des Geschäftsmodells der BayernLB weiterhin unter den jeweiligen Einheiten ausgewiesen.

Segment „Non Core Unit“

Das Ergebnis vor Steuern von 143 Mio. Euro (Vj.: 398 Mio. Euro) lag deutlich unter dem durch den Entkonsolidierungsgewinn aus dem Verkauf der GBW AG geprägten Vorjahreszeitraum. Der Bereich „Restructuring Unit“ erzielte im ersten Halbjahr 2014 ein deutlich über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum liegendes Ergebnis von 51 Mio. Euro (Vj.: 27 Mio. Euro), das wie bereits im Vorjahr durch die Auflösung von Risikoversorge geprägt war. Dagegen entwickelten sich die Gesamterträge, vor allem das Zinsergebnis, bedingt durch den Portfolioabbau rückläufig.

Von besonderer Bedeutung für die BayernLB ist die Veräußerung der ungarischen Bank MKB, wobei das Closing der Transaktion bis Ende September vorgesehen ist. Der Verkauf setzt in erheblichem Umfang zur Risikoabdeckung genutztes Eigenkapital frei. Die harte Kernkapitalquote (CET 1-Quote) der Bank wird durch die Transaktion mit 0,3 Prozentpunkten kaum belastet.

Die BayernLB verfügt zum 30. Juni 2014 über eine sehr solide CET 1-Quote von 14,4 Prozent und ist damit für den Asset Quality Review der EZB mit anschließendem Bankenstresstest im vierten Quartal gut gerüstet.

Ausblick

Mit Blick auf die Geschäftsentwicklung in der zweiten Jahreshälfte sagte Johannes-Jörg Riegler, Vorstandsvorsitzender der BayernLB: „Das zweite Halbjahr wird weiterhin geprägt sein von niedri-

gen Zinsen, einem starken Wettbewerb insbesondere im Geschäft mit mittelständischen Kunden sowie von geopolitischen Risiken. Trotz dieses schwierigen Umfelds erwarten wir ein deutlich positives Ergebnis in unserem Kerngeschäft.“

Sonderbelastung

Wie bereits im Geschäftsbericht 2013 angekündigt, wird das Konzern-Jahresergebnis gemäß IFRS stark durch die notwendige Entkonsolidierung der MKB geprägt sein. Im ersten Halbjahr 2014 belastete die MKB das Konzernergebnis mit 311 Mio. Euro. Nach dem Closing der Transaktion im September werden ein Entkonsolidierungseffekt in Höhe von bis zu 500 Mio. Euro sowie der bekannte Forderungsverzicht in Höhe von rund 270 Mio. Euro ergebniswirksam zu berücksichtigen sein. Aufgrund der Sonderbelastung durch den Verkauf der MKB wird das Konzernergebnis im Gesamtjahr trotz positiver Ergebnissituation im Kerngeschäft negativ sein.

Ehrgeizige Ziele

„In den kommenden Monaten werden wir in allen Unternehmensbereichen daran arbeiten, im Kundengeschäft weiter profitabel zu wachsen sowie unsere Kosten- und Effizienzprogramme voranzutreiben“, so Johannes-Jörg Riegler. „Wir werden darüber hinaus unser kundenorientiertes Kapitalmarktgeschäft neu aufstellen und im Zuge dessen für unsere Kunden in Ergänzungen unseres Produktangebots investieren. Ein sichtbares Zeichen für unsere ehrgeizigen Ziele ist die bereits erfolgte Ernennung von Ralf Woitschig zum neuen Kapitalmarktvorstand der BayernLB.“

Neue Markenkampagne der Sparkassen

Warum heißen Sparkassen eigentlich nicht Banken? Was macht den Unterschied einer Sparkasse aus und was geschieht mit der halben Milliarde Euro, die von der Sparkassen-Finanzgruppe jedes Jahr für das gesellschaftliche Engagement in Deutschland ausgegeben werden? Antworten auf diese und andere Fragen rund um die 417 Sparkassen liefert die Themenseite „was-uns-anders-macht.sparkasse.de“, die auch direkt über www.sparkasse.de im Internet erreichbar ist.

Die Webseite ist Teil der neuen Markenkampagne unter dem Motto „Der Unterschied beginnt beim Namen“. Sie soll informieren, warum die Sparkassen anders sind als eine Bank und warum ihnen die Menschen seit über 200 Jahren ihr Vertrauen schenken.

„Ein klares Markenverständnis ist die Grundlage, um sich positiv von den Wettbewerbern abzuheben“, betonte Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), anlässlich des Kampagnenstarts. Der Schwerpunkt der Kampagne liegt in nationalen Print-Anzeigen, einem Fernsehspot und dem Internet.

DSGV-Präsident Fahrenschon:

Landesbanken sind unverzichtbarer Teil des deutschen Bankenmarktes

Wie der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), Georg Fahrenschon, in Berlin deutlich machte, hätten die Landesbanken in den vergangenen Jahren enorme Anstrengungen unternommen, um ihr Geschäftsmodell zu optimieren. „Sie haben aus der Vergangenheit gelernt und konsequent gehandelt. Das würde ich mir auch von manch anderer Bank in Europa wünschen“, erklärte Fahrenschon.

Seit Ende 2008 seien die Risikopositionen der Landesbanken um fast die Hälfte (-48,7 Prozent) abgebaut worden. Die Summe aller Aktiva sank im gleichen Zeitraum um 35,4 Prozent bzw. 554 Mrd. Euro. Das Bilanzvolumen aller in Deutschland tätigen Kreditinstitute habe sich im gleichen Zeitraum aber lediglich um 12,5 Prozent verringert. Fahrenschon: „Hier gibt es bei vielen anderen Banken noch erheblichen Nachholbedarf.“

Fahrenschon verwies darauf, dass es den Landesbanken in den vergangenen Jahren gelungen sei, ihren Marktanteil im wichtigen

Geschäftskundensegment stabil bei rund 18 Prozent zu halten. „Das zeigt zum einen, dass die Unternehmen in Deutschland Vertrauen zu den Dienstleistungen ihrer jeweiligen Landesbank haben. Das verdeutlicht aber auch die enorme Kompetenz der Institute am Markt.“

Der Anpassungsprozess sei aber noch nicht komplett beendet. „Ein großer Teil des Weges liegt hinter uns. Die Kernkapitalquote der Landesbanken hat sich inzwischen auf knapp 14 Prozent nahezu verdoppelt, die Institute sind solide aufgestellt.“

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe

BayernLB

BayernLB finanziert zwei weitere Seniorenresidenzen

Einrichtungen in Hamburg und bei Bonn
Volumen von mehr als 30 Mio. Euro

München –Die BayernLB hat die Finanzierung von zwei Seniorenresidenzen in Hamburg und in der Nähe von Bonn übernommen. Sie stellt einer Gruppe namhafter Investoren 30 Mio. Euro Fremdkapital für den Erwerb der beiden Immobilien zur Verfügung.

Sehr gute Bewertung

Die Pflegeheime werden von großen deutschen Betreibern gemanagt. Beide Einrichtungen sind gut am Markt eingeführt: Die insgesamt 230 vollstationären Betten sowie 230 betreuten Wohnungen sind im Branchenvergleich überdurchschnittlich ausgelastet. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen bewertet beide Seniorenresidenzen mit „sehr gut“.

Die BayernLB ist einer der führenden Finanzierer von Seniorenimmobilien in Deutschland. Das Portfolio umfasst derzeit 60 Objekte. Darunter sind Seniorenstifte und Residenzen mit rund 3.000 Wohnungen sowie vollstationäre Pflegeeinrichtungen mit etwa 5.500 Betten mit Schwerpunkt in Bayern. Die BayernLB leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung mit seniorengerechtem Wohnraum und passenden Pflegeangeboten.

Leitfaden für den konsolidierten Jahresabschluss nach Art. 102 a Gemeindeordnung

Kommunen, die sich dafür entschieden haben, ihre Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung zu führen, sind nach Art. 102 a GO verpflichtet, einen konsolidierten Jahresabschluss aufzustellen. Sinn und Zweck des konsolidierten Jahresabschlusses ist es, einen Gesamtüberblick über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kommune zu ermöglichen, indem der Jahresabschluss der Kommune mit den Jahresabschlüssen nachgeordneter Aufgabenträger zu einem Gesamtabschluss als eine einzige Rechnungslegung über alle Aktivitäten einer Kommune zusammengefasst wird. Die Schaffung dieses Gesamtüberblicks ist eines der zentralen Ziele der Reform des kommunalen Haushaltsrechts.

Nachdem mit der Erstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses Neuland betreten wird, hat das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden in Bayern und dem Bayerischen Kommunalen Prüfungsverband eine Arbeitsgruppe gebildet.

Methodisches Grundkonzept

Als Modellkommunen haben die Gemeinden Königsbrunn und Gröbenzell, die Städte München, Nürnberg und Coburg sowie die Landkreise Ebersberg und Mühldorf am Inn im Rahmen eines gemeinsamen Projekts in den Jahren 2012 bis 2014 ein methodisches Grundkonzept für die Erstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses erarbeitet. Die Projektergebnisse bilden die Grundlage für den entwickelten Leitfaden.

meinsamen Projekts in den Jahren 2012 bis 2014 ein methodisches Grundkonzept für die Erstellung eines konsolidierten Jahresabschlusses erarbeitet. Die Projektergebnisse bilden die Grundlage für den entwickelten Leitfaden.

Abrufbarer Leitfaden

Ziel des Leitfadens ist es auch, Vereinfachungsmöglichkeiten aufzuzeigen, um ein angemessenes Verhältnis zwischen Aufwand und Erkenntnisgewinn zu gewährleisten. Der Leitfaden mit seinen Anlagen kann dem Internetauftritt des Bayerischen Ge-

meindtags entnommen werden. Er steht aber auch im Rahmen des Internetauftritts des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Bau und Verkehr unter: <http://www.stmi.bayern.de/suk/kommunen/komfinanzen/haushaltsrecht/index.php> zur Verfügung.

Vorgaben

Der konsolidierte Jahresabschluss ist erst ab dem fünften Haushaltsjahr aufzustellen, das dem Haushaltsjahr der Einführung der Haushaltswirtschaft nach den

Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung durch die jeweilige Kommune folgt, nicht jedoch vor 1. Januar 2012.

Die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde kann auf Antrag einen späteren Zeitpunkt bestimmen, wenn eine vollständige Konsolidierung noch nicht möglich ist. Für Anträge auf Fristverlängerung bis zum Jahr 2017 (Aufstellungsjahr) bedarf es mit Blick auf den bisher nicht zur Verfügung stehenden Leitfaden keiner weiteren Begründung. Mit dem Leitfaden für den konsolidierten Jahresabschluss stehen jetzt neben den Haushaltsmustern zur KommHV-Doppik, dem Leitfaden zur Vermögenserfassung und Bewertung, dem Produkt- und Kontenrahmen wichtige Hilfen im Falle des Umstiegs vom kameralen auf das doppische Rechnungswesen zur Verfügung. □

Beratungsprotokolle:

Netzer fordert anlegergerechte Regulierung in der Wertpapierberatung

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, warnt erneut eindringlich vor den Folgen einer überbordenden Regulierung in der Anlageberatung. Sie führe zu einer Zurückhaltung vieler Kreditinstitute in der Aktienberatung. Auch Kunden fühlen sich durch das geforderte Maß an Bürokratie häufig überstrapaziert.

Bekräftigt sieht er seine Haltung durch die kürzlich vorgelegte Studie des Deutschen Aktieninstituts, in der die Auswirkungen der Regulierung auf den Umfang und den Prozess der Aktienberatung für die betroffenen Kreditinstitute und ihre Kunden umfassend untersucht wurden. „Was anfangs gut gemeint war, mündet häufig in kontraproduktive Bürokratie“, so Netzer. Wie bereits mehrfach, zuletzt im Juli am Bayerischen Sparkassentag 2014 in Kempten gefordert, betont er: „Gerade in der derzeitigen Niedrigzinsphase muss der Weg zum Vermögensaufbau mit Wertpapieren offen gehalten werden. Kunden müssen deshalb auch die Möglichkeit bekommen, auf belastende Beratungsprotokolle zu verzichten.“

Flexibilisierung regulatorischer Schranken

Die Studie des Deutschen Aktieninstituts „Regulierung drängt Banken aus der Aktienberatung“ stellt fest, dass sich vor allem kleinere Kreditinstitute in der Aktienberatung zurückhalten. Dies könne nicht im Sinne der Verbraucher sein, so Netzer. Wenn Verbraucherschutz nicht nur schützt, sondern letztlich beim langfristigen Vermögensaufbau behindert, sei der Punkt erreicht, an dem die Regulierung neu überdacht werden müsse. Ziel müsse eine Anlageberatung sein, die den Anleger zuverlässig und verständlich unterstützt. Man müsse jetzt über eine Flexibilisierung regulatorischer Schranken nachdenken, damit nicht weiterhin wichtige Anlageinstrumente wie z.B. Aktien faktisch ausgegrenzt werden, da sowohl Berater als auch Kunden bürokratische Hürden scheuen. „Eine Möglichkeit zum freiwilligen Verzicht auf das seit 2010 obligatorische Beratungsprotokoll wäre ein Schritt in die richtige Richtung“, so Netzer.

Netzer unterstützt damit die Forderung an die Bundesregierung, die im Koalitionsvertrag festgelegten Grundsätze in anlegergerechte Rahmenbedingungen umzusetzen. Danach sollen „die Zweckmäßigkeit und Verständlichkeit von Produktinformationsblättern und Beratungsprotokollen regelmäßig überprüft und Verbesserungen umgesetzt werden“. □

Was hast Du drauf?

Als regionales Kreditinstitut hat die Stadtparkasse Augsburg zusammen mit der Augsburger Social Media Agentur SportBrain Entertainment auf Facebook ein eigenes Quiz für Smartphone, Tablet und PC entwickelt. Das Besondere an dieser App: Alle Fragen beziehen sich auf Augsburg, Friedberg und die Region. Beispiele dazu: Wieviel kostet ein Nachtbus-Ticket in Augsburg? Woher kommt nochmal der König von Augsburg? Und wie viele Jahre hat Friedberg auf dem Buckel? Von einfach bis schwer warten hunderte Fragen in den Kategorien Geschichte, Kultur, Szene und Sport auf die Antworten der Online-Spieler.

Wie bei der TV-Sendung „Wer wird Millionär“ werden für jede Frage vier Antworten geboten. Ebenso nimmt die Schwierigkeit von Frage zu Frage zu, insgesamt gibt es 10 Schwierigkeitsstufen.

Für jede Aufgabe gibt es für die Auswahl der richtigen Antwort 15 Sekunden Zeit. Ein Joker hilft weiter. Wer nicht weiter weiß, kann die Frage tauschen. Bei falschen Antworten fängt man wieder von vorne an.

Insgesamt können in jeder Kategorie pro Spielrunde (maximal) 10 Fragen richtig beant-

wortet werden – je schneller, desto mehr Punkte gibt es. Gewonnen haben die Spieler mit der höchsten Punktzahl. Bei falschen Antworten wird die richtige Lösung verraten.

Man kann sein Wissen alleine testen oder wie bei der bekannten Quizduell-App gegen einen Spieler eigener Wahl antreten. Der Gegenspieler bekommt die gleichen Fragen aus der gewählten Kategorie. Attraktive Fragen können inklusive vier Antwortmöglichkeiten an socialmedia@sska.de gemailt werden. Wissenstest gefällig? www.facebook.com/stadtparkasse.augsburg □

Stadtparkasse München:

Verzicht auf Überziehungszinsen

Günstigerer Konsumentenkredit als Alternative zum Dispokredit

Die Stadtparkasse München verzichtet seit 1. August 2014 darauf, Privatkunden einen über dem Dispozins liegenden Überziehungszins zu berechnen. Bisher signalisierte der Überziehungszins dem Kunden, dass der vereinbarte Kreditrahmen überschritten wurde.

Nun hat die Stadtparkasse einen neuen Weg eingeschlagen, um ihre Kunden noch stärker bei ihrer Finanzplanung zu unterstützen: „Wir sprechen unsere Kunden regelmäßig persönlich oder per Kontoauszug an, wenn der Dispokredit häufig ausgeschöpft ist. Anstelle des Dispos bieten wir ihnen zum Beispiel den wesentlich günstigeren Konsumentenkredit - entweder zur Tilgung des Dispositivkredits oder für geplante Anschaffungen. Mit dieser Strategie kommen wir noch besser unserer Sparkassenphilosophie nach, unsere Kunden fair und bedarfsgerecht zu beraten“, begründet Dr. Thomas Grützmacher, Risikovorstand und stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Stadtparkasse München, den Verzicht auf den Überziehungszins.

Beim Online-Angebot Sparkas-

sen-Privatkredit direkt erhalten Kunden feste Konditionen für die gesamte Laufzeit zwischen 12 und 84 Monaten. Der effektive Jahreszins für dieses Angebot beträgt 4,99 Prozent und gilt für Kreditsummen zwischen 3.000 und 25.000 Euro.

Zum Vergleich: Die Zinsen für einen Dispositivkredit liegen aktuell bei 11,15 Prozent p. a. Der Zinssatz des zumeist zeitlich unbegrenzt eingeräumten Dispositivkredits ist höher als bei einem Darlehen mit fest vereinbarter Laufzeit und Tilgung, da der Dispokredit jederzeit flexibel ausgeschöpft und zurückgezahlt werden kann. Somit ist seine Inanspruchnahme nur schwer kalkulierbar. Der Dispo ist als Reserve für den kurzfristigen Bedarf gedacht, zum Beispiel für unvorhergesehene Ausgaben oder kleinere Anschaffungen. □

Seit 50 Jahren „Gut für die Region“

Sparkassenfiliale Konzell feierte „goldenes“ Jubiläum

Mit einem kleinen Empfang feierte die Sparkassenfiliale Konzell ihr 50-jähriges Jubiläum. Stellvertretender Vorstandsvorsitzender Dr. Martin Kreuzer begrüßte hierzu Landrat Josef Laumer, Bürgermeister Friedrich Fuchs, Gebietsdirektor Karl-Heinz Lorper und das Geschäftsstellenteam.

Dr. Kreuzer erinnerte in seiner Begrüßung an die Anfänge der Sparkasse Konzell. Am 3. August 1964 wurde die Geschäftsstelle durch die Kreissparkasse Bogen in der St.-Nepomuk-Straße unter der Leitung von Franz Maier eröffnet. Maier leitete die Geschäftsstelle vier Jahre lang. Von 1968-1970 war Hans-Christian Brandl für die Geschäftsstelle verantwortlich. Anschließend leitete Ferdinand Hobelsberger die Sparkasse Konzell. Fünf Jahre nach Eröffnung in Konzell zog die Filiale unter der Geschäftsstellenleitung von Wolfgang Vogl in die neuen Räume am Kirchplatz 7. Seit 35 Jahren hat Wolfgang Vogl mit seiner freundlichen und kompetenten Art den Erfolg der Sparkasse Konzell kontinuierlich ausgebaut. „betonte der stellvertretende Vorstandsvorsitzende. Im März 2013 zog die Geschäftsstelle in ihre jetzigen Räume im „Haus Menachtal“. Dabei wurde die Technik und Mobiliar auf den neuesten Stand gebracht.

Treue zur Sparkasse

„Dass die Sparkasse Konzell das Vertrauen der Kunden vor Ort genießt, wird durch die wachsenden Geschäftszahlen deutlich“, sagte Gebietsdirektor Lorper. So hat das Kreditvolumen um fast 57% zugenommen und es werden 817 Konten in Konzell betreut, das sind elf Prozent mehr als im Jahr 2007. Lorper bedankte sich bei allen Kunden und Geschäftsfreunden für die Treue zur Sparkasse. Viele Kunden schätzen einen persönlichen Ansprechpartner vor Ort, der durch keine Internetbank ersetzt werden kann, so der Gebietsdirektor.

Landrat Josef Laumer überbrachte die Glückwünsche des Landkreises. Der stellvertretende Verwaltungsratsvorsitzende der Sparkasse Niederbayern-Mitte freute sich, dass die Sparkasse seit einem halben Jahrhundert in Konzell fest verwurzelt ist. Sie ist ein starker und zuverlässiger Finanzpartner für den Landkreis Strau-

bing-Bogen. Aber auch das gesellschaftliche Zusammenleben in Konzell wird von der Sparkasse durch diverse Spenden an Vereine und Institutionen gefördert, stellte Landrat Laumer heraus. Er hoffe, dass die Sparkasse auch zukünftig sowohl mit bester Beratung von Mensch zu Mensch als auch für die Unterstützung der heimischen Vereine zur Verfügung steht.

Bürgermeister Fuchs gratulierte ebenfalls zum 50. Geburtstag der Geschäftsstelle. Er ist stolz, dass er die Sparkasse zu den Traditionsunternehmen in Konzell zählen darf. „Mit der ganzheitlichen Beratung der Sparkasse können die Menschen ihre Ziele und Wünsche für die Zukunft verwirklichen. Damit ist die Sparkasse ein Partner, um die Lebensqualität vor Ort zu sichern und zu steigern“, betonte der Bürgermeister und ergänzte: „Darüber hinaus unterstützte die Geschäftsstelle seit Anfang an die Gemeinde mit einem modernen und vielfältigen Produkt- und Beratungsangebot.“ Durch ihre besten Kenntnisse über die regionalen Verhältnisse, insbesondere auch über die heimische Wirtschaft, sei die Sparkasse allen Kunden, Unternehmen und Kommunen ein professioneller Partner.

Abschließend bedankte sich Geschäftsstellenleiter Wolfgang Vogl bei seinen Gästen für die Glückwünsche und das große Vertrauen der Kunden in Konzell. Dies ist für ihn und sein Team der größte Anreiz, sich für die Interessen der Konzeller einzusetzen und den Kunden mit bester Beratung in allen Geldangelegenheiten und mit Förderung von sozialen, sportlichen und kulturellen Projekten zur Seite zu stehen, betonte der Geschäftsstellenleiter.

Vize-Vorstand Kreuzer dankte dem Geschäftsstellenteam seinerseits für die jahrelange hervorragende Zusammenarbeit. „Wir sind stolz auf unser tolles Team in Konzell und freuen uns, so gut im Markt verankert zu sein. Die Kunden fühlen sich in der Sparkasse Konzell sehr wohl.“ □

Monopolkommission stößt auf Gegenwehr

Verbandsversammlung des Zweckverbandes der Sparkasse Passau

Mit dem Angriff auf das Regionalprinzip der Sparkassen stößt die Monopolkommission auf Gegenwehr. Dies kam in der jüngsten Zweckverbandssitzung der Sparkasse Passau, dem Gremium der Trägervertreter der Sparkasse Passau, nochmals zum Ausdruck. „Es darf nicht sein, dass aufgrund der Gleichmacherei einer Kommission ein bewährtes und erfolgreiches Modell aufgeweicht und kaputt gemacht wird“, stellte Franz Meyer, Bezirksverbandsvorsitzender der niederbayerischen Sparkassen und Vorsitzender des Zweckverbandes der Sparkasse Passau, fest.

„Die Verabschiedung des Regionalprinzips der Sparkassen wäre nicht nur ein Verstoß gegen nationale Gesetze, sondern auch ein Akt der Blindheit.“ Mit

strukturell schwächeren Gebieten sowie für Stabilität durch die örtlichen Marktkenntnisse.

Risikobegrenzung

Das Prinzip der Risikobegrenzung hat sich Meyer zufolge gerade in der Finanzmarktkrise bewährt und die Kreditversorgung der Wirtschaft gesichert. Das Regionalprinzip stehe für nachhaltiges Wachstum in der Region - mit der Region. Das Geschäftskapital der Sparkassen sei fast ausschließlich aus der Geschäftstätigkeit mit den Menschen und Unternehmen ihres Geschäftsgebietes erworben. Sie setze dieses auch wieder zum Nutzen ihres Geschäftsgebietes ein.

Regionale Sparkassen seien auch die Hausbanken der Kommunen. Als wichtiger Wirtschaftsfaktor trügen sie zum Wohl der Region bei.

Neue Risiken vermeiden

„Nicht auszudenken, was passiert, wenn der ruhige Gegenpol, den die Sparkassen bislang in Finanzmarktkrisen darstellten, wegfällt!“, betonte Franz Meyer. „Das können wir uns nicht leisten! Das fördert keinen Wettbewerb, sondern neue Risiken fernab der regionalen Realwirtschaft. Das ist rechtlich und ökonomisch falsch!“

Daher stehe man geschlossen hinter dem seit fast 200 Jahren bewährten Erfolgsmodell der Sparkassen „In der Region für die Region“, machte Meyer deutlich. Eine Aufforderung an alle, für die Sparkassen in ihrer bestehenden Form einzutreten. □



Franz Meyer. □

diesen Worten fasste Franz Meyer die Ausführungen in der Versammlung zusammen. Und das nicht ohne Grund. Gerade das Regionalprinzip sei unter anderem die Stärke und der Identitätskern der Sparkassen.

Für die Region

Jede Sparkasse ist nach Meyers Worten rechtlich selbstständig im festgelegten Geschäftsgebiet tätig. Das Regionalprinzip stütze die Grundversorgung, Vielfalt, Stabilität und das Wachstum in der Region – für die Region. Es stehe für eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen für alle sozialen Schichten.

Durch seine Präsenz stehe das Regionalprinzip zudem für Vielfalt und Wettbewerb in allen Regionen – gerade auch in

LfA Förderbank Bayern:

Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht

„Nachhaltigkeit finanzieren und leben“ ist ein Grundsatz, an dem sich die LfA Förderbank Bayern ausrichtet. Die betreffenden Maßnahmen und neue Ziele werden im LfA Nachhaltigkeitsbericht 2013/2014 erstmals veröffentlicht. Der Bericht gibt einen Überblick über die wesentlichen ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekte der Tätigkeiten der Bank.

„Nachhaltigkeit ist Teil unserer Unternehmensziele und dieses Bemühen zahlt sich aus: Zum Beispiel haben wir die Förderangebote für Energie- und Umweltprojekte verbessert, dadurch das Fördervolumen in diesem Bereich verdreifacht und so zu mehr Energieeffizienz im Mittelstand beigetragen. Auch auf die Gründungs-, Digitalisierungs-, und Innovationsförderung werden wir künftig noch mehr Wert legen, weil der Standort Bayern dadurch dauerhaft an Qualität gewinnt“, sagt LfA-Vorstandschef Dr. Otto Beierl.

Zahlreiche Aktivitäten

Neben dem operativen Geschäft mit nachhaltigen Förderprogrammen umfassen die Nachhaltigkeitsaktivitäten auch die interne Organisation und den Bereich der gesellschaftlichen Verantwortung. Ziele sind dabei zum Beispiel eine gelebte Unternehmensverantwortung, Chancenvielfalt am Arbeitsplatz, effiziente Geschäftsprozesse, Ressourcenschonung so-

wie Umwelt- und Nachhaltigkeitszertifizierungen.

Ein Blick auf die Nachhaltigkeitsziele 2012 zeigt folgende Erkenntnisse: Im Bereich der Umweltschutzmaßnahmen wurde der in 2011 begonnene Aus-



Dr. Otto Beierl.

tausch konventioneller Büroartikel durch umweltfreundliche Materialien im Jahr 2012 erfolg-

reich abgeschlossen. Durch den weiteren konsequenten Austausch und Einsatz von Energiesparlampen, die Erneuerung elektrischer Anlagen, Geräte und Maschinen konnte der Stromverbrauch weiter gesenkt werden.

Rechenzentrum und Fuhrpark

Abgeschlossen werden konnte – soweit technisch möglich – auch die Zusammenlegung von Servern, was zu einer deutlichen Einsparung von Energie beim Betrieb der Geräte und vor allem bei der Kühlung des Rechenzentrums führt. Im Bereich des Fuhrparks, wo zur Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs stets die auf den Markt kommenden Angebote an Fahrzeugen mit Hybridtechnologie oder elektrischer Antriebstechnologie geprüft werden, wurde Ende 2013 das erste rein elektrisch betriebene Fahrzeug beschafft; die Lieferung erfolgt in 2014.

Die anstehenden Rezertifizierungsprozesse für bereits erworbenen Umweltschutz- und Nachhaltigkeitszertifikate konnten erfolgreich beendet und die Gültigkeitsdauer der jeweiligen Zertifikate verlängert werden. Die Einführung von SAP-

Standardsoftware zur Sicherung eines nachhaltigen Geschäftsprozesses der LfA wurde erfolgreich begonnen. Die Umsetzung des Bayerischen Energiegriechkonzepts „Energie Innovativ“ konnte erfolgreich mit entsprechenden Förderprogrammen für mittelständische Unternehmen (Investivkredit Energie) sowie für Kommunen (Infrastrukturkredit Energie) begleitet werden.

Tiefengeothermie

Auch das bayerische Tiefengeothermieprogramm wurde fortgesetzt. Im Bereich der nachhaltigen Infrastrukturförderung konnte eine Finanzierung von Vorhaben zur Breitbanderschließung mit zinsgünstigen Darlehen über den Infrastrukturdarlehensvertrag mit zinsgünstigen Darlehen eingeführt werden, wovon insbesondere der ländliche Raum profitiert und an Qualität als Wirtschaftsstandort gewinnt.

Der Nachhaltigkeitsbericht der LfA kann unter www.lfa.de heruntergeladen werden.

Die LfA wurde 1951 gegründet und ist die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Das Geschäftsmodell der LfA ist darauf gerichtet, strukturelle Wettbewerbsnachteile kleiner und mittlerer Betriebe auszugleichen und dadurch für Chancengleichheit zu sorgen. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch kommunale Infrastrukturvorhaben.

Informationen zu den Finanzierungsmöglichkeiten bietet die LfA-Förderberatung: Telefon: 0800 / 21 24 24 0 (kostenfrei), www.lfa.de



LfA Förderbank Bayern:

Energie- und Umweltförderung verdreifacht

Halbjahresbilanz der LfA Förderbank Bayern: Über 2.900 mittelständische Unternehmen haben 2014 bislang rund 790 Millionen Euro (Vorjahr 910 Mio. Euro) an Förderkrediten beantragt. Während der Kreditbedarf bei größeren Mittelständlern verhalten ist als im vergangenen Rekordjahr, fragten kleine Betriebe und Gründer 40% mehr staatlich zinsverbilligte Kredite nach. Dabei steht die Finanzierung von Energieeffizienzmaßnahmen verstärkt im Blickpunkt.

„Energieeffizienz ist ein wichtiger Faktor bei der Bewältigung der Energiewende und für den Mittelstand eine große Herausforderung. Bei der Finanzierung der nötigen Maßnahmen helfen wir den bayerischen Betrieben mit zinsverbilligten Krediten der LfA“, erklärt Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

Auf dem richtigen Weg

Laut Aigner haben die Firmen allein im ersten Halbjahr für Energie- und Umweltprojekte nahezu 100 Millionen Euro an Förderkrediten nachgefragt, dreimal so viel wie im Vorjahr.

„Unser Mittelstand ist damit auf dem richtigen Weg“, machte die Ministerin deutlich.

„Viele Firmen verdienen gut und können sich aus Eigenmitteln finanzieren. Aber gerade kleinere Betriebe und Gründer haben größenbedingte Finanzierungsprobleme – sie nutzen auch im letzten Halbjahr unsere Förderkredite kräftig, um Modernisierungen in Höhe von rund 1,2 Milliarden Euro zu verwirklichen. Durch diese Investitionen konnten die Unternehmen über 64.000 bestehende Arbeitsplätze sichern und rund 3.300 neue Arbeitsplätze schaffen“, erklärt LfA-Chef Dr. Otto Beierl.

Gutachten zum kommunalen Finanzausgleich:

Eine gute Basis für eine gründliche Erörterung

Das Gutachten des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln liegt im Entwurf vor. Es schafft laut Informationsbrief des Bayerischen Städtetags (IBdBS) eine gute Basis für eine gründliche Erörterung komplizierter Fragen zu Gemeindefinanzierungsfragen, Steuerkraft und Ermittlung des Ausgabenbedarfs. Dies soll im Herbst beim Kommunalgipfel Thema sein.

Alle vier kommunalen Spitzenverbände haben einvernehmlich mit dem Finanzministerium und dem Innenministerium dieses Gutachten in Auftrag gegeben, um die Verteilungssystematik detailliert zu untersuchen. Alle Beteiligten haben sich im Vorfeld gemeinsam auf diesen Gutachter geeinigt und haben zusammen einen differenzierten Fragenkatalog erarbeitet. Das Gutachten prüft Neujustierungen im Gefüge des Finanzausgleichs.

Das Gutachten sieht eine Notwendigkeit für die Einwohnergewichtung und landesweit einheitliche Nivellierungsschritte – derzeit stellt das Finanzministerium Proberechnungen an, um die Auswirkung der komplexen mathematischen Formeln zu testen. Die Gutachter unterstreichen, dass zur Beurteilung der Er-

gebnisgerechtigkeit die Einnahmen und die Ausgaben zu betrachten sind. Damit wird die isolierte Forderung zurückgewiesen, die lediglich Eingriffe bei der Berechnung der Steuerkraft vornehmen will.

Position bestätigt

Das Gutachten bestätigt nach Darstellung des IBdBS die Position des Städtetags, wonach bei Orten mit Zentralitätsfunktionen eine Bedarfsanerkennung mit Einwohnergewichtung und weiteren Zentralitätsindikatoren notwendig ist; damit werden auch die Zentralitätsfunktionen der kreisangehörigen Gemeinden berücksichtigt. Revolutionäre Veränderungen werden wohl nicht stattfinden, habe Ministerpräsident Horst Seehofer beim Bayerischen Städtetag in Altötting festgestellt.

Die Finanzausgleichsstruktur in Bayern ähnele naturgemäß der Struktur der Ausgleichssysteme in anderen Bundesländern, die wiederum von vielen Gutachtern überprüft und für tragfähig beurteilt wurden. In der Diskussion um die Einwohnergewichtung werde oft der Eindruck erweckt, dass der Bürger einer Großstadt „mehr wert“ wäre als der Bürger eines Dorfes. Es gehe nicht um die Wertigkeit von Menschen, sondern um eine Bemessungsgröße, die den unterschiedlichen Bedarf einer Kommune rechnerisch abbildet. Denn eine größere Stadt habe vielfältigere Aufgaben zu erfüllen als eine Kleinstadt, eine Kleinstadt habe mehr Aufgaben zu erfüllen als ein Dorf. Dies sind Schulen, soziale Leistungen, medizinische oder kulturelle Einrichtungen. So nutzten auch Bürger von Umlandgemeinden die Einrichtungen einer Stadt, sie erhielten Hilfe im Krankenhaus, Kinder besuchten weiterführende Schulen. Theater oder Museen stünden allen offen.

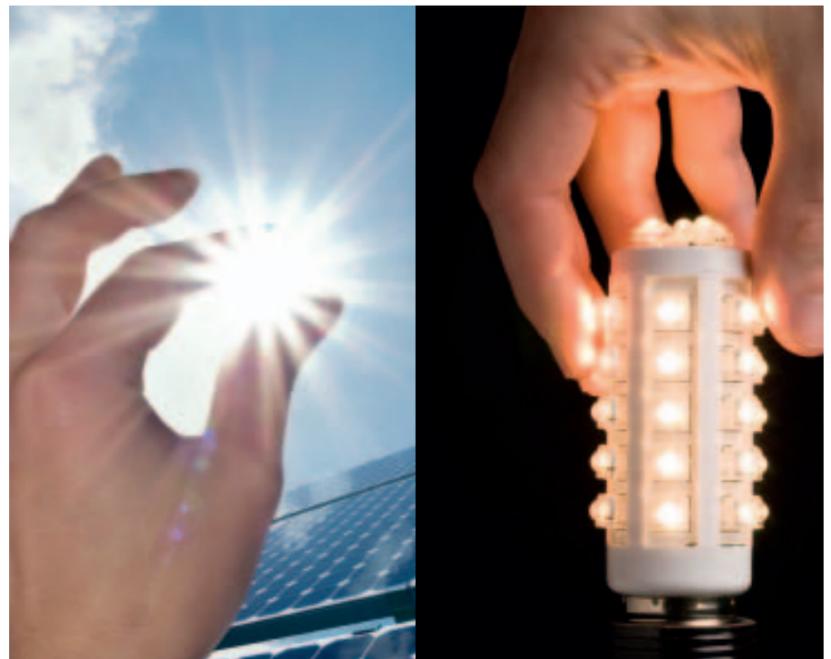
Den Kommunen muss laut IBdBS über den Finanzausgleich eine Finanzausstattung zur Verfügung stehen, die den Aufgaben einer Kommune gerecht wird. Die gern genannte Formel stimme nicht, wonach arm ist, wer klein und ländlich ist und reich ist, wer groß und städtisch ist. Die Zuspitzung auf eine künstliche Kluft zwischen angeblich reichen Großstädten und armen ländlichen Räumen sei falsch, die Realität anders und differenzierter. Ministerpräsident Seehofer habe dies bündig auf zwei Sätze gebracht: „Man darf nicht glauben, dass man den Schwachen hilft, wenn man die Starken schwächt.“ Und: „Dem ländlichen Raum ist nicht gedient, wenn wir die Städte in unzumutbarer Weise schwächen.“

Höhere Zuweisungen für den ÖPNV in der Oberpfalz

„Fast 3,3 Millionen Euro für die Oberpfalz und mehr als 1,0 Millionen Euro für die Stadt Regensburg - das sind erfreulich hohe Zuweisungen für den Öffentlichen Personennahverkehr in unserer Region“, teilte Finanzstaatssekretär Albert Füracker mit.

Die staatlichen Zuweisungen kommen über das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr den Landkreisen und kreisfreien Städten als Aufgabenträger des allgemeinen öffentlichen Personennahverkehrs zugute. Die Zuweisungen im Regierungsbezirk Oberpfalz erhöhen sich insgesamt um rund 4,8 Prozent.

Insgesamt stellt Bayern rund 51 Millionen Euro für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bereit. Davon fließe der Großteil in den ländlichen Raum. Die staatlichen Zuweisungen unterstützen die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Finanzierung des allgemeinen ÖPNV mit Bussen, Straßen- und U-Bahnen.



WIR FÖRDERN TAG UND NACHT

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 - 21 24 24 0



LfA FÖRDERBANK BAYERN

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

www.lfa.de

Versicherungskammer Bayern:

Start der Beratungsoffensive „1.000 Euro Zusatzrente“

Die Versicherungskammer Bayern startet ab sofort eine Beratungsoffensive, die aufzeigt, wie eine private Zusatzrente von 1.000 Euro pro Monat aufgebaut werden kann. Im Fokus der Initiative stehen dabei vor allem Singles und Erwachsene ohne Kinder im Alter zwischen Anfang Dreißig und Mitte Fünfzig. Dieser Personenkreis ist zumeist beruflich wie privat etabliert und hat auch Maßnahmen für die Altersvorsorge getroffen. Dennoch drohen im Alter spürbare Einbußen aufgrund einer längeren Lebenserwartung sowie sinkender Leistungen aus der staatlichen Rente.

„Mit unserer Beratung wollen wir aufzeigen, wie eine monatliche Rente von 1.000 Euro erreicht werden kann und welche zusätzlichen Maßnahmen der privaten und betrieblichen Vorsorge dafür am besten geeignet sind“, erläutert Vorstandsmitglied Klaus G. Leyh von der Versicherungskammer Bayern. In Zeiten niedriger Kapitalmarktzinsen müsse man entweder länger sparen oder mehr zurücklegen, um sein Sparziel zu erreichen, so Leyh.

Das Angebotsspektrum der privaten und betrieblichen Altersvorsorge ist heute so breit wie nie zuvor und bietet damit für jede Situation, jedes Alter und jeden Geldbeutel passende Möglichkeiten: So kann man entweder einen größeren Geldbetrag auf einmal anlegen oder monatlich sparen. Mit Riester kann man von staatlichen Zulagen profitieren, mit dem Produkt FlexVorsorge Vario der Versicherungskammer Bayern von positiven Kapitalmarktentwicklungen. Für Angestellte lohnt sich außerdem fast immer eine betriebliche Altersvorsor-

ge, mit der die Steuer- und Abgabenlast stark gesenkt werden kann.



Klaus G. Leyh.

Wichtigste Säule der privaten Altersvorsorge bleibt weiterhin die Lebensversicherung, denn im Gegensatz zu anderen Sparformen garantiert sie eine lebenslange Rente, bietet Schutz vor elementaren Lebensrisiken wie Berufsunfähigkeit und sichert im Todesfall

die Hinterbliebenen ab. Hinzu kommen einmalige Steuervorteile sowohl in der Anspar- als auch Auszahlungsphase. Bei Neuverträgen mit monatlichen Sparbeiträgen bietet die Versicherungskammer Bayern alles in allem im Jahr 2014 eine Gesamtverzinsung von 3,6 Prozent – und das bei höchster Sicherheit.

Analyse der Gesamtsituation

Welche Altersvorsorge jeweils am besten geeignet ist, hängt jedoch von verschiedenen Faktoren ab wie dem Alter, bereits bestehenden Maßnahmen der Altersvorsorge, dem verfügbaren Einkommen oder steuerlichen Überlegungen. „Aus diesem Grund empfiehlt sich unbedingt ein persönliches Beratungsgespräch, in dem die Ge-

samtsituation des Kunden analysiert und gemeinsam Ziele definiert werden“, sagt Leyh.

Maßgeschneiderter Vorschlag

„Auf der Basis bestehender Vorsorgemaßnahmen kann man dann sehen, wie viel Geld zusätzlich zurückgelegt werden muss, um am Ende eine zusätzliche Privatrente von monatlich 1.000 Euro zu erreichen“, so Leyh. Eine gute Beratung gehe dabei stets von den Wünschen und Möglichkeiten des Kunden aus, etwa in Sachen Sicherheit, Steuern und staatlichen Zuschüssen oder langfristiger Flexibilität, und mache dem Kunden einen maßgeschneiderten Vorschlag, der optimal zur jeweiligen Situation passt.

Interessenten können auf www.versicherungskammerbayern.de mit Hilfe eines Online-Rechners ihre persönliche Versorgungslücke errechnen und einen persönlichen Beratungstermin vereinbaren. □

Finanzminister Söder:

1,5 Mio. Euro und ein Fest zum 350. Geburtstag von Schloss Nymphenburg

Zwei gute Gründe zu feiern: Das Nördliche Appartement wurde für rund 1,5 Millionen Euro umfassend restauriert. „Damit hat der Freistaat Bayern in den letzten zehn Jahren über 17 Millionen Euro in das Schloss Nymphenburg investiert“, betonte Finanzminister Dr. Markus Söder. Außerdem jährt sich der Baubeginn von Schloss Nymphenburg zum 350sten Mal.

„Die rechtzeitige Fertigstellung der Renovierung ist ein Geburtstagsgeschenk zum 350-jährigen Jubiläum. Mit einem bunten Programm für Groß und Klein kann die Bevölkerung an der Geburtstagsfeier teilnehmen“, teilte Söder aus Anlass der Fertigstellung der erfolgreich abgeschlossenen umfangreichen Restaurierung des Nördlichen Appartements und der Ankündigung des Programms für das Jubiläumfest „350 Jahre Baubeginn Schloss Nymphenburg“ mit. Das Geburtstagsfest steigt am 12. September 2014, von 12 bis 22 Uhr bei freiem Eintritt in der Schlossanlage Nymphenburg in München.

Neues Museumskonzept

Im Zusammenhang mit der Restaurierung des Nördlichen Appartements im Mittelbau wurde in den vier Räumen dieser bedeutenden Zimmerfolge ein neues Museumskonzept realisiert, das dem Appartement wieder historische Authentizität verleiht. Nicht nur die wandfeste Raumdekoration, sondern auch sämtliche Gemälde und Ausstattungstücke wurden restauriert. „Kunst und Kultur brauchen Förderer“ – Söder dankte deshalb besonders allen generösen Spendern, die zur Restaurierung des Nördlichen Appartements beigetragen haben, wie der Erblasse-rin Elisabeth Sophie Schmidhuber, der Mooseder-Stiftung München, der Ernst von Siemens Kunststiftung und der Bayerischen Landesstiftung.

Neue App

In den Erhalt des Kulturgutes Nymphenburg wird auch weiter investiert, kündigte Söder an. 2015 wird die Restaurierung der Innenräume von Schloss Nymphenburg fortgeführt. Ende des kommenden Jahres werde sich der gesamte nördliche Bereich des Schlossrundgangs wieder in gepflegtem Erscheinungsbild und schlüssigem Museumskonzept präsentieren. Im Anschluss daran soll die Restaurierung auf der Südseite fortgesetzt werden. Für Besucher des einladend großen Schlossparks mit seinen

Parkburgen eine wertvolle Hilfe: Söder stellte die neue App für den Schlosspark Nymphenburg vor. Der Park wird anhand von 23 Stationen vorgestellt. Der Nutzer kann zwischen drei Tourenvorschlägen und einem freien Rundgang durch den Park wählen. Die App beinhaltet Audiodateien, Bildergalerien und Videos, zum Beispiel einen Octocopterflug zur Veranschaulichung der Sichtachsen des Parks, Präsentationen zum Eisernen Haus, dem Badener See und der Pagodenburg. Für Kinder und Jugendliche ist ein Spielmodul dabei.

Sonderführungen

Bei der Jubiläumsfeier lädt die Bayerische Schlösserverwaltung zu Sonderführungen durch Schloss und Park ein, auch zu sonst verborgenen Orten wie dem Dachstuhl des Schlosses, und zu Kinderführungen. Zu einer Musikführung „La douceur de vivre – die galante Welt des 17. und 18. Jahrhunderts“ lädt das Ensemble Tri-Foglio. Barockes Tanzvergnügen zum Mitmachen bietet die Gruppe „Tanz durch die Jahrhunderte“. Gondelfahrten auf dem Mittelkanal wie zu Zeiten Kurfürst Max Emanuels vermitteln einen Eindruck von Venedig in Nymphenburg. Kulinarisches zum Geburtstag gibt es im Schlosscafé im Palmenhaus und in der Schlosswirtschaft Schwaige.

Touristische Attraktion

Die einzigartige Gesamtanlage aus Architektur, Garten und Wasser machen Schloss Nymphenburg zu einem der bedeutendsten Barockschlösser in Europa und zu einer touristischen Attraktion allerersten Ranges. Mit rund 350.000 Besuchern im Jahr zählen das Schloss und die Parkbauten zu den meist besuchten Sehenswürdigkeiten des Schloßerandes Bayern. Der Festsaal als eines der Meisterwerke des bayerischen Rokoko, die weltberühmte Schönheitengalerie König Ludwigs I. und das Geburtszimmer König Ludwigs II. stellen für die Besucher besondere Höhepunkte dar. □



Neue AKDB-Website:

Mehr Service im modernen Gewand

Service, Lösungen und Neuigkeiten auf einen Blick: Die AKDB präsentiert sich mit einem komplett neu gestalteten Internetauftritt. Auch online will der führende Anbieter kommunaler IT-Lösungen die Kundenfreundlichkeit in den Mittelpunkt stellen und hat die neue Webseite konsequent auf den Informationsbedarf seiner Kunden und Interessenten ausgerichtet. Auf der Startseite sind nun alle aktuellen Themen und Veranstaltungen direkt auf einen Blick erkennbar.

Besucher der Seite gelangen mit nur einem Klick zur gewünschten Lösung und Anwender der AKDB Fachverfahren finden im neuen Fortbildungsbereich schnell das passende Schulungsangebot.

„Neue Gesetzgebungen, der technologische Wandel und die Vielfalt der Herausforderungen in der Verwaltung sorgen für einen erhöhten Informationsbedarf und Anspruch kommunaler Mitarbeiter an ihren IT-Partner. Darauf reagieren wir und möchten mit unserer neuen Webseite eine aktuelle

Informationsplattform für Kunden und Interessenten schaffen“, erklärt Wolfram Weisse, Leiter Kommunikation und Marktentwicklung bei der AKDB.

Zum Start konzentriert sich die neue Webseite schlank und kompakt auf das Wesentliche: „Wir werden unser Online-Informationsangebot zukünftig weiter ausbauen und unseren Webbesuchern genau die Informationen verfügbar machen, die auch relevant und nützlich sind“, macht Weisse deutlich. □

Neue Finanzkasse in Krumbach:

Erfolgreicher Start

Vor gut einem Jahr hat die Stadt Krumbach erstmals eine zentrale Finanzkasse erhalten. „Der Start verlief erfolgreich. Ein weiterer Ausbau steht an. 60 krisensichere Arbeitsplätze werden dann in der Stadt Krumbach geschaffen“, teilte Finanzstaatssekretär Johannes Hintersberger bei einem Informationsbesuch in der Finanzkasse Krumbach mit. Begleitet wurde er von MdL Alfred Sauter und MdL Dr. Hans Reichhart.

Die zentrale Finanzkasse für Nordschwaben sei eine wichtige strukturelle Maßnahme für die Stadt und die Region. Diese werde stufenweise aufgebaut und soll im Endausbau voraussichtlich 60 Vollzeitkräfte umfassen, teilte Hintersberger mit. In einer ersten und zweiten Stufe wurden die Kasensangelegenheiten der Finanzämter Günzburg und Dillingen nach Krumbach verlagert. Ein weiterer Ausbau wird im Herbst 2014 in Angriff genommen werden, sobald die Räume im Gebäude Nordstraße seitens des Vermieters fertig saniert worden sind. Im Endausbau werde die Finanzkasse Krumbach auch für die Finanzämter Neu-Ulm, Nördlingen, Augsburg-Stadt und -Land zuständig sein.

Mit der Zentralisierung der Finanzkassen wird nach den Worten von Hintersberger der Personaleinsatz optimiert. Synergieeffekte sorgen für eine gleichmäßigere

Auslastung der Mitarbeiter. Bislang habe jedes Finanzamt über eine eigene Kasse verfügt. Diese beschäftigten zwischen 2 und 23 Arbeitskräften. Mit der Bündelung der Finanzkassen mache Bayern einen weiteren wichtigen Schritt zum modernen Staat.

„Die Neuorganisation der Finanzkassen sorgt für verbesserte Arbeitsabläufe und mehr Effektivität. Mitarbeiter werden dabei nicht gegen ihren Willen versetzt. Stattdessen übernimmt frei werdendes Personal andere Aufgaben in dem jeweiligen Finanzamt. Mitarbeiter können frei entscheiden und sich aktiv für andere Bereiche an ihrem bisherigen Arbeitsort bewerben“, betonte Hintersberger. Die 80 Finanzkassen werden an 19 Standorten zentralisiert. Im Regierungsbezirk Schwaben wird es zwei zentrale Finanzkassen geben: in Kaufbeuren und in Krumbach. □

KPV-Bundesvorsitzender Liebing:

Weitere kommunale Entlastung

Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zur weiteren Entlastung von Ländern und Kommunen ab 2015 beschlossen. Dazu erklärt der KPV-Bundesvorsitzende Ingbert Liebing: „Die Entscheidung des Bundeskabinetts ist für die Kommunen in Deutschland ein wichtiger Schritt zur weiteren Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Die im Koalitionsvertrag für die Zeit ab 2015 vereinbarte Entlastung der Kommunen wird mit dem vorliegenden Gesetzentwurf konkretisiert und festgezurrt.“

Liebing weiter: „Wichtig ist, dass es uns gelungen ist, gegenüber der ursprünglichen Formulierung des

Referentenentwurfes frühzeitig eine Änderung einzubringen: In der Gesetzesbegründung heißt es nunmehr nicht mehr, dass die Träger der Eingliederungshilfe um fünf Milliarden Euro entlastet werden. Bei dieser Formulierung hätte wegen der unterschiedlichen Finanzierungsstruktur der Eingliederungshilfe die Gefahr bestanden, dass die Entlastung vor allem bei den Ländern und weniger bei den Kommunen angekommen wäre. Mit dem nun gefundenen Text bleibt die Möglichkeit erhalten, dass das Geld auch tatsächlich bei den Kommunen ankommt. Für die Kommunen ist das ein wichtiges Signal.“ □

Staatssekretär Hintersberger:

Arbeit der Finanzreferenten ist wichtige Unterstützung für die Politik

Finanzreferenten der Länder tagten in Hohenschwangau

Nach 17 Jahren fand die Jahrestagung der Finanzreferenten der Länder wieder in Bayern statt. „Ich freue mich sehr, dass Sie für Ihre wichtige Tagung Hohenschwangau in Schwaben ausgewählt haben“, begrüßte Johannes Hintersberger, Finanzstaatssekretär, gemeinsam mit Stefan Rinke, dem Ersten Bürgermeister der Gemeinde Schwangau, die Finanzexperten aus Bund und Ländern in Hohenschwangau.

„Mit Ihrer Arbeit leisten Sie eine wichtige Unterstützung für uns Finanzpolitiker“, so Hintersberger weiter. In der dreitägigen Tagung der Referenten werden aktuelle Herausforderungen in der Finanzpolitik unter den Ländern diskutiert. Ziel ist es, im Vorfeld zur nächsten Finanzministerkonferenz und der Sitzung des Finanzausschusses des Bundesrats im September gemeinsam getragene Lösungsmöglichkeiten unter den Ländern auszuloten.

Aufgabenpaket

Aufgabe der insgesamt 16 Finanzreferenten - jeweils ein Re-

ferent pro Land - ist die Vorbereitung der Sitzungen und Treffen der Finanzpolitiker. Gleichzeitig begleiten sie die Bundesgesetzgebung aus Ländersicht. Die Sitzungen der Referenten finden elfmal pro Jahr, immer im Vorfeld des Bundesratsplenums in Berlin, statt. Einmal pro Jahr findet die große Jahrestagung statt, jeweils in einem anderen Bundesland.

„Ihre Vorarbeit hilft uns, in unseren Sitzungen über Ländergrenzen hinweg effektiv vorzugehen. Bei der Vielzahl an zu behandelnden Themen ist dies eine unerlässliche Unterstützung“, dankte Hintersberger den Finanzreferenten abschließend. □



Gruppenaufnahme der Finanzreferenten mit Staatssekretär Johannes Hintersberger (Mitte). □

München startet kommunales Warnsystem KATWARN

Versicherungskammer Bayern unterstützt Landeshauptstadt bei Information der Einwohner und Schadenprävention

Die Landeshauptstadt München hat das Warn- und Informationssystem KATWARN in Betrieb genommen. Oberbürgermeister Dieter Reiter drückte gemeinsam mit Barbara Schick, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern (VKB), Ortwin Neuschwander, Leiter Verbindungsbüro Politik und Wirtschaft vom Fraunhofer-Institut FOKUS und dem Chef der Münchner Berufsfeuerwehr, Oberbranddirektor Wolfgang Schäuble, den symbolischen Startknopf.

Ab sofort informiert KATWARN bei Gefahrensituationen wie z. B. Großbränden, Bombenblindgängern oder auch im Pandemiefall in der Landeshauptstadt sowie bei extremen Unwettergefahren. Alle Bürgerinnen und Bürger können sich über eine Smartphone-App oder Mobiltelefon anmelden.

Die technische Plattform für das vom Institut Fraunhofer FOKUS entwickelte System, wird von der Versicherungskammer Bayern gemeinsam mit allen Öffentlichen Versicherern in Deutschland zur Verfügung gestellt.

Barbara Schick, Vorstandsmitglied der Versicherungskammer Bayern: „Als traditionell stark der Region verbundenes Versicherungsunternehmen und als der Kommunalversicherer in Bayern unterstützen wir seit Jahrzehnten Einrichtungen wie z. B. die Feuerwehren und Lösungen, die dazu beitragen, Schäden zu vermeiden oder zu vermindern. Mit unserer Beteiligung an KATWARN und durch unsere langjährige Zusammenarbeit mit dem Institut Fraunhofer FOKUS bieten wir eine weitere Möglichkeit, Men-

schenleben und materielle Werte zu schützen.“
Als Ergänzung zu den bestehenden Warnsystemen (z. B. Radio- und Lautsprecherdurchsagen) der Behörden, Feuerwehr, Polizei oder anderen Einsatzkräften bietet KATWARN der Integrierten Leitstelle München die Möglichkeit, sich gezielt an die Bürgerinnen und Bürger zu wenden. Zum Beispiel mit Warnhinweisen wie: Großbrand – Warnung der Feuerwehr für die Stadt München, öffentliche Plätze verlassen, Fenster geschlossen halten.
„KATWARN unterstützt die Arbeit unserer Einsatzkräfte“, sagt Oberbürgermeister Reiter. „Je schneller die Menschen gewarnt und informiert werden, desto eher können sie bereits erste Maßnahmen ergreifen, um sich und ihre Mitmen-

nen in Sicherheit zu bringen.“

KATWARN steht allen Bürgerinnen und Bürgern kostenlos als Smartphone-App zur Verfügung. Innerhalb des Stadtgebietes ermöglicht es Warnungen und Verhaltenshinweise, die sich auf den aktuellen, persönlichen Standort beziehen. Zusätzlich sind zwei weitere Postleitzahl-Gebiete einstellbar. Zum Beispiel die Wohnadresse. Damit erhält man auch in der Arbeit oder im Urlaub die Warnhinweise zu seiner Wohnadresse. Diese Auswahl kann zu jeder Zeit aufgehoben, angepasst und bei Bedarf ausgeschaltet werden. Alternativ steht KATWARN mit eingeschränktem Funktionsumfang auch für Warnungen per SMS oder E-Mail zur Verfügung.

„Als ortsspezifische Besonderheit erhalten die Aussteller des Oktoberfestes über KATWARN zusätzliche Informationen zu Betrieb und Sicherheit der Großveranstaltung, zum Beispiel dann, wenn ein Unwetter droht und Fahrgeschäfte zeitweilig ausgeschaltet werden sollen“, sagt Wolfgang Schäuble, Leiter der Branddirektion München.

Die Kosten für die Einführung von einmalig 15.000 Euro und jährlich 3.000 Euro für den Betrieb sowie die Kosten für das Versenden der Kurznachrichten trägt die Landeshauptstadt München. KATWARN ist bereits an verschiedenen Orten in Deutschland im Einsatz, zum Beispiel in den bayerischen Landkreisen Aschaffenburg, Deggendorf und Altötting sowie in den Stadtstaaten Hamburg und Berlin.

Und so kann man sich bei KATWARN anmelden:

• **KATWARN als Smartphone-App:** Die KATWARN-



Drückten den symbolischen Startknopf für KATWARN in München: Ortwin Neuschwander von Fraunhofer FOKUS (v.l.), VKB-Vorstandsmitglied Barbara Schick, Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter und Feuerwehrchef Oberbranddirektor Wolfgang Schäuble. Bild: Konzern VKB

App gibt es kostenlos für iPhones und Android-Smartphones. Sie ist kompatibel mit dem iPhone (ab iOS 5) sowie mit allen gängigen Android-Smartphones (ab Version 2.3.3).

Innerhalb der mit KATWARN versorgten Landkreise und kreisfreien Städte bietet die KATWARN-App ortsbasierte Warnungen und Verhaltenshinweise zum aktuellen Standort und zusätzlich zu zwei frei wählbaren Postleitzahl-Gebieten. Diese Auswahl kann zu jeder Zeit aufgehoben, angepasst und bei Bedarf ausgeschaltet werden.

• **KATWARN-Warnungen per SMS und optional E-Mail:** SMS-Anmeldung an die Service-Nummer 0163/755 88 42: - für Warnungen per SMS: „Katwarn 12345“ (für das Postleitzahlengebiet 12345) - für Warnungen per SMS und E-Mail: „Katwarn 12345

hans.mustermann@mail.de“ (für das Postleitzahlengebiet 12345)

- Abmeldung: „Katwarn aus“. Außer den üblichen SMS-Gebühren des Mobilfunkbieters für die einmalige SMS-Anmeldung bei KATWARN – und gegebenenfalls für die Um- bzw. Abmeldung – ist der Warndienst kostenfrei.

Wichtig: Es werden nur Postleitzahlen innerhalb der aktiven KATWARN-Gebiete berücksichtigt (Übersicht unter www.katwarn.de). Außerhalb dieser Gebiete versendet KATWARN keine Warnungen.

KATWARN per SMS-/E-Mail berücksichtigt nur eine Postleitzahl pro Handy. Die Angabe einer E-Mail-Adresse ist optional. KATWARN ersetzt nicht die lokalen Anweisungen von Behörden, Polizei oder Einsatzkräften. Ihnen ist weiterhin unbedingt Folge zu leisten. □

Geretsried:

Richtig löschen mit dem Schaumtrainer

Das Löschen mit Schaum ist eine hocheffiziente Methode der Brandbekämpfung – doch sie muss gelernt sein. Ein qualifiziertes Training in punkto Technik ist Voraussetzung für Feuerwehrleute, um im Schadenfall nicht das eigene Leben oder die Umwelt zu gefährden und den Brandherd zu ersticken.

Deshalb hat die Staatliche Feuerwehrschule Geretsried ein Schaum-Seminar für Besondere

Führungsdienstgrade der Feuerwehren aus ganz Bayern angeboten. Trainiert haben die rund

60 Teilnehmenden mit einem Schaumtrainer, den die Staatliche Feuerwehrschule Geretsried von der Versicherungskammer Bayern erhalten hat.

In dem Kurs haben die Seminarteilnehmer beispielsweise gelernt, welche Schaumart bei einem Benzin-, Diesel oder Bio-Kraftstoffbrand einzusetzen ist. Außerdem haben sie am Schaumtrainer geübt, das Schaumrohr richtig zu führen und den sog. Schaumanker an der richtigen Stelle zu setzen. Er bildet den Ausgangspunkt für das Auftragen des Schaums.

Ausgeklügeltes Konzept

Dem Schaumtrainer liegt ein ausgeklügeltes Konzept zugrunde: Die Anlage umfasst alle für einen Schaumeinsatz notwendigen Strahlrohre, Schläuche und Gerätschaften der Feuerwehr in einem verkleinerten Maßstab. Es sind nur geringe Mengen Schaum notwendig, um alle in der Praxis vorkommenden Effekte simulieren zu können. Die Ausbildung ist dadurch ressourcenschonend und umweltgerecht. Die Anlagenteile sind auf einem Plateauwagen untergebracht und damit mobil in der Feuerwehrschule einsetzbar.

„Ich bin hochbegeistert von dieser Anlage. Man merkt, das ist eine Anlage, die von Praktikern für die Praxis erstellt worden ist.“, freut sich Dr. Christian Schwarz, Leiter der Staatlichen Feuerwehrschule. Auch ein Seminarteilnehmer äußert sich stellvertretend für die anwesenden Führungskräfte sehr positiv über die Übung mit dem Schaumtrainer: „Der Vorteil ist, dass ich es praktisch zeigen und ausprobieren kann und die Teilnehmer sich nicht nur Fotos anschauen können.“

Ziel der Versicherungskammer Bayern ist es, jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt in Bayern einen Schaumtrainer bereit zu stellen. Die Übergabe des Schaumtrainers an die Staatliche Feuerwehrschule Geretsried war die Premiere bei der Realisierung dieses Vorhabens. Die Versicherungskammer Bayern rüstet für rund 50.000 Euro alle drei staatlichen Feuerweherschulen in Bayern mit Schaumtrainern aus. □



Schaumtrainer im Einsatz.

DSGV-Präsident Fahrnisch:

Kein guter Tag für Sparer in Europa

Als schlechten Tag für die Sparer in ganz Europa hat der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Georg Fahrnisch, die erneute Zinssenkung durch die EZB bezeichnet. Die Zinskosmetik verdeutliche, dass die Zentralbank immer näher an das Ende ihrer geldpolitischen Möglichkeiten stoße. „Es ist schon heute zu viel Liquidität im Markt, die Gefahr krisenhafter Zuspitzungen steigt durch den jetzigen Zinsschritt weiter. Die Zentralbank hätte gut daran getan, Ruhe zu bewahren, um zunächst die bereits getroffenen Maßnahmen wirken zu lassen“, betonte der Präsident.

Angesichts des sehr niedrigen Preisauftriebs im Euroraum und der stockenden wirtschaftlichen Erholung könne man in gewissem Umfang Verständnis für den empfundenen Handlungsdruck entwickeln. „Der neuerliche Miniaturschritt bewirkt in der Sache aber gar nichts und verstärkt den Eindruck einer reinen Getriebeneheit der Notenbank“, sagte Fahrnisch. Ohnehin zeige der zuletzt deutlich rückläufige Außenwert des Euro bereits eine Entspannung bei Preisen und Konjunktur, die ein Abwarten gerechtfertigt hätte.

Mit dem weiter ins Negative verschärften Strafzins für die Einlagefazilität nähere sich die EZB zudem einem Punkt, an dem sie eine verstärkte Bargeldhaltung provoziere. Die Konkretisierung des Ankaufs weiterer Assetklassen

- vor allem wohl ABS - zeige, dass die EZB auch nicht davor zurückschrecke, aktiv in immer mehr Märkte einzugreifen. „Die EZB übernimmt damit immer mehr Risiken in die eigenen Bücher.“

Die Ankäufe von Covered Bonds scheinen dagegen auf den ersten Blick in der Tradition schon gesehener früherer Programme der EZB zu stehen. Die Stoßrichtung sei allerdings diesmal anders. „Wir müssen sehr gut achtgeben, dass dies nicht schon der Einstieg in ein Quantitative Easing ist“, so Fahrnisch.

Wichtigstes Ziel müsse es bleiben, die Krisen durch Strukturformen zu überwinden. Fahrnisch: „Die EZB sollte nicht länger versuchen zu tun, was sie nicht erreichen kann. Sie nimmt nur den Handlungsdruck von den eigentlich Verantwortlichen.“ □

VERSICHERUNGSKAMMER BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Wir haben 1.000 Pläne.

Unsere flexible Altersvorsorge macht alles mit!

Wir finden auch für Sie die beste Lösung.

Mehr Informationen unter: www.versicherungskammer-bayern.de

1.000€ Zusatzrente Wir zeigen Ihnen wie!

Finanzgruppe

VDV-Jahrestagung in Berlin:

Wirtschaftsfaktor Öffentlicher Verkehr

Auf der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen in Berlin wurden unter dem Motto „Öffentlicher Verkehr – Wirtschaftsfaktor und Lebensqualität“ die Branchenthemen mit der Politik diskutiert. Pragmatische und konstruktive Lösungsmöglichkeiten standen im Mittelpunkt des Dialogs. Im Rahmen der Tagung legten unter anderem Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt, Bahnchef Rüdiger Grube und der Präsident des Deutschen Städtetags und Nürnberger Oberbürgermeister, Ulrich Maly, ihre Positionen dar.

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt setzt sich für eine höhere Geldbuße für Schwarzfahrer in Bussen und Bahnen ein. Es müsse darauf reagiert werden, dass in diesem Bereich mehr Unfairness stattfindet, betonte der CSU-Politiker. Er ermunterte die Länder zu einer Initiative im Bundesrat. VDV-Präsident Jürgen Fenske forderte, das „erhöhte Beförderungsentgelt“ zur wirkungsvolleren Abschreckung von 40 auf 60 Euro anzuheben. Dobrindt ließ eine künftige Höhe offen.

Zuwächse bei Bus und Bahn

VDV-Präsident Fenske verwies darauf, dass Bus und Bahn Zuwächse verzeichnen und die Wirtschaft sich immer stärker auf Güterzüge fokussiert. In den ersten drei Monaten dieses Jahres fuhren 2,5 Milliarden Menschen mit öffentlichen Verkehrsmitteln – 1,2 Prozent mehr als im ersten Quartal

2013. Im täglichen Betrieb bedeutet dies 30 Millionen zusätzlicher Kunden, wobei insbesondere in Großstädten und Ballungsregionen die öffentlichen Verkehrsmittel als Transporteur Spitzenpositionen einnehmen und vor allem die jüngere Generation, insbesondere die 18- bis 29-Jährigen zu 70 Prozent auf den ÖPNV setzt.

Mehr Fahrgäste

Bereits im Jahr 2013 wuchs das Verkehrsaufkommen im ÖPNV im jahrelangen Trend weiter um 0,8 Prozent auf 9,8 Milliarden Fahrgäste, stellt der VDV in seinem Jahresbericht fest. Mehr als elf Milliarden Euro wurden für Fahrscheine ausgegeben, 3,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Doch trotz der steigenden Finanzierung durch die Nutzer blieb unter dem Strich weniger Geld übrig. Da die Kosten der Unternehmen für Personal und Material schneller stie-

gen, sank laut VDV-Statistik der Kostendeckungsgrad im ÖPNV um einen Prozentpunkt auf 77,1 Prozent.

Der Schienengüterverkehr in Deutschland konnte in den ersten beiden Monaten des Jahres ebenfalls um 2,6 Prozent zulegen. Schienengüterverkehr lohnt sich auf Langstrecken, zeigt die Statistik. Hinsichtlich der Verkehrsleistung mit 112 Milliarden Tonnenkilometern befördern die Bahnen in Deutschland etwa ein Viertel der gesamten Fracht, obwohl sie mit 370 Millionen Tonnen nur ein Zehntel des gesamten Landverkehrsaufkommens für sich gewinnen können.

Zustand der Infrastruktur

Bei allen Erfolgen darf man Präsident Fenske zufolge aber nicht vergessen, dass die Branche enorme Herausforderungen zu bewältigen hat. Zentrales Thema sei dabei der Zustand der Infrastruktur. Über den Erhalt hinaus gebe es zudem weitere wichtige Ausbauprojekte wie den Rhein-Ruhr-Express (RRX), die zweite S-Bahn-Stammstrecke in München und die S4 in und um Hamburg. Das aufgrund der bestehenden Infrastruktur machbare Programm in der Hauptverkehrszeit entsprechen zudem vielerorts „nicht dem, was wir anbieten wollen“.

Die von der Bundesregierung geplanten fünf Milliarden Extra-Euro für die Infrastruktur in der laufenden Legislaturperiode seien zwar ein Schritt in die richtige Richtung, aber noch nicht der Durchbruch, bekräftigte Fenske. Hier müsse mehr passieren, ebenso wie in der Frage der Anschlussregelung für das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG). Die im Koalitionsvertrag stehende Formulierung, wonach man eine Neuregelung anstrebe und mit den

gen, autofreien Seitentälern und ortsnahen Spaziergebietern. Alpine Pearls bietet vollen Service rund um Urlaubsmobilität mit persönlicher Beratung zu Themen wie Reservierungen und Buchungen.

Wie Brandauer erläuterte, habe alpiner Umweltschutz enorm an Bedeutung gewonnen. Vielen Menschen sei es mittlerweile bewusst geworden, dass sie auf ihren Lebensraum achten müssen. Vor allem durch das Verkehrsaufkommen würden die Alpen stark belastet und veröden so an Attraktivität sowohl bei den Einwohnern als auch bei den zahlreichen Urlaubsgästen. So sei es mittlerweile für viele wichtig geworden, die Umweltbelastung zu verringern und speziell im Verkehr auch umweltverträgliche Mobilität zu forcieren.

E-WALD

Die E-WALD Elektromobilität soll nach Darstellung von Prof. Dr. Peter Sperber, Präsident der Technischen Hochschule Deggendorf, einen signifikanten Beitrag zur Verminderung der CO₂-Emission leisten. 10 bis 15 Prozent der Zweitwagen in Niederbayern sollen auf Elektromobilität umgestellt werden. Ziel sei es, den Anteil der Touristen, die mit der Bahn anreisen, zu erhöhen. Schließlich soll E-WALD die Realisierbarkeit der Elektromobilität im ländlichen Raum nachweisen.

Das Projekt erstreckt sich auf eine Demonstrationsregion über 7.000 Quadratkilometer. Sie umfasst die Landkreise Cham, Straubing-Bogen, Regen, Deggendorf, Freyung-Grafenau und Passau. Kooperationen der Hochschule

Verhandlungen 2015 beginnen wolle, fand beim VDV-Präsidenten keine Zustimmung.

Er appellierte in diesem Zusammenhang an die Länder, in ihrer Gesamtheit und nicht nur wie bisher in neuen Fällen durch eine Zweckbindung der aktuellen fließenden Mittel dem Bund gegenüber deutlich zu machen, dass Geld für die Infrastruktur benötigt wird. Gefragt seien jetzt konkrete Lösungen für die Finanzprobleme und keine Zuständigkeitsdebatten im Zuge der Föderalismusreform.

Um die Instandhaltung der deutschen Verkehrswege zu finanzieren, ist laut einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa die Mehrheit der Bundesbürger dafür, dass der Solidaritätszuschlag künftig in einen Infrastrukturzuschlag umgewandelt wird. 52 Prozent der Befragten befürworteten diesen Vorschlag. Besonders groß ist die Zustimmung mit 72 Prozent bei den 18 bis 29-Jährigen. „Das Umfrageergebnis zeigt, dass den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land eine intakte und leistungsfähige Infrastruktur wichtig ist und sie deshalb bereit sind, dafür einen finanziellen Beitrag zu leisten. Den Soli-Zuschlag in einen Infrastrukturzuschlag umzuwandeln ist ein guter Vorschlag, den wir ausdrücklich unterstützen“, unterstrich Jürgen Fenske.

Zusätzliche Gelder vonnöten

Der objektive Bedarf für die Instandhaltung der deutschen Verkehrswege liegt laut verschiedener Expertenkommissionen bei jährlich 7,2 Milliarden Euro. Dass zusätzliche Gelder für den Erhalt von Schienen und Straßen benötigt werden, ist daher unstrittig. Aber woher das Geld dafür kommen soll, wird in der Politik und Öffentlichkeit seit Monaten kontrovers diskutiert.

Der VDV hält die Idee eines Infrastrukturzuschlags für die momentan beste Lösung: „Ein großer Anteil des Solidaritätszuschlags verbleibt bereits heute im allgemeinen Steueraufkommen des Bundes. Eine aus diesem Steueraufkommen unterstützenswerte

mit der öffentlichen Hand und der Wirtschaft sind Grundvoraussetzung für eine Bewährungsprobe der Elektrofahrzeuge. Die Einbeziehung des ÖPNV, öffentlicher Einrichtungen und des Tourismus gehören zum Selbstverständnis des Projekts.

Eine technische Herausforderung ist Sperber zufolge der Aufbau einer Standortstruktur für Ladestationen zum „Betanken“ von Elektroautos bzw. auch zur Bereitstellung von Elektrofahrzeugen für intermodale Verkehrskonzepte. Dazu seien innovative, intelligente Steuerungs- und Kommunikationskonzepte zu entwickeln.

Innerhalb eines Jahres wurden 73 Ladestandorte mit insgesamt 251 Ladepunkten erstellt. Für Ende 2014 werden 90 Ladestandorte mit 300 Ladepunkten anvisiert. Die Flotte umfasst derzeit 154 Fahrzeuge, der Vermietungsgrad liegt bei 84 Prozent.

„Wir alle glauben, dass der von uns gewählte ganzheitliche Ansatz bei der Betrachtung des Themas Elektromobilität der richtige ist und uns am Projektende ein aus vielen Mosaiksteinen bestehendes Gesamtbild liefert und so richtungsweisende Entscheidungen zur Weiterentwicklung der Technik und zum Nutzen der Menschen zulässt“, betonte Sperber.

Nach dem Vortragsprogramm war am Nachmittag die 1. Neumarkter E-Fahrzeugschau auf dem Residenzplatz gut besucht. Zahlreiche Bürger nutzten die Möglichkeit, sich über aktuelle Serienmodelle mit Elektro- und Hybridtechnologie zu informieren. Ausgestellt waren sowohl Zweiräder als auch Autos. Zudem konnten die Besucher Probefahrten unternehmen. **KI**

Aufgabe könnte der Werterhalt der Verkehrsinfrastruktur sein. Deshalb ist die Weiterentwicklung des Soli-Zuschlags in einen Infrastrukturzuschlag logisch und sinnvoll zu begründen“, erklärte Fenske. Auch für die haushaltspolitische Umsetzung macht der VDV einen Vorschlag: „Die von der Bodewig-Kommission vorgeschlagenen Infrastrukturfonds sind ein geeignetes Instrument, um die Gelder aus dem Infrastrukturzuschlag zweckgebunden, überjährig und zugriffssicher zu verwenden. So könnte man den Bürgern zudem auch transparent nachweisen, wofür ihre Abgaben konkret ausgegeben würden. Ähnliche Fondsmodelle haben in der Schweiz und Österreich mit großem Rückhalt der Bevölkerung bereits zu nachhaltigen Infrastrukturverbesserungen geführt“, fuhr der VDV-Präsident fort.

Finanzierungsquellen

Laut der Umfrage halten nur 3 Prozent der Deutschen die Verkehrswege hierzulande für ausreichend finanziert. Neben dem konkreten Vorschlag eines Infrastrukturzuschlags hat Forsa deshalb die Bevölkerung auch nach anderen Finanzierungsquellen für den Erhalt der Verkehrswege befragt. Die große Mehrheit (68 Prozent) spricht sich dabei für zusätzliche Mittel aus dem laufenden Steueraufkommen aus. Und immerhin 33 Prozent der Befragten halten auch eine weitere Nutzerfinanzierung durch Autofahrer, wie zum Beispiel eine PKW-Maut, für ein mögliches Finanzierungsinstrument. Für höhere Fahrpreise bei Bus und Bahn sind dagegen nur 4 Prozent.

Obwohl fast alle Befragten die Verkehrswege in Deutschland für unterfinanziert halten, bewerten 66 Prozent den Zustand von Schienen, Straßen und Brücken noch mit „befriedigend“ oder „ausreichend“. „Diese differenzierte Meinung zeigt, dass die Bevölkerung inzwischen erkannt hat, dass unsere Verkehrsinfrastruktur zwar noch einigermaßen intakt ist, wir aber jetzt dringend etwas unternehmen müssen, um auch zukünftig noch überall in Deutschland auf einem leistungsfähigen Netz aus Schienen, Brücken und Straßen unterwegs zu sein. Nicht umsonst ge-

ben 98 Prozent der Befragten an, dass ihnen eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur sehr wichtig oder wichtig ist“, bemerkte VDV-Hauptgeschäftsführer Oliver Wolff.

Laut der aktuellen Forsa-Umfrage nutzen viele Bundesbürger eine Kombination aus mehreren Verkehrsmitteln für ihre täglichen Fahrten. Busse und Bahnen stehen dabei für die 18- bis 29-Jährigen mit 71 Prozent an erster Stelle vor dem eigenen Pkw, der bei den älteren Bevölkerungsgruppen den Spitzenplatz einnimmt. Altersunabhängig ist mit einem mehr als 40-prozentigen Nutzungsanteil das Fahrrad wichtiges Verkehrsmittel, junge Verkehrsteilnehmer setzen auch verstärkt auf Carsharing-Angebote (18 Prozent bei 18- bis 29-Jährigen, insgesamt 8 Prozent).

Bessere Vernetzung

„Neben dem erfreulichen Fahrgastwachstum im öffentlichen Verkehr der vergangenen Jahre ist ein klarer Trend zur verkehrsträgerübergreifenden Nutzung von Mobilitätsangeboten festzustellen, besonders bei jungen Menschen“, hob Ulrich Homburg, Vorstand Personenverkehr der Deutschen Bahn, hervor. „Für den öffentlichen Verkehr erwächst daraus die Aufgabe, die Angebote noch besser miteinander zu vernetzen. Der Zugang zum System Bahn und Bus muss - unabhängig von Ort und Zeit - schnell und einfach möglich sein.“

Zwei Drittel aller Nutzer öffentlicher Verkehrsmittel informieren sich laut der Umfrage über das Internet oder mobile Apps zu Angeboten und Preisen. „Je nach persönlicher Präferenz - ob schnell, kostengünstig oder umweltschonend - sollten Informationen und Buchungsmöglichkeiten für geschlossene Reiseketten von Tür zu Tür überall und jederzeit verfügbar sein“, so Homburg weiter. Dazu seien die DB und die öffentlichen Verkehrsunternehmen bereits in konstruktiven Gesprächen zur Weiterentwicklung und gemeinsamen Nutzung einer Mobilitätsplattform, die alle Verkehrsträger vom Flugzeug über das Auto, die Bahn und den Bus bis zum Mietfahrrad umfassen wird. **DK**

Resolution gegen Verwahrlosung der Bahnhöfe

Allgäuer Politiker kritisieren Ist-Zustand

Wegen der Verwahrlosung der Bahnhöfe in den Allgäuer Tourismusorten haben Bürgermeister der Region und der Tourismusverband Allgäu/Bayerisch-Schwaben eine Resolution an Innenminister Joachim Hermann verfasst.

Einig waren sich alle Rathauschefs in ihrer Forderung, künftig besser und früher in die Planungen der DB bezüglich der Bahnhofsentwicklung in den Allgäuer Tourismusorten einbezogen zu werden. Es könne nicht sein, erklärte Erste Bürgermeisterin Michaela Waldmann aus Pfonten, „dass unser Bahnhof verkauft wird und der neue Besitzer - eine Investorengruppe aus Luxemburg - noch nicht einmal einen Ansprechpartner nennen kann“.

Die Resolution umfasst folgende Punkte:

1. Das Allgäu darf bei der Entwicklung der Bahnhöfe nicht abgehängt werden. Ein Blick auf die Investitionen der DB Station&Service AG der vergangenen Jahre zeigt jedoch diese Entwicklung, da in den letzten Jahren überwiegend in die hochfrequentierten Bahnhöfe mit vielen Fahrgästen investiert wurde.
2. Die Finanzmittel für den Erhalt und die Modernisierung der Bestandsinfrastruktur sind im europaweiten Vergleich in Deutschland am geringsten. Hier muss der Bund seine Mittel deutlich erhöhen und der Freistaat Bayern seine Anstrengungen verstärken.
3. Bahnhöfe und Haltepunkte sind „Visitenkarten“ der Tourismusorte

und oftmals der erste Eindruck der Gäste. Daher sind insbesondere Bahnhöfe und Bahnsteige sowie Zugänge in den Allgäuer Tourismusorten bei der Generalsanierung verstärkt zu berücksichtigen.

4. Dringender Ausbau von Bahnknoten und Bahnstandorten in Richtung Barrierefreiheit. Neben den reinen Tourismusstandorten, Kur- und Bäderstandorten müssen für eine durchgehende barrierefreie Erschließung auch die Knotenbahnhöfe in der Region ertüchtigt werden. Gerade in Zeiten einer zunehmend älter werdenden Bevölkerung wird im Allgäu ein enormer Nachholbedarf gesehen.
5. Der Ausbaustandard von Bahnknoten und Haltepunkten muss im Einklang und in Absprache mit den betroffenen Gemeinden und Städten erfolgen.
6. Die komplexen Regelwerke zum Bau erhöhen die Baukosten und verlangsamen die Realisierungszeit. Hier sollte dringend eine Anpassung auf das wirklich Notwendige erfolgen.
7. Bei einer soliden Grundfinanzierung durch Bund und Freistaat sind die Kommunen bereit, sich entsprechend in die Entwicklung des Bahnhofsumfeldes einzubringen, damit ein attraktives Gesamtbild entsteht. **DK**

6. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz:

Neue Wege bei der Mobilität

Hochkarätige Referenten konnten einmal mehr für die 6. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz gewonnen werden. Neben Prof. Dr. Claudia Kemfert vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, die eingangs einen Überblick über die „wirtschaftlichen Chancen einer klugen Energiewende“ gab, hieß Oberbürgermeister Thomas Thumann u. a. Dr. Weert Canzler vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung mit seinem Vortrag zum Thema „Keine Energiewende ohne Verkehrswende“, den Präsidenten der Technischen Hochschule Deggendorf Prof. Dr. Peter Sperber, der das Projekt E-Wald Carsharing vorstellte und Dr. Peter Brandauer, den Bürgermeister der Modellgemeinde für „sanfte Mobilität“ Werfenweng im Salzburger Land, willkommen.

Rund 100 Interessierte aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft nahmen an der Konferenz teil. Das Thema „Impulse für den Klimaschutz durch neue Wege bei der Mobilität“ wurde durch Hintergrundinformationen, Zahlen und Fakten sowie Praxisbeispiele anschaulich präsentiert.

Dr. Weert Canzler vom Wissenschaftszentrum Berlin wies in seinem Vortrag darauf hin, dass postfossile Mobilität mehr bedeutet als einen Wechsel der Antriebstechniken. Ein solcher Paradigmenwechsel hiefie für die Nutzer „access statt ownership“ und für die Autoindustrie „vom Produzenten zum Dienstleister“. Zukunftsentscheidend sind Canzler zufolge technische Sprünge wie „Speicher und smart grids“ plus soziale Adaption – Stichwort: „Routinefähigkeit und Prestige“.

Über die kombinierte geschäftliche und private Nutzung von Elektrofahrzeugen in der Region Nürnberg (e-NUE) referierten Petr Izakovic und Katja Giss, Audi AG. Ziel des Schaufensterprojekts Nürnberg ist nach ihren Worten die Gewinnung von Daten durch Betrieb, Nutzung und Betreuung von Elektrofahrzeugen speziell im Pendlere- und dienstlichen Betrieb. Der aktuelle Zwischenstand des Projekts (Stand Juni 2014): Bisher wurden ca. 56.000 Kilometer gefahren. Die Probanden verwiesen darauf, dass die Höhe der Reichweite ein wichtiges Thema darstellt und sie bereit wären, zugunsten der Reichweite auf einzelne Extras wie z. B. Sitzheizung zu verzichten. Die Teilnehmer wagen sich

darüber hinaus mit zunehmender Selbstverständlichkeit auch an weitere Strecken. Sehr positiv waren zudem die Reaktionen von Passanten auf den A1 e-tron.

Alpine Pearls steht für sanftmobilen Urlaub in 29 handverlesenen Alpenorten Europas. Eine dieser Perlen ist das österreichische Werfenweng, das sich den hohen Qualitätsanforderungen der Alpine Pearls verpflichtet hat, berichtete Dr. Peter Brandauer, Bürgermeister von Werfenweng und Präsident Alpine Pearls.

Alpine Pearls

Alpine Pearls bietet eine Mobilitätsgarantie sowohl für die An- und Abreise als auch vor Ort. Neben dem öffentlichen Nahverkehr sorgen Shuttle-Taxis, Elektroautos und -fahrräder oder Pferdekutschen für umfassende Bewegungsfreiheit. Zudem bieten die Perlen sanft-mobile Pauschalen und Zusatzleistungen wie Verbundkarten für den Nahverkehr („Mobilcard“).

Die Perlen arbeiten alpenweit unter einem einheitlichen Kriterienkatalog zusammen – für umweltfreundlichen Tourismus auf höchstem Qualitätsniveau. Attraktive Angebote rund um Spaß- und Freizeitmobilität erwarten die Gäste: Wandern, Nordic Walken, E-Biken, Segway fahren, Mountainbiken, Langlaufen, Schneeschuhwandern, Lama-Trekking und vieles mehr. Kontinuierlich werden neue Bereiche geschaffen, in denen sich Fußgänger wohlfühlen – frei von Verkehr, Abgasen und Lärm in Parkanla-

VKU-Hintergrundpapier:

Thermische Verwertung von Siedlungsabfällen

Im Jahr 2010 sind in Deutschland etwa 50 Millionen Tonnen Siedlungsabfälle angefallen, von denen etwa 31 Millionen Tonnen dem Recycling zugeführt wurden (63 Prozent), davon 25 Millionen Tonnen als getrennt gesammelte Fraktionen wie Bioabfall, Altglas, Altpapier und Leichtverpackungen. Die Kommunen sind für die Sammlung und Entsorgung aller mengenmäßig großen Siedlungsabfallarten zuständig außer Altglas und Leichtverpackungen – im Jahr 2012 von etwa 37 Millionen Tonnen. Wie einem Hintergrundpapier des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) zu entnehmen ist, waren nahezu 21 Millionen Tonnen davon Hausmüll, Sperrmüll und hausmüllähnliche Gewerbeabfälle.

In den nicht getrennt erfassten Siedlungsabfällen gibt es noch ein gewisses Potenzial an Stoffen, die für ein hochwertiges Recycling geeignet wären. Deshalb verbessern die kommunalen Unternehmen kontinuierlich ihre Erfassungssysteme, um die Wertstoffmenge weiter zu steigern. Das mittelfristig realistische Wertstoffpotenzial im Restabfall wird vom VKU in seiner Recyclingstrategie auf circa 60 Kilogramm pro Einwohner und Jahr oder insgesamt 4,8 Millionen Tonnen pro Jahr an Wertstoffen geschätzt; das entspricht etwa einem Viertel der derzeitigen Restabfälle.

Aber nicht alle Abfälle können recycelt werden, schon gar nicht unter Nachhaltigkeitsaspekten hochwertig. Insbesondere die Verwertung zum Beispiel von Gemischen, Verpackungen aus Kunststoffen und Verbunden ist nur zum Teil stofflich möglich. Und bei Aufbereitungs- und Recyclingprozessen entstehen wiederum Abfälle, wenn Störstoffe und Materialien minderer Qualität ausgeschleust werden. Abfälle, die energiehaltig sind und nicht hochwertig recycelt werden können, dürfen aber auch nicht deponiert werden. Zu depo-

nieren sind nur die nicht verwertbaren mineralischen und bestimmte gefährliche Abfälle. Dies entspricht der Hierarchie der Abfallbewirtschaftungsmaßnahmen der EU.

2 bis 4 Prozent der in die Müllheizkraftwerke gelangenden Siedlungsabfälle sind Metalle, die mit einem Abscheidegrad von etwa 90 Prozent nach der Verbrennung aus der Schlacke zurückgewonnen werden können. Dieses Potenzial an Metallen steht in „thermisch gereinigter“ Form für eine Sekundärverhüttung zur Verfügung und vermeidet damit die entsprechenden Menge an Primärgewinnung. Auch aus komplexen Verbunden werden die Metalle dabei freigesetzt. Die mineralische Fraktion der Schlacke kann zum Beispiel im Deponie- oder Straßenbau als Baustoff verwertet werden.

In beiderlei Hinsicht, bei Restabfällen und Sortierresten u. ä., gewährleistet die Abfallverbrennung zugleich die Entsorgungssicherheit und die maximale Verwertung. Die gesetzlich und politisch geforderten Gesamtverwertungsquoten können nur im Zusammenspiel von stofflichem Recycling und energetischer Nutzung erreicht werden. Eine auf-

Ressourcenschutz ausgerichtete Kreislaufwirtschaft braucht deshalb die thermische Entsorgung, und es macht laut VKU Sinn, heizwertreiche Abfälle zu verbrennen und aus ihnen Energie zurückzugewinnen. Nur so kann der größtmögliche Nutzen aus der Abfallbewirtschaftung erzielt werden. „Die thermische Behandlung von Siedlungsabfällen ist daher nicht Konkurrenz zum Recycling, sondern dessen abfallwirtschaftliche Ergänzung.“

Schadstoffsenske

Die Abfallverbrennung ist in der Siedlungsabfallwirtschaft die einzige Technologie zur tatsächlichen Zerstörung von Schadstoffen und zur Ausschleusung der nicht zerstörbaren umweltschädlichen Schwer- und Nichteisenmetalle und somit die einzige umfassende Schadstoffsenske. In der aufwändigen Rauchgasreinigung, deren Errichtung bis zu zwei Drittel der Investitionen einer solchen Anlage verursacht, werden Staub und gasförmige Schadstoffe weitestgehend aus dem Abgas herausgefiltert.

Die Bedeutung der thermischen Abfallverwertung als Schadstoffsenske kann nach Ansicht des VKU nicht hoch genug geschätzt werden. Bevölkerung, Kommunen und Gesetzgeber stellen höchste Anforderungen an die Anlagen, und die deutschen Immissionsgrenzwerte sind EU-weit die strengsten. Deshalb ist die deutsche Abfallverbrennung auf einem äußerst hohen Umweltschutzniveau und neben dem Recycling getrennt gesam-

meler Abfälle und der Deponierung eine der drei Grundsäulen der Abfallwirtschaft, für die auch langfristig Bedarf besteht.

Im Jahr 2013 stellte die Verbrennung von Siedlungsabfällen weniger als 1 Prozent der deutschen Stromproduktion bereit. Damit ist die Produktion von Strom aus Abfällen im energiewirtschaftlichen Gesamtzusammenhang von untergeordneter Bedeutung. Viel wichtiger ist der Beitrag der Produktion von Fernwärme und –kälte aus Abfällen. Die Müllheizkraftwerke haben eine wichtige Rolle als Grundlastversorger für die städtischen Fernwärmenetze und in manchen Fällen als Lieferanten von Prozessdampf für große Industrieunternehmen. Die Siedlungsabfallverbrennungsanlagen sind deshalb fester Bestandteil der jeweiligen regionalen Energieversorgung. Im Jahr 2009 lieferten die 70 deutschen Müllheizkraftwerke mit 14 Terrawattstunden Wärme und Kälte sowie 6 Terrawattstunden Strom so viel Energie, um über 3 Millionen Menschen mit Strom und 2 Millionen Menschen mit Raumwärme zu versorgen.

Die Abfallverbrennung leistet einen doppelten Beitrag zum Klimaschutz: Zum einen wurde – um die Atmosphäre vor Methanemissionen zu schützen – 2005 die Deponierung unvorbehandelter Siedlungsabfälle in Deutschland beendet, zum anderen wurden über die Bereitstellung von Energie und Sekundärrohstoffen durch Müllheizkraftwerke klimaschädliche CO₂-Emissionen vermieden. Setzt man den über die thermische Behandlung von Siedlungsabfällen gewonnenen Energien und den über die Aufbereitung der Schlacken gewonnenen Metallschrotten die Emissionen an Treibhausgasen entgegen, die ansonsten bei der Produktion dieser Mengen an Strom, Wärme und Metallen aus

Primärressourcen angefallen wären (Gutschriftmethode), so zeigt sich für das Jahr 2009 die Vermeidung von fast 4 Millionen Tonnen klimaschädlicher CO₂-Emissionen. Das entspricht den Emissionen von mehr als 1,5 Millionen Deutschen mit Wohnen, Heizen, Autofahren usw. Rund die Hälfte der über den Abfall eingebrachten Energie stammt dabei aus dessen biologischen Anteilen. Die daraus gewonnenen Strom und Wärme sind als erneuerbare Energien aus Biomasse anerkannt. Regional sind viele MKHs die größten Produzenten von Ökostrom und Ökowärme.

Schrumpfender Markt

Laut VKU ist wegen der Zunahme der Getrenntsammlung von Abfällen für das Recycling, der Abfallvermeidung und Wiederverwendung sowie der demographischen Entwicklung von einem stetig verminderten Mengenaufkommen für die Abfallverbrennung, also von einem „schrumpfenden Markt“ auszugehen. Die Geschwindigkeit dieser Entwicklung kann nicht genau bestimmt werden. Dennoch wird die thermische Verwertung von Siedlungsabfällen auch zukünftig eine der Säulen der Abfallwirtschaft bleiben. Sie gewährleistet im Auftrag der Kommunen die Entsorgungssicherheit für brennbare Abfälle aus Haushalten und Gewerbe unabhängig von kurzfristigen Entwicklungen.

In Bezug auf die Verbrennungskapazitäten ist in den vergangenen Jahren in Deutschland erheblich modernisiert, neugebaut und neu bewirtschaftet worden, so dass derzeit in der Summe aller thermischen Verwertungswege eine gewisse Überversorgung mit Kapazitäten besteht.

In vielen EU-Mitgliedstaaten fin-

det nach wie vor in unterschiedlichem Ausmaß die klimaschädliche Deponierung hochwertiger recycelbarer sowie energiehaltiger Abfälle statt; zugleich fehlen ökonomische Aufbereitungs-, Recycling und Verbrennungsanlagen. Als Überbrückungsmechanismus bietet es sich deshalb an, diese Mitgliedstaaten mit der energetischen Verwertung eines Teils ihrer dafür geeigneten Abfälle zu unterstützen, bis sie die benötigten Anlagen aufgebaut haben. „Dies kann jedoch tatsächlich nur eine Übergangslösung sein: Das Nähe- und Autarkieprinzip muss langfristig gewahrt sein“, betont der VKU.

Strom, Fernwärme, Kälte und Prozessdampf aus der thermischen Abfallverwertung ersetzen Energie aus fossilen Brennstoffen und sind praktizierter Klimaschutz und Teil der Energiewende. Die Bedeutung der Müllheizkraftwerke wird noch größer werden, in erster Linie als Lieferanten langfristig sicherer, ökologisch vorteilhafter und preiswerter Fernwärme und Fernkälte: Einerseits wenn aufgrund des Klimaschutzes nach und nach immer mehr fossil befeuerte Kraftwerke stillgelegt werden, die heute neben Strom auch Fernwärme liefern, und andererseits, wenn mit dem Fortschreiten des Klimawandels der Kältebedarf ansteigt.

Damit die Energiebereitstellung wirkungsvoll weiter gesteigert werden kann, ist nach Auffassung des VKU vor allem eine gezielte Förderung des Fernwärmenetzausbaus notwendig. Das würde eine weitere Steigerung der Energieeffizienz und damit praktizierten Klimaschutz ermöglichen. Eine Möglichkeit dafür sei der Erlass von Fernwärmeversorgungssatzungen mit Anschluss- und Benutzungsrecht verpflichtend verankert werden sollte. **DK**

Positionspapier:

Stärkung der Kreislaufwirtschaft in der bayerischen Bauwirtschaft

Ein Umdenken beim Umgang mit mineralischen Bauabfällen und Bodenaushub fordern die in der Aktion Kreislaufwirtschaft Bauwirtschaft Bayern zusammengeschlossenen bayerischen Bau-, Baustoff-, Baustoffrecycling- und Garten- sowie Landschaftsbauverbände. Wie sie in ihrem Positionspapier „Stärkung der Kreislaufwirtschaft in der bayerischen Bauwirtschaft: Praxisgerechte Regelungen zu Recycling, Verfüllung und Deponierung von Bauabfällen“ darlegen, seien die mit derzeit über 90 % hohen Verwertungsquoten für Bodenaushub, Bauschutt und Straßenaufbruch in Gefahr.

„Hier sehen wir mit großer Sorge die auch in Bayern bereits heute vorliegenden Engpässe bei der Ablagerung mineralischer Bauabfälle aufgrund teilweise nahezu erschöpfter regionaler Verfüllungs- und Deponiekapazitäten. Die Folge sind lange Transportwege, die neben hohen Kosten auch direkte Auswirkungen auf die Umwelt haben (CO₂-Emissionen, Ressourcenverbrauch)“, heißt es in der Vorlage.

Die Steigerung der Deponie- und Verfüllungsgebühren, regional von bis zu über 300 % innerhalb von fünf Jahren, sei Ausdruck der akuten Verknappung der Kapazitäten. Das Bayerische Baugewerbe habe Anfang April 2014 unter seinen Mitgliedsbetrieben eine Umfrage zur Kostenentwicklung bei der Entsorgung von Bau- und Abbruchabfällen durchgeführt, an der sich über 180 Unternehmen beteiligt haben. Aus den Ergebnissen der Umfrage gehe hervor, dass sich in den vergangenen 5 Jahren bei allen Abfallarten die Entsorgungskosten deutlich erhöht haben. Dabei liegen die Kostensteigerungen zwischen durchschnittlich 38 % bei Bauschutt und bis zu 900 % bei belasteten Böden und Steinen größerer Kategorie Z2. Auch die durchschnittlichen Transportentfernungen zur Deponie bzw. Verfüllungsgrube hätten sich deutlich vergrößert.

Kaum eine Branche sei so von den regulatorischen Rahmenbe-

dingungen abhängig wie die Bauwirtschaft, heißt es weiter. „Nur wenn die Rahmenbedingungen stimmen, wird in ausreichendem Maße investiert und kann gebaut werden.“ Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht u. a. in einer hohen Wohn- und Lebensqualität der Menschen in Deutschland ein wichtiges Ziel. Dem weiter wachsenden Wohnungsbedarf in den Ballungszentren und vielen Groß- und Hochschulstädten, dem notwendigen energetischen Umbau sowie den demografischen und sozialen Herausforderungen müsse entsprochen werden.

Auch sollten große öffentliche Bauvorhaben in punkto Baukosten und Termintreue wieder verlässlicher werden. Um dies zu gewährleisten, müssten jedoch auch Faktoren, die das Bauen verteuern, eindeutig benannt werden. Die stark steigenden Kosten für die Entsorgung von Bauabfällen und Bodenaushub im Rahmen von Baumaßnahmen würden leider häufig nicht ausreichend bei den Baukosten berücksichtigt.

Gelinge es nicht, die Engpässe beim Recycling, bei der Verfüllung und bei der Beseitigung mineralischer Bauabfälle zu beheben und die von der Bundesregierung im Rahmen der Einführung der sog. Mantel-Verordnung geplanten neuen noch niedrigeren Grenzwerte für die Klassifizierung von Bodenmaterial zu verhindern, „so wird dies unabdingbar zu einer

weiteren drastischen Verteuerung von Baumaßnahmen im Hoch-, Tief- und Landschaftsbau führen, die letztlich alle privaten und öffentlichen Bauherren tragen müssen“, warnen die Verbände.

Wenn die Landespolitik nichts unternimmt, werden sich Bauvorhaben künftig zudem deutlich verzögern, Halden werden größer, der CO₂-Ausstoß durch weitere Abfalltransporte wird steigen und der Verfüllungs- und Deponieraum wird nicht mehr ausreichen.

Um die bestehenden Probleme zu lösen, werden in dem gemeinsamen Papier zunächst die umfassende systematische Untersuchung zur Bedarfsanalyse, die Bereitstellung von Entsorgungskapazitäten sowie die Verbesserung und Vereinheitlichung der Prüfverfahren für mineralische Abfälle, insbesondere Bodenmaterial, vorgeschlagen. Zudem wird eine Stärkung der abfallrechtlichen Verantwortung von Bauherren und Planern gefordert. Dies sollte geschehen durch die Beachtung der Hinweise für das Aufstellen von Leistungsbeschreibungen in der VOB Teil C, durch Ergänzungen in der Baugenehmigung sowie den selektiven Rückbau als Standard.

Im Fokus stehen auch die Verbesserung der Verwertungsmöglichkeiten für nicht oder gering belastete Böden sowie eine stärkere Akzeptanz und Förderung des Einsatzes von Recyclingbaustoffen und abgereinigten Böden. Mit Blick auf die Bundesebene plädieren die Verbände für praxisgerechte Verordnungen, denn unterschiedliche Länderregelungen sind ihrer Auffassung nach zu kompliziert, behindern die Bauwirtschaft und fördern den Abfalltourismus mineralischer Bauabfälle. **DK**



AKDB
Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.

Michael Diepold,
Leiter des Geschäftsfelds
eGovernment der AKDB

Dabei sein!

AKDB
Kommunalforum



Digitale Verwaltung –
innovativ und bürgernah

03.11.2014 · München · MVG-Museum

Echtes eGovernment beginnt mit dem Bürgerservice-Portal der AKDB

Das Bürgerservice-Portal ist die eGovernment-Plattform für ganzheitliche, bis in die Fachverfahren integrierte Online-Verwaltungsdienstleistungen. Mit Bürgerkonto, Postkorb und ePayment bietet es die derzeit beste Umsetzung sicherer und medienbruchfreier Online-Angebote – zum Beispiel aus dem Melde-, Personenstands- und Kfz-Zulassungswesen. Das bedeutet mehr Komfort für den Bürger und gleichzeitig weniger Aufwand für die Verwaltung.

Sprechen Sie mit uns und unseren Partnern.
www.akdb.de

OK EGOV

Software, die dem Menschen dient!

GaLaBau vom 17.–20. September im Messezentrum Nürnberg:

Praxisforum zieht Landschaftsarchitekten und Planer nach Nürnberg

Planung und Wissen kompakt / Spielplatzvorträge und Ausstellerpräsentationen

Landschaftsarchitekten und Fachplaner, die auf der Suche nach praxisrelevanten Informationen und Best-Practice-Beispielen für ihre tägliche Arbeit im Büro und auf der Baustelle sind, dürfen die GaLaBau vom 17.–20. September 2014 im Messezentrum Nürnberg nicht verpassen. Hier feiert das dreitägige GaLaBau Praxisforum „Planung und Wissen kompakt“ Premiere. Innovativ gestaltet und eingebettet ins Messegeschehen bietet es vom 17. bis 19. September ein optimales Forum für den Austausch über wichtige Branchenthemen.

Am ersten und dritten Tag halten renommierte Landschaftsarchitekten und Mitarbeiter von Forschungsinstituten Kurzvorträge und regen zur Diskussion an. Am zweiten Tag erwarten die Zuhörer Vorträge rund um das Thema Spielplatz sowie Präsentationen von GaLaBau-Ausstellern. Der Besuch des GaLaBau Praxisforums ist kostenlos.

Außenflächen nachhaltig planen und bauen

Dank seines durchdachten Konzepts lässt sich der Besuch des Forums in Halle 1 ideal mit einem Rundgang über die GaLaBau verbinden: Am ersten und dritten Tag wiederholen sich die Vorträge jeweils vormittags und nachmittags. So sind interessierte Besucher zeitlich flexibler und verpassen nichts. Thematisch

widmet sich das Forum am Messe-Mittwoch, 17. September, der fachgerechten Planung sowie dem Bau von Außenflächen. Bei Vorträgen über barrierefreie und gebundene Bauweise, den Einsatz von Ortbeton oder die richtige Planung von Fassadenschlüssen erhalten Landschaftsarchitekten und Planer praxisnahe Input für ihre tägliche Arbeit.

Spielplätze und Freizeitanlagen

Am dritten Messetag, 19. September, rückt das Forum die nachhaltige Planung in den Fokus. Ingenieure und Landschaftsarchitekten sprechen dann über Themen wie Regenwassermanagement oder die Optimierung der Bewirtschaftung von Grünanlagen mithilfe spezieller Software. Neu in diesem Jahr: Die Vorträge

des BSFH (Bundesverband für Spielplatzgeräte und Freizeitanlagen-Hersteller) zu den Themenschwerpunkten Kleinkinderspielplätze, Schulhofgestaltung, Bewegungsparcours sowie Spielplatzsicherheit werden in das GaLaBau Praxisforum integriert, und zwar am Vormittag des Messe-Donnerstags, 18. September. Planer, die Bewegungsareale in Krippen, Tagesstätten und Kindergärten gestalten, kommen thematisch voll auf ihre Kosten. Im Fokus stehen in diesem Jahr Kleinkinderspielplätze und die Frage, wie Spielstätten für Kinder unter drei Jahren gestaltet sein müssen, um dieser sensiblen Zielgruppe gerecht zu werden. Am Nachmittag haben dann GaLaBau-Aussteller das Wort. In 20-minütigen Vorträgen stellen sie Best-Practice-Beispiele vor und präsentieren innovative Produkte und Arbeitsmethoden.

Informationen

Mehr Informationen zum neuen GaLaBau Praxisforum „Planung und Wissen kompakt“ im Internet unter www.galabau-messe.com/praxisforum.



Varia-Image ist besonders beliebt auf Spielplätzen.

Gebündelte Kompetenz aus einem Guss

Nusser Stadtmöbel übernimmt die Mosbacher Firma ODM

Es ist ein Schritt, der beide Unternehmen noch weiter voranbringt. Das Jahr 2014 markiert so gleich zu Beginn ein wichtiges Datum: Die familiengeführte Winnender Firmengruppe Nusser Stadtmöbel erweitert ihr Portfolio durch die Übernahme der Firma ODM aus Mosbach, selbst spezialisiert auf die Objektmöblierung im öffentlichen Raum. Beide Unternehmen stehen für preisgekrönte Ideen und hochwertige Wertstoffverarbeitung – gebündelte Kompetenz für die Zukunft.

Es ist schon eine beachtliche Erfolgsstory, die das Unternehmen Nusser seit über 70 Jahren schreibt. Alles begann 1933 mit einem kleinen Zimmereibetrieb von Wilhelm Nusser in Stuttgart-Bad Cannstatt. Nur sechs Jahre später stellte der Firmengründer jedoch bereits die ersten Gartenbänke her.

Es folgte wenig später der Umzug nach Winnenden, dem Stammsitz der heutigen Unternehmensgruppe, die über viele Jahre – stets in Familienhand – zu einem der führenden Anbieter hierzulande für Möbel und Ausstattungsgegenstände im öffentlichen Raum avancierte – unter anderem durch die erfolgreiche Eingliederung der beiden Firmen Penny und Beck GmbH & Co. KG in die Unternehmensgruppe. Dieser Winnender Erfolg hat viele Gesichter, nicht nur die aus Firmentradition handwerklich geprägte und nachhaltig ausgerichtete Produktion. „Nusser Stadtmöbel“ steht kaum minder für mit Design Awards gekrönte Produktideen und ein ebenfalls bereits ausgezeichnetes Engagement für die Senioren mit eigenen Bankreihen und Lehnhilfen für sie. Dieser Erfolg findet nun seine gut bedachte Fortsetzung mit der Übernahme der Mosbacher Firma ODM.

Spezialist für widerstandsfähige Außenmöbel

ODM aus Mosbach: Der Spezialist für widerstandsfähige Außenmöbel. Denn die Firma „Objekt-design Mosbach“ (ODM) ist 2010 aus dem Stadt- und Gartenmöbelhersteller, der Firma MWH Helmstadt, hervorgegangen. Diese gehörte zur Firmengruppe Heinz Kettler. ODM machte sich dabei einen Namen als Spezialist in der Entwicklung und Herstellung von besonders wetterfesten Möbeln – vor allem aus Edelstahl – für den öffentlichen Raum. Die Bandbreite der ODM-Produkte reicht von Einzelmöbeln, Liegen, Rankgerüsten und Abfallbehältern über eigene Banksysteme, Fahrradparker, Pöller und Leitsysteme. Etliche ODM-Edelstahlbänke wurden in der Vergangenheit mit Design-Preisen ausgezeichnet. Dank der Firmengeschichte bringt ODM somit jede Menge eigenes Know-how in die neue Verbindung ein, sowohl über den Einsatz und die Verarbeitung hochwertiger Werkstoffe wie auch zur optimalen Be-

handlung von Oberflächen für Außenmöbel von hoher Witterungsbeständigkeit und Widerstandskraft.

Neue Unternehmensstärke aus einer Hand und einem Guss

Die 2012 aus den Unternehmen Nusser und Beck neu geformte Firmengruppe mit dem



Tulip-Image heißt die multifunktionale Bank, die individuell angepasst werden kann.

Frei programmierbares Radarsensorsystem:

Abstandssensorik für raue Umgebungen

Nutzfahrzeugsensoren mit 20 Meter Reichweite
Temperatur-, schmutz- und wasserunempfindliches Gehäuse

Im Automotive-Bereich werden seit Jahren zur Erhöhung der Fahrsicherheit Abstandssensoren auf Ultraschallbasis eingesetzt. Auf Nutzfahrzeugen wie Radladern, Flurförderzeugen oder Zweibeinern, die beim Rangieren besonders auf Antikollisionssysteme angewiesen sind, lassen sich diese jedoch wegen ihrer zu geringen Reichweite und Erfassungsbreite nicht verwenden.

Zudem würde die hohe Empfindlichkeit gegenüber Verschmutzungen und Temperaturschwankungen häufig zu Fehlern und Störungen führen. Eigens für diesen Bereich hat die Ried System Electronic GmbH daher das erste Abstandssensorik-System auf Radarbasis entwickelt, das über eine Reichweite von bis zu 20 m verfügt und frei programmierbar ist.

Ergänzung zu Kamera-Monitor-Systemen

Der Sensor hat eine Reaktionszeit von lediglich einer halben Sekunde, das System ist dadurch besonders sicher und eignet sich auch zur Ergänzung von Kamera-Monitor-Systemen. Das Gehäuse entspricht der Schutzart IP 69 K, ist somit schmutz- sowie wasserunempfindlich und hält ohne Probleme Temperaturen zwischen -40 und +85 °C stand. Darüber hinaus ist die modulare ControLaser-Serie 6000 CAN-Bus-fähig. Bis zu acht Sensoren können einfach an eine Rundumleitung im Fahrzeug geklemmt werden, was die Montage deutlich vereinfacht.

Erdgeschichte spannend und informativ

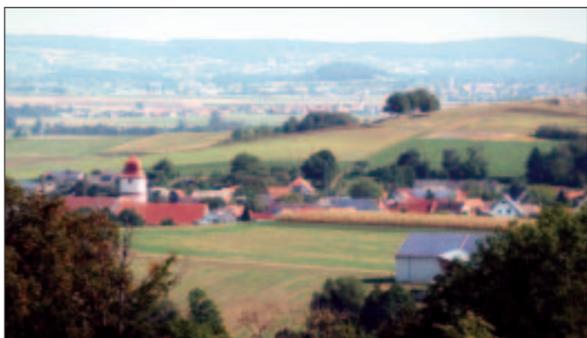
„Tag des Geotops“: Führungen durch Erlebnis-Geotope des Geoparks Ries

Donauwörth (pm). Der Geopark Ries hat in den vergangenen zwei Jahren sechs Erlebnis-Geotope für die Öffentlichkeit ausgebaut. Was also liegt näher, als beim bundesweiten „Tag des Geotops“ das Augenmerk auf genau diese Geotope zu legen: Am 20., 21. und 27. September bieten Geopark Ries-FührerInnen die Möglichkeit, dort Erdgeschichte live zu erleben.

Geotope sind erdgeschichtliche Bildungen der unbelebten Natur, die Erkenntnisse über die Entwicklung der Erde und des Lebens vermitteln. Doch Geotope sind nicht nur Naturdenkmale oder Forschungsobjekte, sondern oft auch Kulturgüter, die es zu schützen und zu erhalten gilt. Nicht selten ranken sich um außergewöhnliche Gesteinsbildungen Sagen, Legenden oder Mythen, z.B. „Druidenstein“, „Jungbrunnen“ oder „Teufelshöhle“. Mit dem „Tag des Geotops“ soll das Augenmerk auf den Wert der Geotope als unersetzliche Archive der Erdgeschichte gelegt werden und damit dazu beitragen, dass auch mit der unbelebten Natur sorgsamer umgegangen wird. Deutschlandweit werden dabei wieder rund 300 Exkursionen und Besichtigungen angeboten.

Informative Wanderungen und atemberaubende Aussichten

Auch der Geopark Ries beteiligt sich am „Tag des Geotops“ und bietet fünf Führungen an, die von zertifizierten Geopark Ries-FührerInnen geleitet werden. Am Samstag, 20. September, haben Interessierte die Möglichkeit, das Geotop Glaubenberg mit Geopark-Führerin Eva Wenninger



Blick vom Erlebnis-Geotop Lindle über Herkheim ins Ries. Beim „Tag des Geotops“ können Besucher noch mehr tolle Ausblicke ins Ries kennenlernen. Bild: E. Hopf

Treffpunkt ist um 14 Uhr die Almarinstraße in Mönchsdeggingen, Ende ist gegen 16 Uhr.

Weitere Führungen

Die Teilnehmer der zweiten Führung besuchen zusammen mit der Geopark Ries-Führerin Kathrin Schön einen der interessantesten und buntesten Aufschlüsse des Geoparks Ries: die Schottergrube am Limberg bei Unterwilflingen. Von der gewaltigen Kristallinscholle des Leh- und Limbergs sowie vom Wallersteiner Felsen aus lassen sich große Teile des Rieses überblicken und die Prozesse des Riesereignisses nachvollziehen. Die Führung beginnt um 10 Uhr und dauert circa zwei Stunden, Start und Ziel ist die Parkbucht oberhalb der Schottergrube am Limberg bei Unterwilflingen.

Eine Woche später, am 27. September, besteht dann noch die Möglichkeit, mit Geopark-Führerin Carolin Schober-Mittring die Geotope am Klosterberg in Maihingen kennen zu lernen. Nach einer kleinen Wanderung durch das malerische Mauchtal bietet sich ein Einblick in den tiefen Gesteinsuntergrund des Rieses. Treffpunkt für die rund zweistündige Führung ist um 14 Uhr der Kellerplatz beim Kloster Maihingen.

Wichtige Informationen

Die Führungen kosten für Erwachsene jeweils 5 €, für Schüler und Auszubildende 2,50 €, Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre sind frei. Für die Radexkursion zahlen Erwachsene 10 €, für Schüler und Auszubildende 5 €, Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre sind ebenfalls frei.

Ein Flyer mit den wichtigsten Informationen rund um die angebotenen Geopark Ries-Führungen und zum „Tag des Geotops“ liegt bei allen Tourismus-Informationen im Landkreis Donau-Ries sowie den Infozentren und Infostellen des Geoparks Ries aus. Weitere Informationen erhalten sie zudem im Internet unter www.geopark-ries.de, www.tag-des-geotops.de und www.lfu.bayern.de.

Stärker denn je: Holder auf der GaLaBau

Hervorragende Unternehmensentwicklung

Die Max Holder GmbH sieht sich bestens für die diesjährige GaLaBau in Nürnberg gerüstet. Am Stand 107 in Halle 9 und auf dem Freigelände Pf 10, Stand 2012, werden Besucher vom 17. bis 20. 09. 2014 das komplette Holder Produktprogramm von 27 bis 92 PS erleben können, darunter als Premiere den neuen Holder B 250.

Er ist ein weiterer Beleg der hervorragenden Gesamtsituation beim Pionier der Knicklenkung: Das Unternehmen aus dem schwäbischen Metzgingen hat sich seit dem Neustart 2008 durchweg positiv entwickelt und ist seit mittlerweile zwei Jahren nach dem Turnaround in den schwarzen Zahlen. Das 125-jährige Firmenjubiläum in 2013 war der Höhepunkt eines sehr erfolgreichen Geschäftsjahres mit 778 verkauften und 605 ausgelieferten Fahrzeugen und einem Gesamtumsatz von 41 Mio. Euro. 220 Mitarbeiter sind in der Holder Unternehmensgruppe mittlerweile weltweit beschäftigt, Tendenz steigend. In allen Unternehmensbereichen sind deutliche Verbesserungen erkennbar.

Expansion in Vertrieb, Service und Support

Vertriebsseitig wird Holder den Fokus in Zukunft verstärkt auf den Ausbau der Strukturen und die weitere internationale Expansion legen. Mit den qualitativ und quantitativ sehr gut besetzten Hauptmärkten in Deutschland und Europa besteht hierfür eine solide Basis. Im Mittelpunkt der weiteren Internationalisierung stehen zwei Regionen: zum einen Nordamerika mit den USA und Kanada, wo seit Gründung der Tochtergesellschaft Holder Tractors Inc. (HTI) der Grundstein für die Wiederherstellung der einstigen Marktposition gelegt wurde. Zum anderen konzentriert sich Holder zunehmend auf schnee- und Asiens, vor allem in Russland,

den GUS-Staaten und China. Erste Verkaufserfolge bestärken das Unternehmen in dieser Strategie. Parallel dazu beschäftigt sich Holder mit der Erschließung neuer Zielgruppen, beispielsweise in den Bereichen Flughafen und Facility Management.



Holder B 250 (50 PS) - eine Produktneuheit auf der GaLaBau.

Für eine weitere Verbesserung der Kundennähe in Deutschland und auch zur weltweiten Unterstützung wurde zum 1. Februar 2014 die Holder Services GmbH gegründet. Das hundertprozentige Tochterunternehmen der Max Holder GmbH kann dank eines breiten Leistungsspektrums noch flexibler und spezifischer auf die Anforderungen der Kunden reagieren. Zum Angebot zählen Wartung und Reparatur, Garantieübertragungen, Fahrer- und Technikerschulungen sowie Vertriebsunterstützung mit Fahrzeugführungen und -einweisungen.

Premiere für den Holder B 250

Auf der GaLaBau feiert mit dem Holder B 250 ein multifunktionaler Geräteträger Premiere, der die Lücke zwischen der Holder X- und C-Reihe auf attraktive Weise schließt. Als legitimer Nachfolger des legendären Holder Multipark überzeugt er durch die Kombination von Leistungsstärke, praxisorientierter Ausstattung und Kompaktheit. Die wich-

tigsten Eckdaten lauten: unter 2 m Gesamthöhe und ab 113 cm Außenbreite – und das bei 50 PS Motorleistung. Selbstverständlich profitieren Anwender auch beim B 250 von allen Vorteilen des einzigartigen 'System Holder'.

Holder X 30 mit komplettem Anbauprogramm

Der auf der GaLaBau 2012 erstmals vorgestellte und seither weiterentwickelte Holder X 30 (27 PS) ist die Basis für ein extrem effizientes Arbeitssystem, das höchste Praxisanforderungen

VBS-Jahrestagung in Bad Griesbach

Vom 10. bis 12. Oktober 2014 findet im niederbayerischen Bad Griesbach die Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen e.V. (VBS) statt. Nachdem die Volksvertretungen und die Regierungen von der kommunalen bis hin zur europäischen Ebene neu bestimmt wurden, gilt es nun für die Politik die anstehenden Herausforderungen entschlossen anzugehen. Ein zentrales Thema wird dabei die von der Bayerischen Staatsregierung proklamierte Rohstoffwende Bayern sein, die das anspruchsvolle Ziel verfolgt, Primärrohstoffe weitestgehend durch Sekundärrohstoffe zu ersetzen.

Mit namhaften Gästen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft – unter ihnen MdL Erwin Huber, Stefan Albat (vbw), MinDir Dr. Helge Wendenburg (Leiter der Abteilung „Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz“ im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit) und Prof. Dr.-Ing. Frank Wolfgang Günther (Institut für Wasserwesen, Universität der Bundeswehr München und Landesvorsitzender DWA Bayern) – soll diskutiert werden, wie die politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden sollten, um zusätzliche Potenziale für das Recycling zu erschließen.

Im Rahmen der diesjährigen VBS-Tagung wird auch der offizielle Beitritt des Verbandes zur Bayerischen Klima-Allianz vollzogen. **DK**



Bürgermeister Dr. Adolf Bauer (von links), WVV-Pressesprecher Manuel Schön, Stadtreiniger Frank Stumpf, Christian Strohm, stellv. Werkleiter der Stadtreiniger und Umweltreferent Wolfgang Kleiner beim Aufladen des Elektromobils der Stadtreiniger an der neuen Ladesäule. Foto: Christian Weiß

„Die Stadtreiniger“ machen (e-)mobil

E-Mobilität ist vor allem im urbanen Verkehr eine echte umweltschonende Alternative zum Verbrennungsmotor. Da Umweltschutz den Würzburger Stadtreinigern ein wichtiges Anliegen ist, wird im eigenen Fuhrpark großer Wert auf den Einsatz von modernster Antriebstechnologie gelegt.

Schon im letzten Jahr wurde für die Verwaltungsangestellten des städtischen Eigenbetriebes ein E-Fahrzeug für Dienstfahrten innerhalb des Stadtgebietes beschafft. Ab sofort bieten „Die Stadtreiniger“ auch ihren Kunden einen kostenlosen Service zur Förderung der E-Mobilität an.

Mit Unterstützung durch die WVV wurde in diesem Jahr eine E-Ladesäule auf dem Betriebsgelände installiert, deren Nutzung den Kunden der Stadtreiniger jetzt gratis zur Verfügung steht. Die Ladesäule wurde am Mittwoch gemeinsam mit Bürgermei-

ster Dr. Adolf Bauer, Werkleiter Wolfgang Kleiner, Betriebsleiter Christian Strohm und Pressesprecher Manuel Schön von der WVV offiziell eingeweiht und kann ab sofort genutzt werden. E-Fahrzeuge können über herkömmliche Schuko-Stecker oder EU-Typ2-Stecker neue Energie aus der mit „Mein Frankenstrom Öko“ (zertifizierter Grünstrom der WVV) versorgten Ladesäule beziehen. Die Aufladung dauert mit einem Schuko-Stecker zwei bis sechs Stunden, mit einem EU-Typ2-Stecker etwa 30 Minuten – je nach Ladezustand des Akkus. □

Neues Bundesprogramm fördert Grün in der Stadt

BGL: Initiative für lebendiges Grün in der Stadt zeigt erste Erfolge

Bad Honnef. Städte und Kommunen können ab sofort auf Fördermittel für Projekte zu Grün in der Stadt hoffen. Mit dem neuen Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ stellt das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit bis 2018 50 Millionen Euro bereit, um herausragende Projekte des Städtebaus aufzuzeigen und zu unterstützen.

Förderfähig sind investitionsvorbereitende und konzeptionelle Projekte mit besonderer nationaler bzw. internationaler Wahrnehmbarkeit und ausgeprägtem städtebaulichen Bezug, insbesondere zu Grün in der Stadt. „Die Förderung von Projekten zu Grün in der Stadt im neuen Bundesprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ zeigt eindrucksvoll, dass unsere Überzeugungsarbeit für mehr lebendiges Grün in der Stadt und unsere „Charta Zukunft Stadt und Grün“ erfolgreich ist“, kommentiert BGL-Präsident August Forster den Projektauftrag für das neue Bundesprogramm. „Wir freuen uns, dass die Bundesregierung mit dieser Projektförderung auch Grün in der Stadt explizit fördert und wünschen uns jetzt natürlich, dass sich viele Kommunen mit herausragenden und innovativen Projektideen bewerben“, so Forster weiter.

Mit der Umsetzung und der Begleitung des Programms hat das Bundesministerium für Um-

welt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) beauftragt. Kommunen, die über geeignete Projekte verfügen, sind aufgerufen, dem BBSR bis zum 22. September 2014 Projektvorschläge zu unterbreiten.

Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus

Der Deutsche Bundestag hat Ende Juni den Bundeshaushalt 2014 verabschiedet und darin das Gesamtvolumen für die Förderung des Städtebaus auf 700 Mio. Euro aufgestockt. Innerhalb dieses Mittelrahmens wurde das neue Bundesprogramm zur Förderung von Investitionen in nationale Projekte des Städtebaus mit einem Programmvolumen von 50 Mio. Euro geschaffen. Mit dem Investitionsprogramm sollen konzeptionelle Projekte mit besonderer nationaler bzw. internationaler Wahrnehmbarkeit, sehr hoher fachlicher Qualität, überdurchschnittlichem Investitionsvolumen sowie mit hohem Innovationspotential gefördert werden.

Informationen zum Projektauftrag:

www.bbsr.bund.de. Die Charta: www.galabau.de/Charta_Zukunft_Stadt_und_Gruen.aspx. □

an Bedien- und Fahrkomfort, Vielseitigkeit, Arbeitseffizienz, Robustheit und Zuverlässigkeit erfüllt – erst recht mit den nun erhältlichen, perfekt abgestimmten Anbaugeräten wie Kehr-Saug-Kombination, Mähwerk, Gießarm, Streuer, Kehrwalze und verschiedene Schneeräumschilder. In Kombination mit dem weltweit einzigartigen X³-Aufnahmebehälter für Kehr- und Mähgut und Wasser beweisen sie die Innovati-

onskraft des Metzinger Traditionsunternehmens.

Über die Max Holder GmbH

Die Max Holder GmbH ist renommiertester Hersteller von multifunktionalen, knickgelenkten Fahrzeugen für kommunale Anwendungen sowie für den Wein- und Obstbau. Ob Rasenpflege, Wegereinigung, Transportaufga-

ben, Erdbewegung, Pflanzenschutz, Laubarbeiten, Winterdienst oder zahlreiche Spezialanwendungen – in vielen Ländern vertrauen Kunden auf die Marke Holder. Das 1888 gegründete Traditionsunternehmen aus Metzgingen bietet Komplettlösungen und Services aus einer Hand: multifunktionale Trägerfahrzeuge, passende Anbaugerätetechnik, individuelle Serviceleistungen und flexible Mietkonzepte. □

Netze für neue Energien.

Der Anteil der regenerativ erzeugten Energie im Netz des Bayernwerks liegt bei über 50 Prozent. Bis heute haben wir mehr als 240.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz integriert. Damit betreiben wir eines der ökologischsten Netze in Deutschland.

www.bayernwerk.de

bayernwerk





Zu den Lindner-Innovationstagen im Innovationszentrum in Kundl bei Kufstein kamen auch zahlreiche Besucher aus Bayern.

Premiere in Kundl für Lindner-Innovationstage

Im Mittelpunkt standen die technischen Besonderheiten des neuen Lintrac sowie die Geotrac- und Unitrac-Transporter. Im Vortragsprogramm wurde unter anderem die Frage erörtert, wie es mit den Förderungen für die Landwirtschaft weiter geht.

Anfang September feierten die Lindner-Innovationstage im Innovationszentrum in Kundl ihre Premiere. Auf verschiedenen Themeninseln zeigten die Lindner-Profis die Haupteinsatzgebiete der Fahrzeuge im Berg-, Grün- und Kulturland sowie im Kommunalbereich. Bei mehreren Stationen wurden technische Innovationen rund um Geotrac, Unitrac und Lintrac präsentiert. Zudem wurde der Lintrac auf dem Testgelände

mit diversen Anbaugeräten wie dem Schneeflug oder einem Frontlader vorgeführt. Geschäftsführer Hermann Lindner resümierte stolz: „Unsere Besucher konnten sich über die verschiedenen Einsatzgebiete aus erster Hand informieren.“ Die Resonanz war überaus positiv.

Vorserienproduktion läuft auf Hochtouren

Bis November wird der Lin-

trac weiter optimiert – dann startet die Serienproduktion. „Die Nachfrage ist groß, der Lintrac ist bis April 2015 ausverkauft.“ Der Lintrac ist der erste stufenlose Standardtraktor mit mitlenkender Hinterachse. Für den Berg- und Grünlandbereich vereint der Lintrac die Merkmale von Traktor, Hangmäher und Hoflader in einem Fahrzeug, das senkt den Investitionsbedarf für Landwirte und kommunale Bauhöfe deutlich. Durch den niedrigen Schwerpunkt verfügt der Lintrac außerdem über große Hangtauglichkeit bis zu 60 Prozent Steigung.

Weitere Einsatzgebiete sind die Kulturlandwirtschaft und der Kommunalbereich.

Die ersten Testfahrzeuge sind in Österreich, Deutschland und der Schweiz im Einsatz. „Für uns sind die Rückmeldungen der Testfahrer wichtig, um den Lintrac weiter zu verbessern“, erklärte Hermann Lindner.

Vorträge: Von Förderungen bis Heumilch

Interessante Fachvorträge zu Zukunftsthemen der alpinen Landwirtschaft, der Grünflächenbewirtschaftung und des Winterdiensts rundeten die Innovationstage ab. Johannes Fankhauser, Abteilungsleiter Ländliche Entwicklung, Bildung und Beratung in der Landwirtschaftskammer Österreich, erörterte, wie es mit den Förderungen für die Landwirtschaft weitergeht. Die Potenziale der Grünlandwirtschaft skizzierte Peter Frank von der Landwirtschaftskammer Tirol. Karl Neuhofner, Obmann der ARGE Heumilch, zeigte die Chancen der Heumilchwirtschaft für die heimischen Bauern auf.

Großes Europafinale des Geotrac Supercup

Während der Innovationstage machte auch das Europafinale des Geotrac Supercup 2014 in Kundl Station. Die besten Traktorfahrer und -fahrerinnen des Alpenraums kämpften dabei mit ihrem fahrerischen Können auf einem anspruchsvollen Parcours um den Hauptpreis: einen Lintrac für ein Jahr. Gefahren wurde beim Geotrac Supercup, den Landmaschinenpezialist Lindner mit der Landjugend organisierte, mit einem Geotrac 94.



Der Unitrac 102 von Lindner bei der Schneeräumung.

Kommunaler Lintrac auf der GaLaBau

Der erste stufenlose Standardtraktor mit Hinterachslenkung punktet im ganzjährigen Kommunaleinsatz bei Städten und Gemeinden: unter anderem durch seine überdurchschnittliche Wendigkeit und die einfache Bedienung.

Von 17. bis 20. September feiert der Kommunal-Lintrac von Innovationsführer Lindner auf der GaLaBau in Nürnberg seine Messepremiere. Der Lintrac ist der erste stufenlose Standardtraktor mit mitlenkender Hinterachse.

Einfache Bedienung, idealer Geräteträger

Dank der erfolgreichen Unitrac-Transporter hat Lindner jahrelange Erfahrung mit der 4-Rad-Lenkung. Diese gewährleistet, dass der Lintrac bei Kehrarbeiten oder der Schneeräumung auch in engen Gassen optimale Ergebnisse liefert. Die hintere

Achse des Lintrac lenkt bis zu 20 Grad ein.

Ein weiterer Pluspunkt des kommunalen Lintrac ist die einfache LDrive-Bedienung. Die zentralen Fahrfunktionen des Lintrac können über den LDrive-Controller gesteuert werden. Geschäftsführer Hermann Lindner: „Diese Innovation ermöglicht ermüdungsfreies Arbeiten auch bei anspruchsvollen und längeren Einsätzen.“

Frontlader und gute Zugkraft ermöglichen schwere Transportarbeiten. Die Heck-, Front- und Arbeitshydraulik mit Verstellpumpe machen den Lintrac zum idealen Geräteträger. Der Perkins-Turbo-Diesel-Motor überzeugt durch sparsame Verbrauchswerte und den Partikelfilter, mit dem Abgasstufe 3B erreicht wird.

Unitrac und Geotrac für Kommunalprofis

Die effizienten Unitrac-Transporter und Geotrac-Traktoren komplettieren das Kommunalprogramm des Tiroler Familienunternehmens Lindner. Der Unitrac ist ein vielseitiger und schnell umrüstbarer Geräteträger, der ganzjährig verwendet werden kann: von der Schneeräumung über den Transport bis zum Kehren. Technische Highlights sind die Komfortkabine, die ohne Werkzeug seitlich um 50 Grad gekippt werden kann, die 4-Rad-Lenkung, die leistungsstarke 2-Kreis-Hydraulik und das patentierte Hochleistungsfahrwerk. Der Unitrac ist in vier Motorisierungsvarianten mit Partikelfilter erhältlich. Infos: www.lindner-traktoren.at

vereinen eine gute Querverteilung des Streustoffes, auch bei höheren Geschwindigkeiten, mit einer optimalen Befeuchtung des Salzes und der richtigen Streustoffmenge.

Feuchtsalzeinrichtung

Die Feuchtsalzeinrichtung erlaubt eine individuell einstellbare Zumischung von FS 25 bis FS 35. Die Funktionssicherheit wurde durch einen Niveauschalter inklusive Abschaltautomatik und eine optimierte Überlaufsicherung erhöht. Bei Feuchtsalzzuschaltung kommt eine Solepumpe mit Trockenlaufschutz und automatischer Drehzahlreduzierung zum Einsatz.

Die Steuerung der neu aufgelegten Streumaschine erfolgt über eines der drei vollweegeabhängigen Bedienpulte der Schmidt Evolution Line, die auf Kundenwunsch in Hinblick auf eine verbesserte Ergonomie überarbeitet wurden.

Umweltbewusste und wirtschaftliche Glättebekämpfung

Technisch optimierte Streumaschinen mit automatischer Steuerung steigern die Rentabilität

In Zeiten knapper werdender Budgets wird Wirtschaftlichkeit auch im Winterdienst zusehends wichtig. Präzise Verteilersysteme tragen ebenso zur Rentabilität und zum Umweltschutz bei wie eine flexible Einsatzplanung für die Streumaschinen. Die modulare Bauweise einer neuen Generation von Aufbau-Streuern, die der Spezialfahrzeughersteller Aebi Schmidt erstmals auf der diesjährigen IFAT vorgestellt hat, erlaubt daher höchste Flexibilität und lässt sich dank des ganzheitlichen Produktkonzepts individuell auf die jeweiligen Einsätze abstimmen.

Neben technischen Details wurde insbesondere die Bedienung der Stratos-Baureihe verbessert und noch intuitiver gestaltet. Intelligente, erweiterungsfähige Steuerungstechnologien sind darüber hinaus der Garant für einen zukunftssicheren Performance und einen effizienten Winterdienst.

Das Einsatzspektrum des Stratos reicht vom privaten bis zum kommunalen Bereich, da eine effiziente Glättebekämpfung auf Wegen und Plätzen ebenso gewährleistet ist wie auf Schnellstraßen und Autobahnen. Je nach Einsatzaufgabe und -bedingungen lässt sich das modulare System entsprechend konfigurieren. Mit dem Anspruch, die Gesamtleistung weiter zu steigern, wurde die große Baureihe, für Behälter mit einem Fassungsvermögen von 4, 5 oder 6 m³, jetzt neu aufgelegt. Den Ausschlag für die Wirtschaftlichkeit des Winterdienstes wird in Zukunft jedoch die intelligente Steuerung der Streufahrzeugflotte geben.

Hochpräzise Dosierung, exakt einstellbares Streubild

Bei den Dosiersystemen kann grundsätzlich zwischen einem Bandfördersystem und einer Schneckenförderung gewählt werden. Das Bandreinigungssystem wurde so optimiert, dass kein Salz mehr auf die Ladefläche rieselt, was die Wartbarkeit der Fahrzeuge deutlich ver-

Anfahrerschutz

Hinzugekommen ist bei der neuen Generation ein Anfahrerschutz, das heißt, das komplette Verteilersystem klappt bei Kontakt nach hinten weg, um Beschädigungen an der Maschine zu verhindern. Zudem sorgt die Verwendung einer offenen oder geschlossenen PE-Schüttrinne für ein deutlich verbessertes Fallverhalten des Streumaterials. „Das Streugut trifft zentral auf den Streuteller und verteilt sich optimal bis zur Abwurfkante. Es entsteht eine homogene Mischung, die so gebündelt abgeworfen werden kann, dass Fahrtwindeinflüsse ausgeglichen werden. Das Streubild kann mit Hilfe der Verschwenktechnik manuell oder elektronisch so eingestellt werden, dass ein exakt definiertes symmetrisches oder asymmetrisches Streubild erzielt wird. Die neuen Premiumplustreuteller mit Mischkammer

3
2
1

3.000 € EP-BONUS*
2 JAHRE GARANTIE
1% FINANZIERUNG



*Gilt für alle GEOTRAC- und UNITRAC Neubestellungen bei ep-Modellen von 1.8. bis 30.11.2014. Preise inklusive MwSt. Finanzierungsmodell: 1/3 Anzahlung, 1/3 nach 12 Monaten & 1/3 nach 24 Monaten mit jeweils 1% pro Jahr Verzinsung. Finanzierungsbetrag zuzüglich 1% Rechtsgeschäftsgebühr. Weitere Finanzierungsmodelle auf Anfrage.

EPP

TRAKTORENWERK LINDNER GMBH
Ing.-Hermann-Lindner-Str. 4
6250 Kundl/Tirol
lindner-traktoren.at

Lindner
Der starke Tiroler

Neuer Unimog von Mercedes-Benz setzt Umwelt-Standards:

Euro VI jetzt auch auf der Schiene

Motoren sauberer und effizienter / Kein separater Schienenfahrantrieb nötig
Wirtschaftliches Rangieren bis 1.000 t Anhängelast / Einfaches Auf- und Abgleisen

Stuttgart/Berlin. Längst zum Stammgast geworden ist der 2-Wege Unimog auf dem Freigelände der internationalen Leitmesse InnoTrans in Berlin (23. bis 26. September, Freigelände Süd, Stand F4/16). In diesem Jahr kann Mercedes-Benz nun mit einer ganz besonderen Botschaft aufwarten: Der neue Unimog Geräteträger bringt die strenge europäische Lkw-Abgasnorm Euro VI auf die Schiene.

Das ist ein neuer Standard an Umweltverträglichkeit und Effizienz für Rangieraufgaben (bis zu 1.000 t Anhängelast) sowie Wartungs- und Pflegearbeiten auf den Schienen-Infrastrukturen der Bahnen und des öffentlichen Nahverkehrs, den typischen Arbeitsfeldern des legendären Unimog in 2-Wege-Ausführung.

Die ausgestellten Unimog zeigen neue und praxisorientierte Gesamtlösungen für spezielle

Einsatz ist der Unimog U 423 mit einer Leistung von 170 kW.

Innovative Antriebstechnologie

Unimog-typische Eigenschaften wie der serienmäßige Permanent-Allradantrieb mit Längssperre sowie separate Differenzialsperrin in Vorder- und Hinterachse, die Singlebereifung sowie die Wandlerschaltkupplung für

Fahrantrieb und mechanischem Getriebe während der Fahrt.

Die Freisichtkabine – freie Sicht dank extragroßer Panoramamascheibe – der neuen Unimog Euro VI-Generation zeigt sich in neuem, modernem Design. Dabei ist die optische und funktionelle Wirkung der Kurzhaupe noch mehr betont. In die neuen Stoßfänger sind LED-Leuchten mit Tagfahrlicht integriert. Der besseren Sicht wegen sind die Scheibenwischer jetzt über der Windschutzscheibe angebracht. Das Freisichtfahrerhaus bietet damit einen optimalen und sicheren Überblick auf den Arbeitsbereich, zusätzlich verbessert durch das jetzt neu erhältliche Frontkamera-Monitoringsystem.

Beste Arbeitsbedingungen

Beste Arbeitsbedingungen finden Fahrer und Mitfahrer im Interieur: Multifunktionslenkrad, verstellbare Lenksäule oder das leistungsstarke Heizungs- und Klimasystem. Das Kombiinstrument zur Fahrerinformation wurde neu konzipiert und hat ein großes, helles Display. Optimierte Bedienelemente, so gibt es jetzt zum Beispiel einen Lenkstockhebel zum Bedienen der Fahrfunktionen wie Getriebeschaltung oder der neuen Premium-Motorbremse.

Kein separater Schienenfahrantrieb nötig

Und das macht den Unimog für den Einsatz als 2-Wege-Fahrzeug so interessant: Er kommt dank seines kompakten Achsbaumaßes ohne separaten Schienenfahrantrieb aus, sogar bei verschiedenen Spurbreiten. Mit Hilfe spezieller Felgen und Reifen kann der Unimog sowohl auf Eisenbahn-Normalspur (1435 mm) als auch auf verschiedenen internationalen Breitspuren mit seinen eigenen Rädern auf der Schiene fahren. Eine hydraulisch absenkbar Schienenführung sorgt für sichere Spurführung auf dem Gleis.

Auf der Straße bis zu 90 km/h

An einem niveauebenen Bereich von etwa fünf Meter Länge, zum Beispiel an Bahnübergängen, kann der Unimog einfach abgleisen und auf der Straße mit bis zu 90 km/h zum nächsten Einsatzort fahren. Für den Einsatz auf Gleisen des öffentlichen Schie-



Der allererste U 218 ging nach Schmalkalden.

Neu im Team:

Erster U 218 ausgeliefert

Im April war es endlich so weit: Der Bauhof Schmalkalden war der erste Kunde, der sich über einen Unimog U 218 der neuesten Generation freuen konnte. Zu seinen anspruchsvollen Aufgaben gehört das regelmäßige Mähen von Straßenrändern – an großen Straßen, Hügeln, Abhängen oder Gräben. Mit Flexibilität, Sicherheit und Komfort bewährt sich der Unimog Geräteträger im täglichen Einsatz und zu jeder Jahreszeit.

„Die Flexibilität durch den synergetischen Fahrantrieb EasyDrive, der kleine Wendekreis, aber auch die gesteigerte Sicherheit durch die Rückfahrkamera sind eine ganz neue Liga“, so Hartmut Danz. Der Mitarbeiter des Bauhofs Schmalkalden muss es wissen. Gemeinsam mit seinen Kollegen kümmert er sich um die Straßen der thüringischen Stadt mit ihren sechs Ortsteilen.

Für jede Jahreszeit, für jedes Wetter

Für Danz ist der Geräteträger aus der neuen Generation Unimog ein weiteres Teammitglied, auf das er sich immer verlassen kann – zu jeder Jahreszeit, bei Wind und Wetter. Im Sommer kommen schwerpunktmäßig das Mähgerät, der Häcksler sowie die Ast- und Heckenschere zum Einsatz. Im Winter schlägt die Stunde des Zweikammer-Streugerätes und des Vario-Schneepflugs. Dank Standheizung, Sitzheizung

und Klimaanlage kann Hartmut Danz bei jeder Witterung alle Aufgaben komfortabel erledigen. Und das gerade auch dort, wo es beengt zugeht. Denn der U 218 besticht besonders durch seine Kompaktheit und Wendigkeit. So liegt der Radstand bei 2800 mm, der Wendekreis bei 12,6 m – ähnlich dem eines Pkw.

Der kleinste Vertreter der neuesten Generation ist ein Innovationssprung – nicht nur im Vergleich mit dem 22 Jahre alten Unimog des Bauhofs, der durch das Neufahrzeug abgelöst wurde. Der Unterschied zeigt sich neben den innovativen Euro-VI-Motoren in einem neu konzipierten Arbeitsplatz und dem optimal auf den Anwender abgestimmten Cockpit.

Echte Highlights

Zu den weiteren Highlights zählt zum Beispiel die Wechsellenkung VarioPilot®, mit der sich die Lenksäule auf die rechte Fahrzeugseite verschieben lässt, wodurch der Fahrer beim Mähen sowohl den Fahr- als auch den Arbeitsbereich im Blick hat. Zusammen mit dem Freisichtfahrerhaus mit dem neuen Kameramonitoringssystem ist in jeder Situation beste Sicht gewährleistet. „Die Summe der Neuerungen macht uns im Einsatz schneller, flexibler und effizienter. Und der U 218 macht einfach Spaß“, berichtet Danz voller Stolz von seinem zukunftsweisenden Unimog.

Mercedes-Benz Bank bringt mehr Nutzfahrzeuge denn je auf die Straße

Trend geht zu flexiblen Finanzierungslösungen

Mehr als jedes zweite Daimler-Nutzfahrzeug kommt mit der Mercedes-Benz Bank in Fahrt, das sind derzeit rund eine Viertel Million Nutzfahrzeuge in Deutschland. Weltweit finanziert Daimler Financial Services über 900.000 Nutzfahrzeuge.

Allein im ersten Halbjahr 2014 stieg das Neugeschäft um 15 Prozent an. Bereits mehr als jedes zweite Nutzfahrzeug mit Stern ist mit der Mercedes-Benz Bank unterwegs. „Unsere flexiblen Finanzierungslösungen sind stark gefragt“, sagt Franz Reiner, Vorstandsvorsitzender der Mercedes-Benz Bank AG. „Der Trend geht auch bei Nutzfahrzeugen in Richtung Leasing.“

Flexibilität ist Trumpf

Bei der Angebotsgestaltung stehen die Gesamtbetriebskosten der Kunden im Mittelpunkt. Die Rechnung ist simpel: Durch Kostentransparenz bei den Monatsraten kann ein Kunde auf Anhieb erkennen, ob sich das Fahrzeug für ihn rechnet. Ganz gleich, ob er die Fahrzeuge besitzen, auf Zeit leasen oder für 24 Stunden mieten möchte: Flexible Lösungen sind in allen Branchen Trumpf. Umfassende Serviceleistungen in Kombination mit Leasing oder Miete bietet Mercedes-Benz CharterWay an.

Kosten orientieren sich an tatsächlicher Nutzung

Die Mercedes-Benz Bank berechnet mit Hilfe von FleetBoard die Prämie der Lkw-Versicherung auf Basis der Nutzung. Dafür kommen moderne Telematik-Systeme zum Einsatz. Die Versicherungsprämie richtet sich konsequent nach dem Einsatz. Denn ein Fahrzeug bringt seinem Betreiber nur dann Geld, wenn es fährt. Sollte es längere Zeit stehen, wird daher lediglich eine Basisprämie zur Grundabsicherung fällig.

Neben der umfangreichen Branchenexpertise profitieren die Kunden zusätzlich von der engen Verbindung der Herstellerbank zum Konzern. Sind in den Fahrzeugen bestimmte Sicherheitsfeatures verbaut, erhalten die Kunden einen Nachlass auf die Versicherungsprämie von bis zu 20 Prozent.



Bewährte Kooperation: Renommierte Aufbauersteller liefern die eisenbahntechnische Ausrüstung für den 2-Wege Unimog.

Einsatzzwecke, die in Zusammenarbeit mit international renommierten Aufbauerstellern entstanden sind.

90 Prozent weniger Emissionen gegenüber Euro V

Und so liest sich der technische Fortschritt in Zahlen: Die Euro VI-Motoren für Lkw reduzieren Dieselpartikel und Stickoxidemissionen um bis zu 90 Prozent gegenüber Euro V, im Vergleich zum Stand von 1990 haben sich die Emissionen aus Nutzfahrzeugen um Werte zwischen 88 Prozent bis 98 Prozent verringert. Darüber hinaus ist die wartungsarme und durchzugstarke neue Motorgeneration des Unimog sehr effizient und ermöglicht hohe Einsparpotentiale beim Kraftstoffverbrauch im Vergleich zu Diesel-Rangierloks. Das prädestinierte Fahrzeug für den 2-Wege-

das Ziehen hoher Anhängelasten machen den Unimog zum idealen Fahrzeug für den 2-Wege-Einsatz. Das Getriebe mit acht Vorwärts- und acht Rückwärtsgängen ermöglicht Geschwindigkeiten auf der Schiene bis zu 50 km/h in beide Richtungen. Zur eisenbahntechnischen Ausrüstung gehören dabei je nach Kundenanforderung beispielsweise eine Signallichtanlage, Sicherheitsfahrerschaltung (Totmann-Schalter) oder digitaler Zugfunk.

Synergetischer Fahrantrieb „EasyDrive“

Der synergetische Fahrantrieb „EasyDrive“, eine weitere Innovation des neuen Unimog, kommt dem 2-Wege-Fahrzeug unmittelbar zu Gute. Er erlaubt eine stufenlose Einstellung der Arbeitsgeschwindigkeit bis 50 km/h und einen einfachen Wechsel zwischen hydrostatischem



Erobert die Zukunft. Und jedes andere Terrain.

Der neue hochgeländegängige Unimog BlueTEC 6.

Der neue Off-Road-Profi überzeugt auch in Zukunft mit seinen Qualitäten: robust und agil im Gelände und dabei besonders umweltfreundlich, einem neuen Mittelmotorkonzept sowie einer innovativen Bedienung. Mehr dazu unter www.neuerunimog.com



Wir freuen uns über Ihren Besuch.
25.09. bis 02.10.14, Halle 14/15,
Messegelände Hannover.



Mercedes-Benz
Trucks you can trust



Die Aufgaben der Mitglieder kommunaler Selbstverwaltungsorgane standen im Mittelpunkt der KPV-Jahrestagung, zu der Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl als Hauptreferentin die CSU-Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler gewinnen konnte.

Jahreshauptversammlung der KPV im Landkreis Nürnberger Land:

Mortler: „Bund entlastet die Kommunen weiter“

Nürnberger Land / Letten (kpv) – Bei der turnusgemäßen Jahreshauptversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Burghann informiert Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler und der neue Kreisvorsitzende des Bayerischen Gemeindetags, Burghann Bürgermeister Heinz Meyer, über aktuelle kommunalpolitische Themen.

In ihrem Jahresbericht ging KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl auf die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft im Jahr 2013 ein. Neben zahlreichen Vorstandssitzungen lag der Fokus vor allem auf der Vorbereitung für die Kommunalwahlen im vergangenen März. Drei Seminare bereiteten hier die Kandidatinnen und Kandidaten auf die Aufgaben in einem Stadt- oder Gemeinderat vor. In einem kommunalpolitischen Fach-

gespräch zu den Bundestags-, Landtags- und Bezirkstagswahlen hatten die Kandidaten Marlene Mortler, Norbert Düinkel und Dr. Bernd Eckstein ihre Standpunkte dargelegt.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Arbeit der KPV war der Austausch mit der heimischen Wirtschaft und sozialen Organisationen, wie z. B. der Besuch bei der Firma ECKART in Hartenstein oder der Nürnberger Land TAFEL

e. V. in Feucht. Ein Bericht vom Bündnis für Familien erläuterte den Kommunalpolitikern die zahlreichen Aktivitäten für Eltern und Kinder des Landkreises.

Zum Schluss ihres Berichtes dankte sich die Kreisvorsitzende bei der Kreisvorstandschaft, den Mandatsträgern und den Mitarbeitern der CSU-Kreisgeschäftsstelle für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Die CSU-Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler, die seit 2002 die Interessen des Wahlkreises Roth/Nürnberger Land in Berlin vertritt, stellte gleich zu Beginn klar: „Die Lage der Kommunen ist, wenn die Union in Berlin mit in der Regierungsverantwortung steht, stets besser als unter Rot/Grün. Die Zahlen sprechen da eine klare Sprache!“

Mortler verwies vor diesem Hintergrund u. a. auf die Konjunkturpakete des Bundes, die auch den Menschen in der Heimat ganz konkret vor ihrer Haustür zu Gute gekommen seien: „Ohne die dadurch angeschobenen Maßnahmen wären viele unserer Kommunen längst nicht so glimpflich aus der Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen“, erinnerte die Dehnbürgerin. In der vergangenen Legislaturperiode habe der Bund zudem das „größte Entlastungspaket in der Geschichte“ für die Kommunen auf den Weg gebracht: „Der Bund übernimmt die Grundversicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung – und das seit diesem Jahr zu 100 Prozent, dauerhaft!“

Der im Juni beschlossene Bundeshaushalt schaffe verlässliche Planungsgrundlagen für die Kommunen. Marlene Mortler stellte klar: „Wir halten unseren kommunalfreundlichen Kurs!“ So werde beispielsweise die Städtebauförderung in diesem Jahr aufgestockt und weiter ausgebaut. Mortler: „Das ist ein Segen für unsere Kommunen.“

Netzgebiet des Bayernwerks erstreckt sich über Unter- und Oberfranken, die Oberpfalz sowie Nieder- und Oberbayern. Zum 1. Juli betreibt das Bayernwerk in dieser Gebietskulisse auch das Hochspannungsnetz mit einer Stromkreislänge von 8.900 Kilometern.

Zu den Kernaufgaben des Bayernwerks zählen neben der sicheren Versorgung auch der Ausbau und die technologische Entwicklung der Netzinfrastruktur, die dezentrale Erzeugung und das Angebot unterschiedlicher Energiedienstleistungen. Sitz des Unternehmens ist Regensburg.

Schwandorfs OB Feller besucht das Bayernwerk

Schwandorf. Aus erster Hand informiert sich der Schwandorfer Rathauschef Andreas Feller über die Energieversorgung in der Stadt und in der Region. Dazu besuchte der Oberbürgermeister das Schwandorfer Netzcenter des Netzbetreibers Bayernwerk.

Empfangen und informiert wurde das Stadtoberhaupt von Bayernwerk-Kommunalchef Christoph Henzel und den weiteren in der Region verantwortlichen Bayernwerk-Mitarbeitern Martin Haner, Johann Seebauer, Peter Ketterl und Rudolf Wittmann. „Von hier aus sorgen wir für einen sicheren Netzbetrieb in Stadt und Umland“, hielt Peter Ketterl fest. Das Unternehmen und seine Mitarbeiter seien stolz auf ihre Aufgabe, mit sicheren Netzen ein Grundbedürfnis der Menschen in der Region abzudecken. Dem diene auch eine dezentrale Unternehmensstruktur mit Netzstandorten in der Region, wie das in Schwandorf der Fall sei. Ketterl: „Die Nähe unserer Mannschaft zum Netz ist für die Versorgungssicherheit in der Region ganz entscheidend.“

Neben dem Erhalt der Versorgungssicherheit ist die Energiegewende laut Christoph Henzel die große Herausforderung des Unternehmens. „Bis heute haben wir schon 250.000 dezentrale regenerative Erzeugungsanlagen an unser Netz angeschlossen. Im Netz des Bayernwerks transportieren wir heute schon über 50 Prozent regenerative Energie“, erklärte Henzel. „Der boomartige Zuwachs an regenerativer Energie hat uns in den letzten Jahren auf eine harte Probe gestellt“, so Henzel. Schließlich sei die Energiegewende für das Bayernwerk nicht nur eine technische, sondern auch eine verwaltschaftsrechtliche Herausforderung. „Wir arbeiten aber mit hohem En-

gagement daran, die Energiezukunft in der Region gemeinsam mit den Menschen vor Ort zu gestalten“, hielt Henzel fest.

Offener Dialog

Oberbürgermeister Andreas Feller verwies auf die langjährige Präsenz des Bayernwerks in Schwandorf. Er hoffe auch künftig auf einen partnerschaftlichen und offenen Dialog zum Wohl der Schwandorfer Bürger. „Eine sichere Versorgung ist ein elementares Grundbedürfnis der Menschen“, hielt der Oberbürgermeister fest. Mit dem Bayernwerk habe man einen direkten Ansprechpartner vor Ort. Zur Entwicklung der Energiegewende im Bayernwerk-Netz hielt Oberbürgermeister Feller fest: „Es ist beeindruckend, wie die Energiegewende in der Region in den letzten Jahren vorangekommen ist. Man muss aber auch sehen, welch ein immenser Beitrag dafür durch Energieunternehmen wie dem Bayernwerk erbracht wird.“

Kernaufgaben

Die Bayernwerk AG ist der größte regionale Netzbetreiber in Bayern. Mit einem Mittel- und Niederspannungs-Stromnetz von rund 180.000 Kilometern Länge und einem über 5.500 Kilometer langen Gasnetz sichert das Unternehmen die Energieversorgung in weiten Teilen des Freistaats und verteilt Energie in der Fläche. Das

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Schaut mal Leute, was ich mir in Brüssel gekauft habe: Einen todschicken Hut! Da gibt es in einer historischen Einkaufspassage noch richtige Hut- und Handschuhmacher – ich konnte nicht widerstehen.“ Mein Chef, der Bürgermeister, präsentierte sich in einem verwegenen schwarzen, sehr klassischen Borsalino, der ihm ohne Frage ausgezeichnet steht. Ob er viel Gelegenheit haben wird, ihn zu tragen, ist eine andere Frage.

Dennoch war der Hutkauf keine panische Reaktion auf die jüngsten Zinsbeschlüsse der EZB nach dem Motto: Konsum als staatsbürgerliche Pflicht, wenn sich das Ersparnis schon nicht mehr vermehren lässt. Nein, mein Chef liebt einfach Souvenirs. Immer bringt er von seinen Reisen etwas Typisches mit oder etwas, das er für typisch hält. Mal eine Krawatte mit Zebra-muster aus Südafrika, eine Schirmmütze der Bo-



Wohnung hat ein kleiner gusseiserner Eiffelturm einen Ehrenplatz, den mein Ur-Ur-Großvater von der Weltausstellung 1889 aus Paris mitgebracht hat und der seither in einer Vitrine vom Unternehmensegeist meines Ahnen Zeugnis ablegt.

Eine solche Dauerhaftigkeit wird den Souvenirs von heute sicherlich nicht beschieden sein. Wer wird sich ernsthaft eine aufblasbare „Kleine Meerjungfrau“ aus Kopenhagen für den Garten über mehrere Jahre aufheben? Oder den Maßkrugfilzhut mit Schaumkrone vom Oktoberfest? Einige Aussicht auf dauerhaftes Überleben dürfte allenfalls die Schnellkugel mit der Akropolis drin haben, die ich mal in Athen gesehen habe, denn für Schneekugeln hat sich mittlerweile ein fester Sammlerkreis etabliert.

Eigentlich sind Souvenirs doch out. Das gilt für den Kitsch wie für die sogenannten „nützlichen“ Mitbringsel. Schließlich geht die Plastikpyramide aus dem Ägyptenurlaub irgendwann den Weg allen Irdischen und der dort gekaufte Shawl mit Kamelmuster wird nie getragen, weil er zu nichts passt. Stattdessen können wir heute mit buchstäblich tausenden Fotos, Selfies und kleinen Videofilmen auf den 32 GB-Speicherchips unserer Mobiltelefone oder Digitalkameras unseren Aufenthalt dokumentieren, alles festhalten, was uns in einem fremden Land interessiert und fasziniert sowie dies per Facebook oder Twitter in Echtzeit mit unseren Lieben teilen und damit auch diesen Lebensreich öffentlich machen.

Mein Chef, der Bürgermeister, versteht genau dies als Argument für das Souvenir. Etwas sehen, aussuchen, kaufen und dann mitbringen, ist ein viel intimerer Vorgang, als zum 500-millionsten Mal die Niagara-Fälle zu fotografieren und dann die Bilder an zehn Leute zu mailen, von denen sechs selbst schon mal da waren (und insgeheim denken, dass ihre Bilder spektakulärer seien). Die Erinnerung buchstäblich festhalten, das will der Souvenirkäufer. Dafür kriegt der Chef den Sinnspruch von Honoré de Balzac heute handgeschrieben: „Die Erinnerungen verschönen das Leben, aber das Vergessen allein macht es erträglich.“

ihre
Sabrina

Argumente für das Souvenir

ston Red Sox aus den USA, eine Wollmütze mit karelischem Muster aus Finnland. Und da er ein guter Chef ist, fällt auch für uns immer was ab. Jetzt in Belgien hat er seinen Kofferraum vollgepackt mit Schokolade und Bier – lecker.

Eigentlich gehören die Begriffe „Reisen“ und „Souvenir“ seit jeher zusammen. Schon immer haben die Menschen, wenn sie in fremde Länder aufgebrochen sind, von dort nach Möglichkeit etwas nach Hause mitgebracht. Zunächst sicherlich Dinge, die es in ihrer Heimat nicht gab, so wie die Legende es Marco Polo zuschreibt, die Nudel aus China nach Italien gebracht zu haben. Aber sehr schnell dürfte auch eine Rolle gespielt haben zu beweisen, dass man in einem fremden Land war. So spirituell beglückend eine Pilgerfahrt nach Rom oder gar Jerusalem im Mittelalter sicherlich gewesen ist – konnte man bei der Rückkehr ein paar Reliquien vorweisen, die man in einer der heiligen Städte erworben hatte, steigerte dies auch das ganz irdische Prestige ungemein. Schließlich wollte man dann auch noch ein Stück der schönen und interessanten Zeit der Reise mit in die heimische Routine retten, sozusagen als materialisiertes Abenteuer. Manchmal funktioniert das auch generationenübergreifend. Bei meinen Eltern in der

Bürgermeisterkonferenz des Landkreises Regensburg:

Asyl und Energiewende

„Unterstützen Sie uns bei der Suche nach Unterkünften von Asylbewerbern“, bat Regensburgs Landrätin Tanja Schweiger im Rahmen einer Bürgermeisterkonferenz in Beilngries die Rathauschefs des Landkreises. Hintergrund war ein Schreiben von Regierungsvizepräsident Walter Jonas, in dem darauf hingewiesen wird, dass sich die Landkreise und kreisfreien Städte der Oberpfalz in den kommenden Tagen auf größere Zuweisungen von Asylbewerbern einstellen müssten. Pro Woche werden dort rund 150 zusätzliche Flüchtlinge erwartet.

„Für den Landkreis Regensburg, der eine Quote von 16,3 Prozent der Oberpfälzer Flüchtlinge übernehmen muss, heißt das, das Landratsamt muss mindestens 20 neue Asylbewerber pro Woche unterbringen“, erläuterte Wolfgang Sedlaczek, Leiter des Ausländeramts im Landratsamt Regensburg. Karl Mooser, Leiter der Sozialabteilung im Landratsamt, geht davon aus, dass der Landkreis bis Ende des Jahres rund 40 unbegleitete minderjährige Asylbewerber zu betreuen hat, was den Landkreis aus seiner Sicht vor große Herausforderungen stellen werde.

Sedlaczek wies darauf hin, dass man sich von Seiten des Landkreises immer bemüht habe, bei den Unterkünften möglichst sozialverträgliche Lösungen zu suchen. So habe man es vermieden, in kleine Ortschaften eine größere Anzahl von Asylbewerbern unterzubringen. In Anbetracht der veränderten Situation werde man darauf allerdings in Zukunft immer weniger Rücksicht nehmen können.

Das deutlich zunehmende Koordinationsaufwendungsrisiko beschränkt sich nach den Worten von Landrätin Schweiger freilich nicht nur auf die Bereitstellung von geeigneten Wohnraum, vielmehr gehe

es darum, „den gesamten Lebensbereich der zu uns kommenden Menschen abzudecken.“ Dies betreffe neben der Grundversorgung mit Nahrung und Kleidung etwa den Schulbesuch der Kinder, den Aufbau von Sprachkompetenzen, die medizinische Versorgung oder auch Beratungsleistungen etwa zu statusrechtlichen Fragen.

Aktuell 513 Asylbewerber

Aktuell sind im Landkreis Regensburg 513 Asylbewerber (167 Einzelpersonen, 77 Ehepaare, 192 Kinder) in 21 Ortschaften und 36 Unterkünften untergebracht. Der Landkreis war laut Mitteilung der Regierung der Oberpfalz Ende August mit 70 Personen im Plus. Erwartet wird eine neue Welle von Flüchtlingen aus der Ukraine.

Mit Informationen zum brandneuen Energiebetreuungs paket für Gemeinden wartete auf der Bürgermeisterkonferenz im Anschluss Ludwig Friedl, Geschäftsführer der Energieagentur Regensburg, auf. Friedl zufolge können die Kommunen aus einem Baukastensystem drei Leistungsmodulare auswählen und auf eine Laufzeit von vier Jahren die Dienste in den

Bereichen Energiemanagement, Energiecoaching und Moderation und Öffentlichkeitsarbeit in Anspruch nehmen. „Das ist ein gutes Angebot für die Gemeinden, die kommunale Energiewende vor Ort zusammen mit kompetenten Fachleuten selbst in die Hand zu nehmen“, unterstrich die Landkreischefin.

Die Gemeinden können selbst entscheiden ob sie nur einen, zwei oder alle drei Bausteine bei der Energieagentur buchen wollen. Bei Modul „Energiemanagement“ werden anhand von zwei kommunalen Gebäuden eine Ist-Analyse und eine Verbrauchsauswertung, Potentialeermittlungen, Maßnahmenempfehlungen und Mitarbeiter Schulungen angeboten. Dies kostet die Gemeinde 2.500 Euro pro Jahr, wobei laut Friedl eine Förderung in Höhe von bis zu 40 Prozent möglich ist.

Der zweite Baustein „Energiecoaching“ zielt darauf ab, in den Gemeinden ein Energieteam zu gründen und sogenannte „Kümmerner“ vor Ort auszubilden. Die Energieagentur begleitet dabei die Gemeinden und führt auch zusammen mit ihnen Workshops durch. Kostenpunkt: 1.250 Euro pro Jahr. Das dritte Modul „Informations, Moderation und Öffentlichkeitsarbeit“ begleitet die Gemeinden beispielsweise bei der Vorbereitung von Energiethemen für Gemeinderatssitzungen oder Bürgerversammlungen. Hierzu werden auch Fachbeiträge erstellt. Die Kosten betragen hierfür pro Jahr 1.000 Euro. **DK**

„Das Beste aller Feste“ mit dem größten Ausstellungspark Ostbayerns:

Karpfham kann auch Petrus nicht bremsen

Trotz Wolken und Regen waren das Karpfhamer Fest und die Rottal-Schau wieder die Magneten im bayerisch-österreichischen Raum. Karpfham ist bei jedem Wetter Kult – für Landwirte, für Familien, und für alle von diesseits und jenseits der bayerisch-österreichischen Grenze, die sich informieren und vergnügen wollen. Zum Karpfhamer Fest mit der 66.000 qm großen Rottal-Schau strömten die Besucher aus ganz Süddeutschland, Österreich, Tschechien und Ungarn, sogar aus der Schweiz und Italien kamen Fachbesucher. Landwirte kamen mit Familien und Mitarbeitern, um sich auf der größten jährlichen Landtechnik-Ausstellung Süddeutschlands und der Fachschau Energie – Umwelt – Bauen sowie der großen Gewerbe- und Verbraucherschau über die neuesten Trends zu informieren.

„Unser bayerisch-österreichisches Familienfest und die riesige Landtechnik-Schau mit der großen Gewerbeausstellung hat schon einen Kultstatus,“ schwärmt Festvereins-Vorstand und Festwirt der Holzhamer Hütte Sebastian Winbeck. „Dazu ist unser Fest echt international ohne Sprachbarrieren: Hier feiern die Bayern mit den österreichischen Nachbarn gemeinsam.“

Mit dem Fest ist Winbeck auch als Festwirt mehr als zufrieden. „Es war hervorragend. Unsere einzigartige, riesige Ausstellung brachte wieder Hunderttausende nach Karpfham und alle wollen nach der Ausstellung essen, trinken und sich noch etwas vergnügen.“

Neuheiten-Schau

„Die große Landtechnikausstellung der Rottal-Schau wird immer mehr zur Neuheiten-Schau, wo Hersteller Produktpremierer feiern. Manche Hersteller haben sogar ihre internationalen Händler zu ihrer Präsentation nach Karpfham

eingeladen. Karpfham baut innerhalb Deutschlands seine führende Stellung als jährliche Landtechnikschau aus. Mit der Fachschau Energie-Umwelt-Bauen und der Gewerbe- und Verbraucherschau haben wir über 500 Aussteller“, freut sich Platzmeister Manfred Freudenstein: „Aus allen Bereichen, auch aus der Verbraucherschau, sind die Rückmeldungen überwiegend positiv, die Geschäfte waren wieder sehr gut. Sogar den Schaustellern brachte der Besucherandrang, trotz unfreundlichen Wetters, noch volle Kassen.“

Rahmenprogramm

Täglich war in Karpfham etwas los: So brachte der Festzug zur „Wies'n“ viele Zuschauer auf den Festplatz und in die festlich geschmückten „Hütten“ mit den über 20.000 Sitzplätzen. Auch das attraktive Rahmenprogramm zog viele Gäste nach Karpfham. Die Vorführungen des Rottaler Zehnerzugs waren trotz Regens Be-

suchermagneten, die Prämierung der Rottaler Warmblutstuten und das Reit- und Springturnier lockten viele Pferdefreunde. Beim Bayernfinale des Lindner Geotrac-Supercup konnten Landwirte ihre Geschicklichkeit im Schleppfahren beweisen.

Bauernkundgebung

Die traditionelle Bauernkundgebung des VLF Rothalmünster, heuer mit Christian Schmidt, Bundesminister für Landwirtschaft und Ernährung, füllte wie der Auftritt des bayerischen Landwirtschaftsministers Hel-

mut Brunner die Festhütten.

Wie Passaus Landrat Franz Meyer bei der Bauernkundgebung betonte, zählt die Landwirtschaft neben Tourismus, Gesundheitsbereich, Handel und Dienstleistung zu den großen Leistungsträgern der Region. „Unser Amt für Landwirtschaft hat die Gesamt-Wirtschaftsleistung der Landwirtschaft im Passauer Land auf rund 400 Millionen Euro jährlich berechnet“, so Meyer.

Ohne seine Einbindung in die bäuerliche Tradition und in die moderne Landwirtschaft wäre das Karpfhamer Fest nach den Worten des Landrats weder denkbar noch in seiner jetzigen Größe vorstellbar. „Auch darum sage ich ganz deutlich: Mir wird viel zu oft die Landwirtschaft vergessen, wenn es um die Leistungskraft unserer Heimat geht. Unsere Bäuerinnen und Bauern haben diese Heimat buchstäblich geformt und geprägt – und tun das auch jetzt Tag für Tag.“

Handwerk als Perspektive für die Region

Schlachthofschließungen unterbrechen die regionale Wertschöpfungskette

Als „Schlag für die Region“ bezeichnet Georg Schlagbauer, Handwerkskammerpräsident für München und Oberbayern sowie Landesinnungsmeister des Fleischerverbandes Bayern, die angekündigte Schließung der Schlachthöfe in Pfarrkirchen und Straubing.

Gerade in Zeiten gestiegener Verbraucheransprüche nach Regionalität und Transparenz sei die Schließung das falsche Signal. Georg Schlagbauer fordert die Metzger der Region auf, sich zusammen für den Erhalt des Schlachthofes in Pfarrkirchen einzusetzen oder diesen in Eigenregie weiter zu führen.

Schlagbauer stellt die regionale Wertschöpfungskette in den Mittelpunkt, die er ohne Schlachthof gefährdet sieht: „Ohne Schlachthof wird es keine Landwirte und ohne Landwirte keine Metzger mehr geben. Viele Arbeitsplätze werden dadurch aus der Region abgezogen.“ Das Gebiet zähle zu den viehstärksten in Niederbayern, weshalb eine Schließung des Schlachthofes kontraproduktiv sei.

Kritisch sieht der Landesinnungsmeister die Pläne des nieder-

ländischen Schlachthofbetreibers Vion, sich aus den Regionen zurück zu ziehen und auf einige wenige Standorte zu konzentrieren. „Hierunter leidet nicht nur die regionale Wirtschaft, sondern vor allem der Verbraucher.“ Wünsche nach Produkten aus der Region mit kurzen Transportwegen könnten oft nicht mehr erfüllt werden.

Georg Schlagbauer fordert daher die Metzger vor Ort auf, nach Lösungen im Innungsrahmen zu suchen und bietet dabei die Hilfe des Fleischerverbandes Bayern an. Gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen aus der Region könne man tragfähige Lösungen für die Zukunft entwickeln, die sowohl den Verbraucherwünschen als auch den fleischerhandwerklichen Familienbetrieben Perspektiven geben.

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine **Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum Bayerischen Sparkassentag 2014 bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.**

Ein Zeichen langer Freundschaft

US-Soldaten halfen bei Instandsetzung des Waldspielplatzes in Hundelshausen

Landkreis Schweinfurt. Geschichten und Erlebnisse von Freundschaften und dem guten Miteinander zwischen den Schweinfurter Landkreisbürgern und den hier stationierten US-Soldaten gibt es viele. Nun gibt es auf dem Waldspielplatz in Hundelshausen auch einen sichtbaren Beleg dafür. Einen Vormittag haben dort rund 20 US-Soldaten mit angepackt und den Mitarbeitern des Kreisbauhofs bei der Instandsetzung des Spielplatzes geholfen.

Bereits bei den Gesprächen zur Unterzeichnung des Zweckverbandes Ende vergangenen Jahres hatten Garrison Manager Brian K. Adkins sowie Executive Officer Klaus Mauder das Angebot unterbreitet, dass Soldaten der US-Army ein kleines Dankeschön für die jahrzehntelange Gastfreundschaft in einer Art „Freiwilligendienst“ für den Landkreis Schweinfurt im Rahmen eines Projekts leisten möchten.

„Seit fast 70 Jahren sind wir nun in Schweinfurt. Wir möchten gerne eine positive Erinnerung zurücklassen. Denn Schweinfurt und die Region ist für uns zur zweiten Heimat geworden“, erklärte der Kompaniechef, Captain Erick Mendoza. Er und rund 20 Soldaten des 72. Fernmeldebataillons der US-Army rückten an und halfen tatkräftig mit: So wurde der Sandstrand befüllt, Rindenmulch

verteilt, die Beschilderung gesetzt, Sitzbänke gefertigt und montiert, das Floß in den Teich eingesetzt und die „Matschanlage“ für kleinere Kinder und der Brunnen gereinigt.

Einige Mitarbeiter des Kreisbauhofs um Hauptstraßenmeister Norbert Müller und Joachim Bördlein, den Leiter des Stützpunktes Geroldshofen, hatten genügend Gelegenheit, die anfallenden Arbeiten zu verteilen.

Landrat Florian Töpfer bedankte sich am Ende der Arbeiten mit einer fränkischen Brotzeit bei den Soldaten. „Dieses Angebot der US-Army ist wirklich eine sehr schöne Geste und zeigt wieder einmal, wie eng und gut das Miteinander in all den Jahrzehnten war und ist“, sagte Töpfer. Zur Erinnerung an diese Aktion wird ein Schild an geeigneter Stelle angebracht.



Rund 20 Soldaten packten fleißig mit an und halfen den Mitarbeitern des Kreisbauhofs bei der Instandsetzung des Waldspielplatzes.

Vorschau auf GZ 18

In unserer Ausgabe Nr. 18, die am 25. September 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Kommunikationstechnologie
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Kommunale Bibliotheken

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Abfallbehälter

BECK
Bestens ausGESTADTet

Beck GmbH & Co. KG · Telefon 07195/693-300
www.stadtmobel.de

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Friedentorgraben 7/9 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Friedhofsausstattung

Friedhofsysteme
Telefon (0 21 61) 9 30 - 3
www.paul-wolff.com
PAUL WOLFF

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung
seit 1910

Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen
Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg
www.pp-service.com

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen · bürgernah · handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 · www.greencity-energy.de
peter.keller@greencity-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
☎ 05326 / 502-0

Wartehallen
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

November 2014

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led

dako-jochum
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
dako-jochum@t-online.de
www.dako-jochum.de

Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!

BAYERISCHER SPARKASSENTAG 2014 IN KEMPTEN:

STABILE UND VERLÄSSLICHE PARTNER IN DER REGION.

SPARKASSEN. GUT FÜR BAYERN.

Beim Bayerischen Sparkassentag in Kempten wartete der neue Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Dr. Ulrich Netzer, mit Erfolgswahlen auf. Vor rund 600 Gästen zeigte er auf, dass die bayerischen Sparkassen im Jahr 2014 den Wachstumskurs der vergangenen Jahre fortsetzen. Seit Jahresbeginn hätten sie ihren Kreditbestand um 1,2 Milliarden Euro ausgeweitet. Netzer zufolge stammt der überwiegende Teil davon aus dem Geschäft mit Unternehmen und Selbstständigen.

Auch im Einlagengeschäft mit privaten Kunden verzeichneten sie im ersten Halbjahr 2014 mit plus 360 Millionen Euro erneut Zuwächse. „Diese Zahlen zeigen, dass uns die Kunden als verlässliche und stabile Partner in der Region sehen“, unterstrich der Präsident.

Sorge bereitet den bayerischen Sparkassen jedoch die überzogene europäische Finanz-

marktregulierung. Sie fordern deshalb die strikte Einhaltung des Verursacherprinzips; Risiko, Größe und das Geschäftsmodell einer Bank müssten maßgeblich für die Anwendung von Regulierungsmaßnahmen sein. Nach Netzers Auffassung dürfe die erfolgreiche dezentrale Struktur der regionalen Sparkassen nicht durch standardisierte globale Regelungen gefährdet werden, die sich an internationalen Großbanken ausrichten.

Das zugrundeliegende Dilemma sei offensichtlich: Während der deutsche föderale Staatsaufbau auf dezentrale, subsidiäre Strukturen wie das Sparkassenwesen setze, sei dies im europäischen Vergleich kein „common sense“. Dort finde man zentrale Ansätze und die Tendenz zu einheitlichen, standardisierten Lösungen, „die die regional organisierten und risikoarmen kommunalen Sparkassen in Sippenhaft für die Risiken systemrelevanter Großbanken nehmen“.

PRINZIP DER GEWALTENTEILUNG

Auch der Umstand, dass immer weniger Regelungen im ordentlichen Gesetzgebungsverfahren erlassen werden, ist für Netzer nicht akzeptabel. Immer öfter würden gesetzgeberische Befugnisse von EU-Behörden ohne jegliche demokratische Legitimation wahrgenommen. „Das Prinzip der Gewaltenteilung ist zwingend auch auf EU-Ebene zu beachten“, meinte der Präsident.

Aktuelle Positionen der Bayerischen Staatsregierung zur Stellung der Sparkassen in Bayern und Europa stellte Finanzminister Dr. Markus Söder dar. In seinem Vortrag betonte er, dass sich das Drei-Säulen-Modell als eine bedeutende Stütze und krisenfest für das deutsche Finanzsystem erwiesen habe.

Die Zinspolitik der EZB bezeichnete Söder als Instrument, das zunächst einen großen Beitrag zur Stabilisierung des Euro geleistet habe. Um Verlässlichkeit in den Märkten gewährleisten zu können, werde man freilich auf Dauer nicht umhinkommen, die Zinspolitik zu ändern. Mit Blick auf die finale Ausgestaltung des Europäischen Abwicklungs-



Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, Landrat Prof. Dr. Ulrich Reuter, neuer Vorsitzender der Verbandsversammlung, sein Stellvertreter Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger und der Landesobmann der bayerischen Sparkassen, Walter Strohmaier (v.l.). ■

PROF. REUTER NEUER VORSITZENDER DER VERBANDSVERSAMMLUNG

Die 88. Ordentliche Verbandsversammlung des Sparkassenverbands Bayern hat ein neues Präsidium gewählt. Neuer Verbandspräsident und damit Vorsitzender der Verbandsversammlung wurde Prof. Dr. Ulrich Reuter, Landrat des Landkreises Aschaffenburg.



Prof. Dr. Ulrich Reuter.

Reuter ist seit 2008 Mitglied im Verbandsverwaltungsrat des Sparkassenverbands Bayern und somit bereits intensiv in alle strategischen Entscheidungen eingebunden. Der ehrenamtliche Verbandspräsident leitet als erster Vorsitzender die Verbandsversammlung, das oberste Organ des Verbands. Zu Reuters Stellvertreter wurde der Memminger Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger bestimmt.

Dr. Ulrich Netzer, hauptamtlicher Präsident des Sparkassenverbands Bayern, wünschte dem neu gewählten Präsidium eine erfolgreiche Amtszeit. „Da die dezentral organisierten Sparkassen das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung widerspiegeln, sind kommunale Vertreter an ihrer Spitze Verbindungsglieder, die nachhaltig dafür sorgen, dass das Angebot an Finanzdienstleistungen eng mit den regionalen Bedürfnissen der Bevölkerung und der Wirtschaft ver-

zahlt ist“, betonte Netzer. Das Engagement für die Sparkassen sei daher ein bedeutender Hebel zur Förderung der Wirtschaftsstruktur und des Wohlstands in Bayern.

fonds zur Restrukturierung notleidender Banken forderte Söder für die Sparkassen mit ihrem risikoarmen Geschäftsmodell bei der Berechnung der Höhe der Bankenabgabe eine hohe Risikokomponente.

„Finanzpolitik und Nachhaltigkeit in Europa“ war abschließend das Thema des Vortrags von Bundesminister a. D. Dr. Theo Waigel. Als überzeugter Europäer betonte der ehemalige Finanzminister die große Bedeutung der europäischen Einigung und der gemeinsamen Währung für die Erhaltung des Friedens in Europa.

INTERGENERATIVE GERECHTIGKEIT

Viel zu wenig werde in der Politik über die intergenerative Gerechtigkeit nachgedacht, erklärte Waigel. Es sei wichtig, nicht nur die Umweltpolitik auf Nachhaltigkeit auszulegen, sondern auch die Finanzpolitik. Waigel zeigte sich erfreut, „dass die Wissenschaft und der Sachverständigenrat dem Thema implizite Staatsschuld eine größere Gewichtung gegeben haben“. Als Lösungsmöglichkeiten führte der ehemalige Bundesminister eine Schuldenbremse im Verfassungsgebot, eine weitaus stärkere Eigenbeteiligung und Subsidiarität sowie natürliche Einheiten wie die Sparkassen ins Feld.

DR. ULRICH NETZER:

Der Kunde steht im Mittelpunkt

Die bayerischen Sparkassen setzen im Jahr 2014 den Wachstumskurs der vergangenen Jahre fort. Sie haben ihren Kreditbestand seit Jahresbeginn 2014 um 1,2 Milliarden Euro ausgeweitet. Der überwiegende Teil davon stammt aus dem Geschäft mit Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständigen. Auch im Einlagen-geschäft mit privaten Kunden verzeichnen wir in 2014 mit bisher plus 360 Millionen Euro erneut Zuwächse“, hob der Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, Dr. Ulrich Netzer, am Bayerischen Sparkassentag 2014 hervor.

Die Sparkassen seien erfolgreich, weil sie den Kunden in den Mittelpunkt stellten: „Auch in der aktuellen Niedrigzinsphase bieten wir Privatkunden mit unserem Sparkassen-Finanzkonzept eine attraktive Alternative und auf die individuellen Bedürfnisse maßgeschneiderte Strategien für eine erfolgreiche Vermögensanlage.“ Firmenkunden und Kommunen fänden in den Sparkassen vor Ort kompetente Partner, die speziell auf sie zugeschnittene Finanzierungslösungen böten. „Gemeinsam mit unseren Verbundpartnern der Sparkassen-Finanzgruppe bieten wir

unseren Kunden die gesamte Produktpalette an Finanzdienstleistungen und bleiben auch künftig stabile und verlässliche Partner in den bayerischen Regionen. Man muss uns aber auch lassen“, erklärte Netzer und wies damit auf die zunehmende Regulierungsdichte hin.

STEIGENDE REGULIERUNGSDICHTE

Das erfolgreiche regionale Geschäftsmodell der Sparkassen werde seit der Finanzkrise als stabilisierende Säule des deutschen Bankensystems gelobt. Denn sie seien als

kommunale Kreditinstitute tief in ihrer Heimatregion verwurzelt, trügen dadurch weniger Risiko als international agierende Großbanken. Die europäische Finanzmarktregulierung berücksichtige dies allerdings wenig. Sie unterwerfe regionale Institute häufig den gleichen Normen wie Großbanken.

KOMMUNALE AUFGABE

Sparkassen erfüllen Netzer zufolge eine kommunale Aufgabe: „Sie haben den gesetzlich verankerten öffentlichen Auftrag, ihr Heimatgebiet mit Finanzdienstleistungen zu versorgen. Die öffentliche Rechtsform gehört deshalb genauso zu ihrem Wesen wie das Regionalprinzip. Doch das passt nicht ins Bild globaler, kapitalmarktorientierter Unternehmen, das den meisten europäischen Regulierungsmaßnahmen zugrunde liegt.“



Der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands, Georg Fahrenschon, gemeinsam mit Präsident Dr. Ulrich Netzer, am Vorabend des Bayerischen Sparkassentags.

Dass die Monopolkommission das Regionalprinzip der Sparkassen jüngst sogar für ein Wettbewerbshindernis im deutschen und europäischen Bankenmarkt erklärt habe, verstärkte das Dilemma. Es zeige, dass der dezentrale Denkansatz nicht verstanden wurde oder man ihn nicht verstehen möchte. „Denn regionale Strukturen schwächen den Wettbewerb nicht. Sie erhöhen im Gegenteil die Vielfalt im Bankenmarkt und Vielfalt stärkt den Wettbewerb.“

EINHEIT IN VIELFALT

Basis der gemeinsamen europäischen Entwicklung muss laut Netzer auch im Bankenmarkt Einheit in Vielfalt sein: Die Länder Europas setzten ungleiche Standards und sie unterschieden sich in den Strukturen und den Risikolagen ihrer Bankensektoren. Finanzmarktregulierung nach dem Motto „one size fits all“ sei nicht zielführend.

Die Finanzmarkt-Regulierung müsse durchgängig in vernünftiger Weise zu den Erfordernissen der Regionalbanken, in erster Linie aber ihrer Kunden, passen, stellte der Präsident fest. Dies gelte somit auch für die seit Jahresbeginn gültigen neuen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen nach Basel III. „Der Mittelstand ist aber Motor der bayerischen Wirtschaft und darf durch regulatorische Maßnahmen nicht geschwächt werden“, erläuterte Ulrich Netzer.

„Ebenfalls kaum Verschnaufpausen lässt uns das Thema Verbraucherschutz“, fuhr Netzer fort. Als Beispiel dafür, dass der Verbraucherschutz den Verbraucher nicht nur

schützt, sondern oft sogar überstrapaziert, nannte er das Beratungsprotokoll beim Wertpapiergeschäft. Die Praxis zeige, dass Kunden dadurch häufig weniger Hilfe als vielmehr nervenstrapazierende Bürokratie erfahren. Ihnen müsse deshalb zumindest die Möglichkeit gegeben werden, auf eine Protokollierung zu verzichten. Außerdem müssten die für die Kreditinstitute geltenden Anforderungen auch für die freien Vermittler gelten. Die Lücken bei der Regulierung des grauen Kapitalmarkts müssten geschlossen werden.

ÖFFENTLICHER AUFTRAG

„Seit über 200 Jahren stehen bei uns die Kunden im Mittelpunkt“, führte Netzer weiter aus und ergänzte: „Alles, was uns Sparkassen belastet, belastet auch unsere Kunden.“ Die Sparkassen erfüllten ihren öffentlichen Auftrag, den Wettbewerb vor Ort zu stärken, alle Bevölkerungskreise, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand und auch die öffentliche Hand, mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu versorgen. „Dabei müssen wir auch unser Eigenkapital selbst verdienen und können es uns nicht – wie Privatbanken – über den Kapitalmarkt verschaffen.“

„Wir Sparkassen sind nicht nur erfolgreicher und verlässlicher Partner der Wirtschaft. Unsere Sparkassenorganisation mit ihren 71 selbstständigen Sparkassen, mit der Versicherungskammer Bayern, der BayernLB, der Landesbausparkasse Bayern und vielen weiteren Verbundunternehmen ist wesentlicher Bestandteil der bayerischen Wirtschaft“, so

Netzer. Mit fast 45.000 bayernweiten Mitarbeitern, einer Lohn- und Gehaltssumme von 1,5 Milliarden Euro jährlich sowie 368 Millionen Euro an gewinnabhängigen Steuern und 250 Millionen Euro an gezahlter Lohnsteuer der Mitarbeiter, sei die Organisation drittgrößter Arbeitgeber im bayerischen Wirtschaftsraum. Vor diesem Hintergrund stellt sich Netzer zufolge die Frage: „Warum ist das aufgabenorientierte Geschäftsmodell der Sparkassen nicht schon längst Blaupause für ganz Europa?“

STARKE ORGANISATION

„Als Sparkassenorganisation sind wir eine starke Organisation für unsere Kunden. Wir müssen aber auch Geld verdienen, um die Eigenkapitalanforderungen zu erfüllen“, so Netzer weiter. Im Zusammenspiel ihrer 71 bayerischen Sparkassen, ihrer Verbundunter-

GANZHEITLICHE BERATUNG IM FOKUS

- Ganzheitliche Beratung der Kunden mit dem Sparkassen-Finanzkonzept als Antwort der bayerischen Sparkassen auf die aktuelle Niedrigzinsphase.
- Qualitativ hohe, ganzheitliche Beratung der Firmenkunden. Auch in schwierigen Zeiten stehen die bayerischen Sparkassen ihren Firmenkunden zur Seite. „Wir sind nicht auf Produkte fixiert, sondern bieten individuelle Lösungen“, so Netzer.
- Die Sparkassenorganisation bietet mit ihren Verbundunternehmen alle Finanzdienstleistungen aus einer Hand an.

nehmen in Bayern und in Deutschland, der Sparkassenverbände und der kommunalen Träger lägen noch große Potenziale, die bisher nicht ausgeschöpft worden seien.

STARKE MARKE

Netzer abschließend: „Wir Sparkassen sind eine starke Marke, in deren Markenkern der Kunde im Mittelpunkt steht. Wir müssen selber, konsequent die individuellen Bedürfnisse der Kunden im Blick, kämpferisch am Markt präsent sein. Wir brauchen aber auch starke Partner. Wir brauchen bei all unseren Themen unsere Volksvertreter, unsere Abgeordneten. In diesem Sinne packen wir es gemeinsam an. Dann sind wir auch in zehn Jahren noch bei den Gewinnern.“

DR. MARKUS SÖDER:

Krisenfestes Drei-Säulen-System

Die Deutschen haben die Finanzkrise besser als andere überwunden. „Verantwortlich dafür zeichnet unter anderem unser deutsches Drei-Säulen-Modell, das sich als krisen- und zukunftsfest erwiesen hat“, stellte Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder heraus. Die Sparkassen seien hier zentraler Bestandteil. „Wir sollten mehr Sparkassen-Modelle in Europa haben“, lautete demnach seine Forderung.

Aktuelle finanzpolitische Herausforderungen bestehen Söder zufolge aktuell nicht nur in Europa, sondern auch hierzulande. Mit Blick auf die demografische Entwicklung würden deutschlandweit gerade intensive Diskussionen darüber geführt, wie ländliche Räume gestärkt werden können. Da Gestaltung aber nur dort möglich ist, wo Arbeitsplätze entstehen bzw. vorhanden sind, sei eine vernünftige Kreditversorgung gerade für den Mittelstand erforderlich. Söder: „Wenn die Monopolkommission nun auf deutscher Ebene erörtert, ob das Regionalprinzip benötigt wird, dann muss man doch darauf hinweisen, dass die deutschen Großbanken so ziemlich jede Filiale abbauen. Die einzigen, die in der Fläche präsent sind, an der Region Interesse haben und sich um die kleinere Mittelstandsfinanzierung kümmern, sind außer den Genossenschaftsbanken die Sparkassen. Wer also Demografie ernst nimmt und ländliche Räume stärken will, der kommt gar nicht umhin, dieses Regionalprinzip und die Sparkassen auch in Zukunft zu unterstützen.“

EUROPÄISCHE HERAUSFORDERUNGEN

Was europäische Herausforderungen angeht, so wies der Minister darauf hin, „dass die Zinspolitik eine große Herausforderung bleibt, die wir nicht immer mit neuen



Dr. Markus Söder.

Beihilferegulungen oder Regulationsregeln ändern können“. Das Geld suche nach Vermehrung und die Bürger nach Möglichkeiten, höhere Renditen zu erzielen. Auf Dauer brauche es im europäischen Verbund eine Zinspolitik, die zumindest die Gefahr einer Blasenbildung wieder etwas eindämmt. Fakt sei, dass die Sparkassen nicht Verursacher der Finanzkrise waren, fuhr Söder fort. Es dürfe jetzt keine Überregulierung zu Lasten derjenigen geben, die nichts für den globalen Crash vor sechs Jahren konnten.

Der Finanzminister plädierte für eine risikoorientierte Bankenabgabe. Die Verursacher müssten stärker als die anderen zur Kasse gebeten werden. Wichtig wäre es, die nationale Bankenabgabe auf die europäische anzurechnen.

In diesem Zusammenhang machte sich Söder dafür stark, die kleinen Banken vollständig von der Bankenabgabe zu befreien bzw. die Bemessungsgrundlage dabei deutlich höher anzusetzen und die Institutssicherung wesentlich stärker zu berücksichtigen.

MITTELSTANDSKREDITVERSORGUNG

Bezüglich der Mittelstandskreditversorgung muss es nach Auffassung des Ministers erklärtes Ziel sein, auch nach 2016 den Korrekturfaktor für die Mittelstandskredite in Basel III zu erhalten oder sogar zu verbessern. Söder: „Die langfristige Finanzierung ist zum einen die Stärke der Sparkassen und zum anderen das, was Wirtschaft und Bürger von uns in Bayern wünschen. Und dafür setzen wir uns ein.“

Zufrieden zeigte sich der Finanzminister mit der Situation der BayernLB. Dort halten die Sparkassen einen Anteil von 25 %, der Freistaat besitzt die Mehrheit. Nach dem guten Verlauf im ersten Quartal deute sich auch im zweiten Quartal ein erfreuliches Ergebnis an.

HGAA-KAUF WAR EIN SCHWERER FEHLER

Als einen der schwersten wirtschaftspolitischen Fehler der bayerischen Nachkriegsgeschichte bewertete Söder dagegen den Kauf der HGAA durch die BayernLB. Dass Österreich nun ein Sondergesetz plane, das Kredite und Darlehen im Umfang von 1,7 Milliarden Euro entschädi-

ERFREULICHE ERGEBNISSE IM GESCHÄFTSJAHR 2013

Vor dem Hintergrund von Niedrigzinsen und teilweise kostenintensiver Regulierung konnten die bayerischen Sparkassen gute Ergebnisse erzielen. Ihre Aufgabe, die bayerischen Regionen mit Finanzdienstleistungen zu versorgen, können sie damit weiterhin erfolgreich wahrnehmen.

- Die Kundenkredite stiegen 2013 um 2,7 Prozent auf 113 Milliarden Euro, die Kundeneinlagen um 2,2 Prozent auf 142 Milliarden Euro.
- Das operative Ergebnis der Sparkassen schwächte sich infolge der anhaltenden Niedrigzinsphase gegenüber 2012 leicht ab.
- Das Kreditneugeschäft lag bei 22 Milliarden Euro. Die Kreditbestände an Unternehmen und Selbstständige wuchsen damit um 1,1 Milliarden Euro bzw. 1,9 Prozent, die der Privatkunden um 1,5 Milliarden Euro bzw. 3,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
- Im Kreditgeschäft ergab sich dank der stabilen wirtschaftlichen Lage per Saldo nur ein geringer Wertberichtigungsbedarf.
- Die Cost-Income-Ratio weist mit 62,1 Prozent im langjährigen Mittel einen weiterhin ordentlichen Wert auf.
- Die gesamte Geldvermögensbildung (Einlagen und Wertpapiergeschäft) bei den Sparkassen entsprach 2013 mit 3,1 Milliarden Euro dem Vorjahresniveau. Die Ersparnisbildung im Wertpapiergeschäft war dabei allerdings gedämpft.

DR. THEO WAIGEL:

Finanzpolitik und Nachhaltigkeit – Europa ist kein Selbstläufer

Als Bundesfinanzminister meisterte Dr. Theo Waigel die Herkules-Aufgabe, die Deutsche Einheit auf eine solide finanzielle Basis zu stellen. Federführend war er zudem bei der Einführung des Euro als europäische Gemeinschaftswährung. Die von Waigel installierten Stabilitätskriterien für die Euro-Staaten waren ein wichtiger Schritt zu einer einheitlichen Fiskal- und Finanzpolitik in Europa.

„Ohne den Partner Sparkasse hätten wir die Einführung des Euro allerdings nicht gemanagt“, berichtete der Bundesfinanzminister a. D. aus der Zeit vor der Umstellung. Was hier an Überzeugungsarbeit vor Ort geleistet wurde, sei wichtiger gewesen als politische Versprechungen und Maßnahmen. „Daran sollte sich die Europäische Union erinnern“, betonte Waigel. „Ich kann nicht verstehen, warum man das Prinzip ‚global denken – regional und lokal handeln‘ in Europa so wenig beachtet. Schließlich ist genau das die Subsidiarität, die der neugewählte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker beschworen hat und die es nun gilt, mit Leben zu füllen.“

STABILITÄTSPARTNER

„Wir brauchen Stabilitätspartner in Europa“, machte der Bundesminister a. D. deutlich. Die Wahl Junckers sei ein „klares Signal für Europa“. Der neue Kommissionspräsident habe Leitlinien für ein lebenswertes Europa vorgelegt und werde sich daran messen lassen müssen.

gungslos vom Tisch wischt, sei eine „eigenwillige Entschuldungsstrategie“.

Mit dem Sondergesetz will man nach Ansicht Söders offensichtlich versuchen, die BayernLB zu enteignen, während alle anderen Gläubiger weiterhin bedient werden sollen. Dieses Gesetz setze sich damit in bislang nicht für möglich gehaltener Weise über die rechtsverbindlichen Vereinbarungen mit der BayernLB und gesetzliche Haftungszusagen hinweg. „Dass ein Land sich per Gesetz von Schulden befreien möchte, ist ein einzigartiger Vorgang in Europa“, stellte Söder fest. „Wir werden auf privatrechtlicher und auf internationaler Ebene alle rechtlichen Schritte prüfen.“

EUROPÄISCHE UNION – STABILE FRIEDENSSTRUKTUR

„Bei aller Unvollkommenheit und trotz aller Gegensätze gibt es heute eine Europäische Union als stabile Friedensstruktur“, stellte Waigel schließlich fest. Wie der bekannte Historiker Christopher Clark in seinem jüngsten Werk „Die Schlafwandler“ beschreibe, sei dies der große Unterschied zu 1914, als der Erste Weltkrieg ausbrach.



Sparkassen-Präsident Dr. Ulrich Netzer gemeinsam mit Bundesfinanzminister a. D. Dr. Theo Waigel – eingerahmt vom Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Christian Bernreiter (l.) und Landrat Franz Meyer (r.) am Vorabend des Bayerischen Sparkassentags.

Clarks These: Alle europäischen Großmächte hätten diesen Krieg verhindern können, doch sie taten es nicht – weil sie es gar nicht wollten. Ob Frankreich, Russland oder Großbritannien – auch die Gegner der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn seien sehenden Auges und durchaus bereitwillig in die Katastrophe gelaufen. Die Risiken der jeweils verfolgten Strategie seien in den beteiligten Ländern damals schlichtweg nicht abgewogen bzw. adäquat erkannt worden.

Und wo steht Deutschland heute? Waigel zufolge „sind wir mittlerweile das ökonomisch und sozial attraktivste Land in Europa. Warum also sind wir eigentlich nicht ein bisschen stolzer auf das, was wir in den vergangenen Jahrzehnten erreicht haben?“ Deutschland warte seit Jahren mit der „besten Performance“ auf, was unter anderem auf die Agenda 2010 zurückzuführen sei. In dieser Zeit sei die implizite Staatsschuld reduziert worden.

REAKTIVIERTE D-MARK HÄTTE KATASTROPHALE FOLGEN

In wahrlich krisenhaften Situationen, die Teile der Welt derzeit zu bewältigen hätten, stelle sich die Frage: Was wäre ohne Wäh-

rungsunion in Europa? Waigels Antwort: Falle der Euroraum auseinander oder steige Deutschland aus, hätte dies eine ungeheure Aufwertung der reaktivierten D-Mark zur Folge – „mit katastrophalen Folgen für unsere Volkswirtschaft, für unseren Export, mit schlimmen Folgen für die Beschäftigung in Deutschland und mit großen volkswirtschaftlichen Schäden“. Nicht zuletzt auch durch die gemeinsame europäische Währung verzeichnet Deutschland laut Theo Waigel ein Wachs-

tum von knapp zwei Prozent, eine Inflation, die unter Kontrolle ist und einen Leistungs-bilanzüberschuss von immerhin sieben Prozent. Auch sei ein erstmals seit 1969 ausgeglichener Haushalt eine durchaus bemerkenswerte Leistung.

AKTUELLE WIRTSCHAFTLICHE SITUATION EUROPAS

Sorge bereitet dem Bundesfinanzminister a. D. dagegen die aktuelle wirtschaftliche Situation in verschiedenen europäischen Staaten aufgrund ihrer Defizitsituation oder noch anstehenden Strukturreformen.

Deutschland stehe allgemein sehr gut da, „weil wir zehn bis 15 Jahre vorbildlich gear-

beitet haben – Stichwort Restrukturierung der Wirtschaft, Konsolidierung der Haushalte, Wettbewerbsfähigkeit. Wenn wir aber nicht aufpassen und auch nicht bereit sind, mitunter schmerzliche Maßnahmen durchzuführen, laufen wir Gefahr, dass die Programmstaaten von gestern uns überholen.“

DEUTSCHLAND IST NICHT DER ZAHLMEISTER

Deutschland sei dabei übrigens nicht der „Zahlmeister Europas“. Dies bezeichnete der ehemalige Bundesfinanzminister als „Phantasievorstellung“. „Fakt ist: Das Finanzmarkt-Risiko wird durch Bankenaufsicht und Abwicklung entscheidend reduziert, Eigentümer und Gläubiger werden an

den Verlusten beteiligt. Einen Haftungsautomatismus gibt es nicht.“

Zur Frage, wo Europa „landen“ wird: „Was wir brauchen, ist ein Vertragsbündnis für die Wirtschafts- und Währungsunion sowie die Einhaltung der Verträge bei der Bankenunion durch die Fiskalunion, die Wirtschaftsunion und die politische Union. Ein realistisches Ziel seien „die Vereinigten Staaten in Europa“ als konzentrische Kreise mit dem inneren Schwerpunkt Wirtschafts- und Währungsunion.

Waigel abschließend: „Europa ist kein Selbstläufer! Und zu einer gedeihlichen Entwicklung gehören auch regionale Institutionen wie die Sparkassen!“ ■

THOMAS KIECHLE:

Regionalität als Stärke

Oberbürgermeister Thomas Kiechle wies in seinem Grußwort zum Bayerischen Sparkassentag mit Stolz auf die 2000-jährige Geschichte der Stadt hin, die auch „das gesunde Selbstbewusstsein des Menschenschlages im Allgäu und vor allem hier in Kempten“ trage. Auf Schritt und Tritt finde man prächtige Hinweise auf die ehemalige evangelische Reichsstadt und die katholische Stiftsstadt. Hierin liegt, so Kiechle, ein „Alleinstellungsmerkmal“ Kemptens: „Der jahrhundertelange Zwist zwischen den beiden Stadtkernen spiegelt sich bis heute wider.“

„Mit Geld konnte man bei uns immer schon umgehen“, lenkte Thomas Kiechle seine Ausführungen auf das Sparkassenthema. Im Jahr 1525 kam es zum sogenannten „Großen Kauf“. Gegen eine Zahlung von 30.000 Gulden verzichtete der Fürststab damals nicht ganz freiwillig auf die grundherrlichen Rechte, d. h. die Reichsstadt wurde endgültig unabhängig vom Kloster. „Die Kemptener wussten eben immer schon um den richtigen Zeitpunkt, das Geld sinnvoll auszugeben“, so das Stadtoberhaupt.

VERBUNDEN MIT DEN MENSCHEN

Bereits die Namensgebung vermittele die große Stärke der Sparkasse Allgäu, stellte Kiechle fest: „Es ist die Regionalität, die direkt aus dem öffentlichen Auftrag und der kommunalen Bindung der Sparkassen entsteht.“ Dies sei für die Menschen ein gewachsenes Gefühl. „Mir geht es da nicht anders“, führte der Rathauschef weiter aus: „Ich fühle mich im besten Sinne mit den Sparkassen verbunden. Und die Sparkasse selbst ist verbunden mit den Menschen vor Ort.“

Die Sparkasse Allgäu, im Jahr 2001 hervorgegangen aus der Kreis- und Stadtparkasse Sonthofen-Immenstadt, der Sparkasse Kempten und der Sparkasse Ostallgäu, zähle mit über 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu den großen Sparkassen im Freistaat. Wie bei allen Sparkassen, ist auch bei

ihr die starke Verwurzelung in Stadt und Region von ganz besonderer Bedeutung. Sie ist laut Kiechle insbesondere für die südlichen Teile des Allgäus touristisch spezialisiert; existieren doch Beteiligungen an großen Bahnen im Oberallgäu wie der Fellhornbahn oder der Nebelhornbahn. Die Sparkasse ist zudem verlässlicher Partner großer Firmen mit Weltrang, z. B. im Maschinenbau und im Logistikbereich sowie für den gesamten Mittelstand vor Ort.

Die Sparkasse Allgäu ist die am südlichsten gelegene Sparkasse Deutschlands und die einzige, die eine Filiale auf österreichischem Staatsgebiet unterhält – in Riezlern im Kleinwalsertal. Doch ob regional oder über die Grenzen hinaus – entscheidend ist, dass die Menschen den Sparkassen vertrauen, so Kiechle, denn Vertrauen ist immer die Voraussetzung für Gestaltungsmöglichkeiten in der Zukunft. ■



Oberbürgermeister Thomas Kiechle.



Die diesjährigen Preisträger – auf der linken Seite eingerahmt von Sparkassenpräsident Dr. Ulrich Netzer, Manfred Hegedüs, Vorstandsvorsitzender der Sparkasse Allgäu sowie Sparkassenzweitzpräsident Roland Schmautz und auf der rechten Seite von Sparkassen-Landesobmann Walter Strohmaier und Finanzminister Dr. Markus Söder.

BAYERISCHE SPARKASSEN:

Engagement für eine humane Gesellschaft

Knapp 62 Millionen Euro stellten die bayerischen Sparkassen im Jahr 2013 für das Gemeinwohl bereit. In dieser Summe sind Spenden, Stiftungsausstattungen und sonstige Förderbeiträge enthalten.

Die Bayerische Sparkassenstiftung ergänzt das gemeinwohlorientierte Engagement der 71 bayerischen Sparkassen und ihrer 107 Sparkassenstiftungen vor Ort bei Vorhaben von überregionaler Bedeutung. Sie fördert innovative und nachhaltig wirkende Projekte und die Vernetzung der Projektpartner.

KONKRETE BEISPIELE FÜR DAS FÖRDERENGAGEMENT

- Um einen Beitrag zur Sicherung des High-Tech-Standortes Bayern zu leisten, hat die Bayerische Sparkassenstiftung das Netzwerk MINTAllianz initiiert. Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik werden als besonders wichtige Bildungsfelder für die Zukunft angesehen. Um Real-
schülern die Themen mit einem nachhaltigen

Erlebniswert nahezubringen, hat das Bayerische Schullandheimwerk für acht Standorte besondere Programme mit standortspezifischen Schwerpunkten entwickelt. Die Bayerische Sparkassenstiftung förderte hier Anschaffungen mit 50.000 Euro.

- Die „Holzinfomeile“ klärt über die Kreisläufe der heimischen und der nichtheimischen Holzproduktion und deren Beitrag zum globalen Klimawandel auf. Dies geschieht

mittels mobiler Info-Stelen, die an verschiedenen Standorten in Bayern präsentiert werden sollen; dies alles begleitet von einem Web 2.0-Projekt. Die Bayerische Sparkassenstiftung stellte 57.000 Euro zur Verfügung.

- Sowohl kulturelle Themen als auch Beiträge aus der Umweltbildung enthält die „Donau-App“, eine Smartphone-Applikation. Sie bietet als perfekter Tourbegleiter detaillierte Informationen zu vielen landschaftlichen, kulturellen und kulinarischen Höhepunkten entlang der Donau. An der Entwicklung war die Bayerische Sparkassenstiftung aktiv beteiligt und hat das Projekt mit 25.000 Euro gefördert.



Mit 50.000 Euro fördert die Bayerische Sparkassenstiftung das Netzwerk MINTAllianz.

BAYERISCHE GemeindeZeitung

Sonderdruck der Bayerischen GemeindeZeitung
Redaktion: Doris Kirchner
Fotos: Sparkassenverband Bayern
Verantwortlich: Anne-Marie von Hassel
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Tel.: 08171 / 9307-11, -12, -13, Fax: 08171 / 805 14
www.gemeindezeitung.de • info@gemeindezeitung.de
Druck: Creo-Druck, Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

DR. IVO HOLZINGER:

Dank für klares Bekenntnis

Wir konnten in Kempten einen interessanten und erfolgreichen Sparkassentag durchführen“, betonte in seinem Schlusswort der scheidende Verbandspräsident des Sparkassenverbands Bayern und Oberbürgermeister der Stadt Memmingen, Dr. Ivo Holzinger.

Im Namen der Sparkassenfamilie richtete er ein herzliches Dankeschön an alle Mitwirkenden – zunächst an SVB-Präsident Dr. Ulrich Netzer, der die Position des Sparkassenverbands Bayern zu aktuellen Finanzmarktregulierungen dargestellt und auf Herausforderungen der Sparkassenorganisation in der Zukunft eingegangen war.

KLARE AUSSAGE ZUR KOMMUNALEN EIGENTÜMER- UND TRÄGERFUNKTION

Dem bayerischen Staatsminister der Finanzen, Dr. Markus Söder, sprach er für dessen Bekenntnis zur großen Bedeutung der bayerischen Sparkassen für das deutsche und bayerische Finanzsystem, aber auch zur Sparkassenorganisation und zum Sparkassen-Gedanken seinen Dank aus. „Söders klare Aussage zur kommunalen Eigentümer- und Trägerfunktion für die Sparkassen ist besonders wichtig – auch was die Besetzung der Gremien anbelangt“, erklärte der Verbandspräsi-

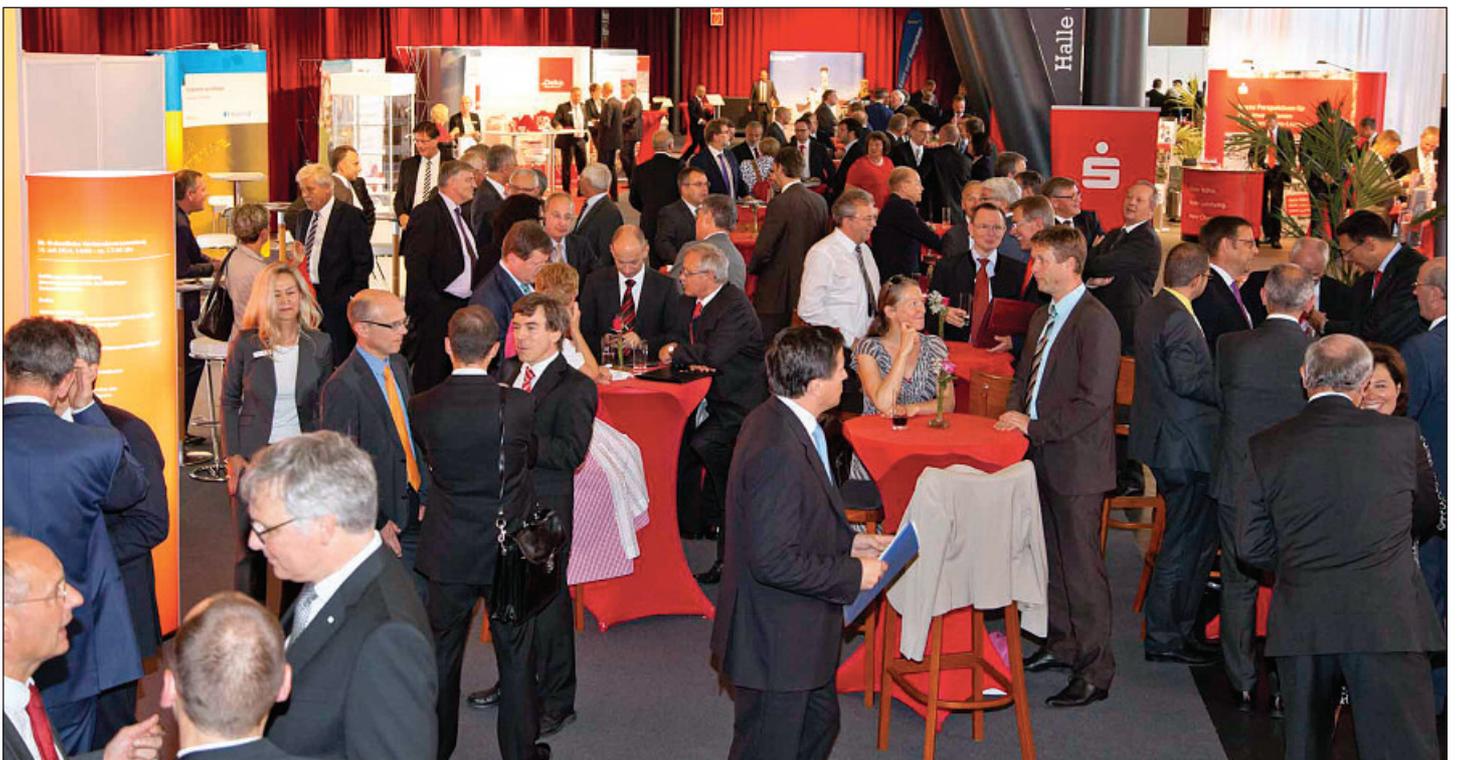
dent. „Dieses Wort klingt auf jeden Fall nach.“ Ganz besonders würdigte Dr. Ivo Holzinger die Fülle und Großartigkeit des Vortrags von Bundesfinanzminister a. D.

Dr. Theo Waigel. Dass der Sparkassentag zu einem besonderen Ereignis wurde, dazu hätten die Stadt Kempten mit ihrem Oberbürgermeister Thomas Kiechle, der auch Verwaltungsratsvorsitzender der Sparkasse Allgäu ist, sowie der Vorstandsvorsitzende der Sparkasse Allgäu, Manfred Hegedüs, maßgeblich beigetragen.

Seinem Nachfolger als ehrenamtlicher Verbandspräsident, Landrat Prof. Dr. Ulrich Reuter, wünschte er viel Erfolg, verbunden mit der Hoffnung auf weitere gute Zusammenarbeit. Holzingers Resümee: „Wir gehen weiter mutig und zuversichtlich in die Zukunft!“



Oberbürgermeister Dr. Ivo Holzinger.



Rund 600 Teilnehmer verzeichnete der diesjährige Bayerische Sparkassentag in Kempten.